
blätter des iz3w
Wir brauchen 1.000 neue Abos oder 60.000 Mark
Kohle oder Kollaps!
iz3w



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866
Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Monika Bierwirth, Stephan Günther, Uwe Jungfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Albrecht Müller, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Ute Sikora, Ann Stafford, Jörg Späte, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Gisela Willmann, Udo Wolter.
Druck und Satz:
Druckhaus Dresden. Tel.: 0351/3361114

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (06 41) 4 30 71
Redaktionsschluß für Nr. 209:
22.9.1995
Anzeigenschluß für Nr. 209:
(Druckfertige Vorlagen) 22.9.1995
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa + 7,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110
Titelfoto: Nelly Rau-Häring
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Spenden:
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)

Themenschwerpunkt 209:
Ethnische Konflikte

Nicht nur in Rwanda oder ex-Jugoslawien, sondern weltweit nehmen Konflikte, die mit dem Begriff ‚ethnisch' versehen werden, stark zu. Hinter dem oberflächlichen Gerede von „ethnischen Rasereien" verbergen sich aber nicht selten andere Spannungen, wie etwa Verteilungskonflikte rivalisierender Eliten. „Ethnische" Konflikte können aber auch nicht leichthin als „vormodern" oder Ausdruck „falschen Bewußtseins" klassifiziert werden, wie dies viele tun.

Im Themenschwerpunkt präsentieren und bewerten wir neuere Theorien der wissenschaftlichen Diskussion. Darüber hinaus wollen wir anhand aktueller Beispiele die Dynamik der Erfindung von Tradition sowie zugrundeliegende sozioökonomische Ungleichheiten und die Überschneidung ethnischer und geschlechtsspezifischer Konstruktionen verdeutlichen.

Kleine Pannen
„Wenn du kein Glück hast, kommt auch noch dat Pech dazu" (Jürgen „die Kobra" Wegmann). Unglücklicherweise hatten wir mit dem letzten Heft tatsächlich einiges Pech. Infolge technischer Probleme sind einige kleinere Lay-Out-Pannen passiert. Schlicht vergessen haben wir aber zu erwähnen, daß der Großteil der Fotos für den Themenschwerpunkt ‚Türkei' von Ralf Maro waren. Sorry!

Inhaltsverzeichnis

25 Jahre iz3w

‚blätter' in Not!

Liebe LeserInnen,
*Einige werden es mitbekommen haben, andere ahnten es, und PessimistInnen fragen uns erstaunt, ja gibt es Euch denn immer noch? Die Frage trifft den Nagel auf den Kopf. Wir haben, wenn der Trend sich fortsetzt, noch ein Jahr zum Atmen. Ein gähnendes Loch von 60.000 DM droht die einzig verbliebene länderübergreifende unabhängige Zeitschrift für Nord-Süd-Politik, ihr einmaliges Archiv und ein Kommunikationszentrum für über zwanzig Gruppen zu verschlingen. Mit einer großen **Abo- und Spendenkampagne** appellieren wir nun an alle GönnerInnen, AbonnentInnen und gelegentlichen LeserInnen, denen an ausführlicher und kritischer Berichterstattung und Analyse zu den alten und neuen Themen dieser Welt gelegen ist, uns unter die Arme zu greifen. Wir brauchen 60.000 DM oder 1.000 neue Abos bis zum 31.12.1995.*

Alles Focus oder was?

Der politische Hintergrund der Misere dürfte vielen bekannt sein. Die Soli- und Internationalismusbewegung hat nicht gerade einen Massenzulauf zu bewältigen – im Gegenteil: Die klassischen Solidaritätsgruppen bewegen sich am Rande der Gesellschaft.

Doch auch wer in Bonn auf institutioneller Ebene lobbyiert und nochmals vom ‚Marsch durch die Institutionen' träumt, muß selbst dort zur Kenntnis nehmen, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) weiter Kompetenzen abgeben und den Finanzrahmen enger stecken muß und daß die Interessen der bundesdeutschen Wirtschaft trotz aller Menschenrechtsrhetorik mehr denn je die Politik bestimmen. Kritik und Veränderungsvorschläge werden aufgesogen und korrigieren nicht die Diskursverschiebungen im neuen, dicken, wieder machtpolitisch agierenden Deutschland. Da kann schon Frust aufkommen.

Für viele Zeitschriftenprojekte im Nord-Süd-Bereich wie ‚Entwicklungspolitische Korrespondenz' und ‚Dritte Welt' ist längst Schicht im Schacht. Projekten wie dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika steht das Wasser bis zum Halse.

Alles FOCUS oder was, könnte die Frage im Infotainment-Zeitalter heißen. Kann von links nur noch mit auf den Busch küppern geantwortet werden? Vor der Beantwortung dieser Frage gilt es zunächst noch einen kurzen Blick auf 25 Jahre ‚blätter' zu werfen.

Geschichte(n) aus einer bewegten Zeit

Ende der sechziger Jahre ging ein politischer Ruck durch die bundesdeutsche Gesellschaft. Die Fassade der Adenauer-Ära zerbröselte und auch im Süd-Nord-Verhältnis änderten sich die Zeiten. Erhard Eppler, der neue Chef im BMZ, entfachte auf institutioneller Ebene eine heute kaum mehr vorstellbare Aufbruchstimmung.

In Freiburg beschloß eine Gruppe von StudentInnen gleich weltweit gegen den Muff unter den Talaren anzugehen. Die Gruppe in Freiburg, mit dem juristischen Vereinsnamen ‚Aktion Dritte Welt e.V.' (ADW), konnte problemlos an das Ministerium andocken. Explizite Unterstützung galt der neuen Politik im BMZ. Ähnlich wie die Rüstungs-, Industrie- und Landwirtschaftslobby wollte man Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nehmen. Der Bundestagswahlkampf 1969 stand für sie unter dem Motto: „Wahlkampf für die Dritte Welt".

Nichts blieb von diesen Hoffnungen: „Wenn wir damals auch nur andeutungsweise geahnt hätten, wie es heute in vielen Entwicklungsländern aussieht, ich glaube wir wären nach Hause gegangen (...). Wir hätten uns wahrscheinlich gar nicht vorstellen können, daß 950 Millionen Menschen 1992 unterhalb der Armutsgrenze leben", resümierte sogar Erhard Eppler fast 25 Jahre später.

Für große Teile der Dritte-Welt-Bewegten setzte schon Anfang der 70er Jahre das Umdenken ein. Für die Aktivisten der ADW begann der Lernprozeß etwa, als die Bundesregierung und deutsche Konzerne entgegen den proklamierten liberalen Werte, den Kolonialkrieg Portugals in Mosambik militärisch und wirtschaftlich unterstützten.

Die goldenen 70er und 80er

Aus dieser Erkenntnis entwickelte sich eine politische Identität, die heute nur noch in Teilen die Arbeit der ADW und die seit Anfang der 70er Jahre von ihr herausgegebenen ‚blätter des iz3w' prägt. Der Zusammenhang zwischen den Interessen des westdeutschen Kapitals und dem Elend der Dritten Welt bildete die Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit im ‚Informationszentrum 3. Welt'. Theoretischer Hintergrund bildeten die Vordenker der Dependenztheorie. Die Propagierung einer eigenständigen (autozentrierten) und basisorientierten Entwicklung mündete in die zentrale Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, sprich: der Minderung von weltweiter und gesellschaftlicher Ungleichheit. Unterstützt wurden revolutionäre Bewegungen, die unabhängige Nationalstaaten schaffen würden – befreit von den durch die Metropolen diktierten Zwängen des Weltmarktes.

Im Laufe der 70er Jahre mauserten sich die ‚blätter des iz3w' von hektographierten Papieren zu einem weltweit vertriebenen, in der Fachwelt anerkannten Periodikum. Dies gelang u.a. deshalb, weil viele ‚black boxes' der offiziellen Nord-Süd- und Entwicklungspolitik aufgedeckt wurden und Themen wie Frauen, Ökologie oder das Problem unterdrückter Minderheiten in den ‚blättern' auftauchten, lange bevor sie den Weg in offizielle Publikationen und in die Tagespresse fanden.

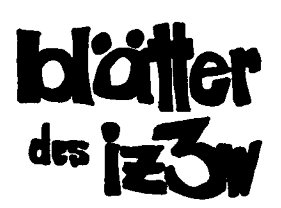
Eine Stärke des iz3w bestand seither darin, daß es sich um eine heterogene, aber produktiv diskutierende Gruppe handelte, die keinem festen Weltbild nachjagte, die aber einige wichtige gemeinsame politische Ziele verband. Sie war ein Teil der ‚Neuen Linken' nach 1968.

Wer macht das Licht aus?

Diese ‚Neue Linke' und die – wenn auch häufig nur vermeintliche – Gemeinsamkeit ihrer Analysen und Ziele gibt es heute nicht mehr. Seit über fünf Jahren leckt die Restlinke ihre Wunden. Berlin (1989), Managua (1990) und Bagdad (1991) stehen symbolisch als Stationen für eine Entwicklung, die Weltbilder zerstört, Perspektivenmangel aufgedeckt und Orientierungslosigkeit hinterlassen hat.

Die Turbulenzen haben auch uns voll erwischt. Zum einen sind die Länder des Südens nicht mehr der Projektionsraum, der die Entstehung einer besseren Welt erhoffen ließe. Zum anderen sind bloße Informationen über diese Länder nicht mehr rar – die Tagespresse streut immer wieder mal was ein, und eine Reihe auf bestimmte Regionen beschränkter Zeitschriften bieten neben Informationen auch Kritisches. Außerdem: Warum sollen wir für unser Archiv noch die Berichte internationaler Zeitschriften und Tageszeitungen auswerten, zusammenstellen und allen, die sie bei uns nachfragen, in die ganze Republik verschicken, wenn Informationen auch auf CD-Rom erhältlich sind? Es nützt uns auch offensichtlich nicht viel, schlicht gute Hefte zu machen. Von verschiedenster Seite gibt es Lob für unsere Themenblöcke etwa zur Perspektive der internationalistischen Linken (Ausgabe 200 und 201). Nur im Verkauf schlug sich das nicht nieder.

1000 neue Abos



würden uns retten, aber jedes einzelne bringt uns weiter...
Das *iz3w* ist bedroht. Nach 25 Jahren droht der letzten unabhängigen Nord-Süd-Zeitschrift das Aus. Damit die Zukunft der *blätter* und des Informationszentrums gesichert ist, appellieren wir an Euch: Vermittelt uns NeuabonnentInnen - eine Buchprämie winkt...!

Das Abo zum alten Preis

Wer bis zum 30.11.1995 ein Neuabo bei uns bestellt, bekommt das Abo noch zum alten Preis* von 54,-DM/erm. 46,-DM

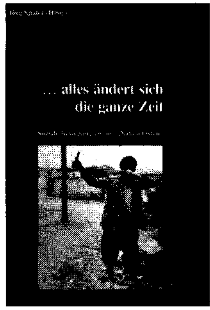
* Ab 1.12.1995 kosten die *blätter* 60,- DM/erm. 50,- DM pro Jahr.

Das Buch zum Abo

Wer bis zum 30.11. 1995 ein Neuabo für die *blätter des iz3w* wirbt, erhält eines unserer Bücher aus der "schwarzen Reihe", frei nach Wahl!



A: Migration



B: Naher Osten



C: Karibik

✂--

Ich bin AbonnentIn der *blätter* und habe das nebenstehende Neuabo geworben:

Name____________________

Straße____________________

PLZ/Ort____________________

Meine Abonummer:

mein Buchwunsch:

____

Unterschrift

Ich bestelle die *blätter des iz3w*
ab September Oktober 1995

Name____________________

Straße____________________

PLZ/Ort____________________

____

Unterschrift

an: blätter des iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel.: 0761/74003

Die Folge für uns: Als zumindest halbwissenschaftliche Fachzeitschrift, deren Beiträge noch immer bis zu fünf Seiten lang sein dürfen, als Zeitschrift, die noch analysiert, wo andere nur noch unterhalten sollen, haben wir zwar auch nach 25 Jahren noch einen guten Ruf zu verteidigen – aber: So langsam gehen uns Mittel und AbonnentInnen aus! „Ich finde euch zwar immer noch sehr gut, aber ich finde keine Zeit mehr, das Heft zu lesen" ist neben dem politischen Frust der am häufigsten geäußerte Weglaufgrund.

Das Szenario ‚Aufhören' ist bei zusammengeschmolzenen finanziellen Rücklagen und den eisigen Winden des Zeitgeistes nicht mehr weit entfernt. Das Gefühl, lieber früher als zu spät das Licht auszumachen, beschlich uns in den letzten Monaten öfters.

Die im Dunkeln sieht man nicht

Nun mag es auch am Zeitgeist liegen, wenn unsere LeserInnen keine Zeit mehr zum Lesen haben (obwohl das Heft schon dünner ist); es mag ein Zeitgeist dahinterstecken, wenn einigen inzwischen unsere Aufmachung zu unprofessionell, unsere Sprache zu wissenschaftlich erscheint, wenn ihnen Themen vielleicht nicht tagespolitisch aktuell genug sind oder wenn wir – je nachdem – den einen zu kritisch und den anderen zu unkritisch sind. Nur zu einfach macht's sich wohl, wer nur auf den Zeitgeist schimpft. Dem wollen wir zwar weiter trotzen – uns aber trotzdem nicht selbst ins Dunkel stellen.

Den professionellen Durchbruch zu neuen Ufern auf dem Printmedienmarkt schaffen, könnte das Motto für eine Lösungsstrategie lauten. In einem radikalen Gesundschrumpfungsprozeß müßten Arbeitsbereiche, die finanziell zu wenig abwerfen, abgestoßen werden. Danach hieße es hoffen, auf die Eroberung einer Marktlücke im kommerzialisierten linken Spektrum.

Nun bezeichnet der Begriff „Gesundschrumpfung" typischerweise einen ganz und gar ungesunden Vorgang – werden doch in seinem Verlauf sogenannte unproduktive, d. h. weniger gewinnbringende Tätigkeiten und die, die sie verrichten, abgeschafft. Marktwirtschaftlich „gesunde" Konsequenzen ziehen wollen wir daher nicht – schließlich ist unsere Arbeit weiter wertvoll; und das Schicksal anderer Nord-Süd-Zeitschriften wie ‚epd-Entwicklungspolitik', ‚Überblick' und ‚Entwicklung und Zusammenarbeit' (E&Z) wollen wir auch nicht teilen: Die hängen nicht nur an den Subventionstöpfen der Kirche und des Staates, sondern sie sind organisatorisch voll an ihre übermächtigen Institutionen angebunden.

Schrumpfung und Abhängigkeit sind Perspektiven, die Freiräume verschließen, die unmöglich machen, was wir in den vergangenen Monaten begonnen haben und weiter fortführen wollen.

Zu neuen Ufern ...

Wir wollen in den nächsten Jahren weiter eine unabhängige und kritische Zeitschrift bieten, die die Veränderungen im Weltgeschehen in Form von Themenschwerpunkten, Kommentaren, Debatten und informativen Analysen präsentiert. Es gibt zur Zeit keine andere unabhängige Zeitschrift, die das in diesem Umfang leisten kann. Sollten die ‚blätter' verschwinden, verschwindet eine Stimme, die auf absehbare Zeit nicht zu ersetzen ist. Welche Zeitschrift mit einer Auflage von fast 5.000 Exemplaren – was viel zu wenig ist – stemmt sich sonst noch gegen den Spruch von der ‚Einen Welt, in der wir alle Leben'? Ein Spruch, der wohlklingt, aber vergessen macht, daß immer mehr Menschen – hier wie dort – von eben dieser Einen Welt erdrückt werden. Die bunten Bilder und Statistiken im FOCUS und die gelungenen Spots von ZAK ersetzen keinen fundierten Hintergrundartikel.

Es ist richtig, auch wir müssen uns angesichts der Veränderungen in einen Lern- und Veränderungsprozeß begeben. Wer die ‚blätter' aufmerksam liest, hat einige Veränderungen bereits bemerkt. Es gibt z. B. kaum mehr lange Länderartikel aus der ‚Dritten Welt'. Wir konzentrieren uns auf Beiträge, die über einzelne Länder hinausweisen. Die ‚Entgrenzung der Dritten Welt' ist ein neues Thema. Immer häufiger richten wir so auch den Blick auf die Entwicklungen vor unserer eigenen ach so multikulturellen Haustür – dort, wo die Veränderungen beginnen müßten. Stellungnahmen zu der alle andere Perspektiven utopisch erscheinen lassenden Strategie des Lobbyismus sind ebenso angesagt wie zu dem erschreckenden Amalgam von neuen und alten Formen der ethnischen Mobilisierung und der ethnisierenden Analyse von Konflikten.

Mehr noch: Der Satz von Leo Tolstoi „wenn du dein Dorf malst, malst du das Universum" hat heute eine klare Bedeutung bekommen. Neben der wachsenden Bedeutung internationaler Organisationen der Weltverwaltung (z. B. UNO und WTO) sind es die konkurrierenden supranationalen Verbünde (EU, NAFTA, ASEAN u. a.), die es kritisch zu betrachten gilt. Ökonomisch geht es weltweit nur noch um den Standort. Immer mehr vertieft sich die Spaltung in transnationale, konkurrenztaugliche Industriezweige und ihre Dienstleister auf der einen und einer zunehmenden Randbevölkerung auf der anderen Seite. Die Frage nach den Formen der Globalisierung und ihrer Tragweite, wo sie uns schmerzt und welche Gegenstrategien es gibt, wird ein zentraler inhaltlicher Schwerpunkt der nächsten Zeit sein.

Anschließen muß sich die zentrale Frage, wie eine Linke, die in diesem Jahrhundert zunehmend duch die Jammertäler des Nationalismus gegangen ist, wieder eine transnationale Perspektive gewinnen kann. Nur so kann eine politische Interventionsfähigkeit auch in dieser Gesellschaft wiedererlangt werden.

In Zukunft wird auch der etwas angestaubte Begriff der ‚Dritten Welt' auf der Titelseite der ‚blätter' ersetzt werden, um schon auf den ersten Blick veränderte Fragestellungen klar zu machen.

Die derzeitigen politischen Unterschiede, gerade auch in der sogenannten entwicklungspolitischen Diskussion, sind zu einer Frage des politischen ‚dressing' verkommen. Wir setzen uns daher für die allernächste Zukunft die Aufgabe, auch in unserem ureigenen Bereich der sogenannten ‚Entwicklungspolitik' wieder stärker Position zu beziehen.

... aber: Nicht ohne unsere LeserInnen!

Um diese und andere Themen zu erarbeiten und zu veröffentlichen, brauchen wir die LeserInnen. Wenn das Projekt überleben soll, brauchen wir ein finanzielles und inhaltliches Feedback. Das Archiv mit seinem unschätzbaren Wert an grauer Literatur, ausgewerteten Tageszeitungen und verschlagworteten Fachzeitschriften und das kleine Hinterhaus, in dem sich über zwanzig Gruppen von einem iranischen MigrantInnenkreis über die Kuba-Gruppe bis zum Südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebung (SAGA) treffen, dürfen gerade in diesen schwierigen Zeiten nicht untergehen.

*– **Wir brauchen bis zum Jahresende 60.000 DM oder 1.000 neue Abos!** Bis zum 30. 11. 95 gilt der alte Abopreis! Außerdem: Wer neue AbonentInnen von den ‚blättern' überzeugt, bekommt dafür ein Buch aus unserer ‚schwarzen Reihe'.*

*– **Wir brauchen Förderer (Förderabos)!** Bezahlt ein paar Mark mehr auf Euer Abo und ermöglicht uns so das Weitermachen. Alle FördererInnen, Mitglieder und SpenderInnen bekommen am Ende des Jahres einen inhaltlichen und finanziellen Tätigkeitsbericht des iz3w.*

*– **Wir brauchen Spenden!** Die sind selbstverständlich steuerlich absetzbar und erhalten das Archiv, die Infrastruktur für die vielen hier tagenden Gruppen und nicht zuletzt die Fähigkeit, uns in der Öffentlichkeit mit unseren Positionen zu präsentieren und ins politische Geschehen einzugreifen.*

Spendenkonto:
Kto. 124 96 06
Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)
Verwendungszweck:
‚Durchlaufspende zugunsten der ADW'

Es hängt von uns allen ab, ob es Ende nächsten Jahres noch eine unabhängige, transnationale Zeitschrift gibt.

Die Redaktion

Fis(c)herman's Friends

Das Militär, die Grünen und die Macht

Nach der erneuten Eskalation in Ex-Jugoslawien blasen Intellektuelle und andere ehemalige Friedenskämpfer wieder zur Attacke. Im Stahlgewitter des deutschen Feuilleton und den Kommentarspalten werden Pazifisten und andere Interventionsgegner zum Abschuß freigegeben. Schlaffe und bequeme Zeitgenossen seien sie, die dem Morden und dem Leiden auf dem Balkan in ihren Fernsehsesseln ungerührt zuschauen würden.

Ganz besonders leidet Joschka Fischer – Häuserkämpfer der 70er Jahre, Pazifist der 80er und nunmehr Außenminister in spe. Angesichts der sich darbietenden Grausamkeiten stehen für ihn die Grundwerte Leben und Freiheit gegen den ehedem hochgehaltenen Grundsatz der Gewaltfreiheit. Deshalb plädiert er für eine „militärische Intervention der Vereinten Nationen zum Schutz der Schutzzonen ohne wenn und aber". Wie eine Bombe schlug Fischers zwölfseitige Breitseite zur Bosnienpolitik bei seiner um Konsensfindung in Sachen Außenpolitik bemühten Partei ein.

Das auf den ersten Blick elaborierte Papier zum Interessengerangel der herrschenden Mächte und ihrer gegenseitigen Blockade entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Dokument mit zwei Pferdefüßen:

Zum einen existiert für Joschka Fischer die Interessenspolitik der Westmächte, die entscheidend zur Eskalation beigetragen hat, nur in der Vergangenheit. Jetzt, bei der geforderten militärischen Intervention, haben sich diese Interessen verzogen wie ein Nebelfeld. Dabei ist bekannt, daß Interessenspolitik die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates und damit die Aktion oder Nicht-Aktion von UN-Truppen bestimmen. Manchmal schauen die, die sich sonst rhetorisch so für die Menschenrechte engagieren, schlicht beiseite. Wen interessieren die UNO-Resolutionen zu Ost-Timor oder der Westsahara? Warum wird nicht die Bombardierung von Ankara gefordert? Dessen Truppen wüten in schönster Regelmäßigkeit in der UNO-Schutzzone Südkurdistan. Fischer, der diese Widersprüchlichkeit als Diplomat im Wartestand kennt, erwähnt sie mit keiner Silbe.

Ebenso schweigt sich Fischer – und darin besteht der zweite Pferdefuß – zu den Ursachen des Konfliktes aus. Mit dem Verweis auf den „altbekannten Balkanfaschismus" kann man vielleicht tagespolitisch Punkte verbuchen; zur Klärung der Frage, warum sogenannte „ethnische Bewegungen" entstehen und scheinbar wider alle Vernunft aufeinander einschlagen, trägt er wenig bei. Die militärischen Sandkastenspiele, die jetzt von allen Seiten zur „Lösung" bemüht werden, verdecken nur die Hilflosigkeit angesichts der Verteilungskonflikte im Weltmarktgeschehen. Die zunehmenden ökonomischen Differenzierungsprozesse nach dem Ende der Versprechungen von „Entwicklung und Wohlstand" bilden auch eine der Grundlagen für das ‚ethnic revival', bei dem jeder Kriegsherr mit dem Verweis auf die kulturellen Besonderheiten seine Pfründe ins Trockene zu bringen versucht. Auf dieser Klaviatur spielen nicht nur die ‚Clanführer' in Afrika, sondern auch die Nationalisten in Zagreb und Belgrad. Das „Notwehrrecht" à la Fischer ernst genommen würde jedenfalls einige Völkchen mehr auf den Plan rufen, die im Namen von Leben und Freiheit ihr partikulares Süppchen kochen würden.

Statt eine konsequente Analyse vorzulegen kommt Fischer lieber moralisch daher. Nach der Devise „Schlagt die Pazifisten mit ihren eigenen Waffen" liest sich das wie folgt: „Und so wird weiter die quälende Frage gestellt, droht unserer Generation jetzt nicht ein ähnliches politisch-moralisches Versagen, wie der Generation unserer Eltern und Großeltern in den dreißiger Jahren, wenn wir dem Schrecken mit unseren Möglichkeiten nicht entgegentreten". Eine philosophisch daherkommende Debatte über das Notwehrrecht schließt sich an. Letzteres umfasse, so Fischer, „Leben und Freiheit, die Voraussetzung für alle Gewaltlosigkeit".

Die Absurdität des ‚entweder-oder', das die Notwehrsituation gegen das moralische „du sollst nicht töten" ausspielt, ist der Linken aus den Zeiten der Kriegsdienstverweigerungs-Prüfung noch in bester Erinnerung (Stellen Sie sich vor, der Russe kommt und vergewaltigt ihre Freundin...). Hatte aber der alte „Gewissenstüv" zumindest noch den Vorteil, daß ihn alle Beteiligten mehr oder weniger belächelten, so will der human-militärisch gewendete Pazifismus heute mit eben der Argumentation der Gewissensprüfer im Ernst und im Namen der europäischen Zivilisation (wieder einmal) aufs Ganze gehen und in die Welt ausschweifen.

Damals wie heute kann mit der Beschwörung einer Konstellation, die offenbar nur das ‚entweder-oder' zuläßt, die eigentliche Frage beruhigt ad acta gelegt werden – nämlich die Frage, wie gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen werden könnten, die Menschen einerseits nicht in eine Notwehrsituation bringen und in denen andererseits die Gewaltlosigkeit nicht zum Prinzip erhoben werden muß.

Tatsächlich sind diese eigentlichen Fragen in der aktuellen Debatte aber nur Neben(kriegs)schauplätze. Muß sich doch Fischer als mehr oder weniger offen gehandelter neuer „Außenminister" einer für 1998 anvisierten rot-grünen Koalition nicht nur außenpolitisch profilieren, nein, er muß auch noch die Pazifisten seiner Partei davon überzeugen, daß wenn sie schon – wie eigentlich alle Grünen – regierungsfähig werden wollen, sie auch vor dem Einsatz von Militär nicht zurückschrecken dürfen. Gehört doch dieses wie die Polizei zum festen Inventar einer jeden bürgerlich-demokratischen Regierung. Im Gegensatz zu vielen seiner Parteigenossen ist Fischer damit konsequent, denn auch Sonnenblümchen in den Gewehrläufen werden nichts daran ändern, daß die grundsätzliche Aufgabe von Militär und Polizei die Sicherung des Status quo nach innen wie nach außen ist. Die empörte Beschwörung der Gewaltfreiheit, mit der jetzt die pazifistische Ecke der zukünftigen Regierungspartei auf sein Papier reagiert, bleibt vordergründig.

Auch hinter den von Joschka Fischer angeführten allgemeinen Werten stecken somit partikulare Interessen. Das unterscheidet die angezettelte bündnisgrüne Wertediskussion nicht von der herrschenden Politik. Traurig nur, daß damit wirklich das so oft beschworene Leiden der Menschen in Bosnien instrumentalisiert wird – vielleicht ein Vorgeschmack auf grüne Politik, wenn sie nur erst einmal an der Macht ist.

Christine Parsdorfer/Georg Lutz

Die Quadratur des Kreises

Kuba zwischen Sozialismus und Anpassung

Aus Kuba hörte man wenig in der letzten Zeit. Anfang März diesen Jahres erklärte Fidel Castro, daß „die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen, Privateigentum und Kapitalismus nicht vermieden werden kann" und kündigte weitere Reformen an.

Bis jetzt bewegte sich außer dem Personalkarussel aber kaum etwas auf der Insel: Sechs neue Minister, die den Reformerflügel deutlich stärkten, wurden ernannt. Zusätzlich gestand Castro eine zunehmende soziale Ungleichheit auf Kuba ein und wiegelte ab: „Wir werden keine kapitalistische Gesellschaft schaffen, auch wenn es Kapitalisten gibt". Doch was die einen als Reformen bezeichnen, ist für die anderen die Quadratur des Kreises. An der Frage, ob es überhaupt möglich ist, daß eine einzelne Insel im Meer des neuen Weltkapitalismus einen eigenständigen, selbstbestimmten Entwicklungsweg finden kann, scheiden sich die Geister.

Die Regierung bestätigte für 1994 ein bescheidenes Wachstum von 0,7% und eine wirtschaftliche Stabilisierung. Durch mehr als 180 Kooperationsabkommen ist die angestrebte Integration in die Weltwirtschaft weiter fortgeschritten, gleichzeitig sind in den letzten Jahren 1,5 Mrd. US-Dollar an Investitionen auf die Insel geflossen. Nach der Legalisierung „freier Bauernmärkte" und privater Kleinbetriebe hat sich die Versorgungslage der Bevölkerung trotz hoher Preise spürbar verbessert und latente soziale Spannungen aufgefangen.

Trotzdem warnt man vor verfrühtem Optimismus. Die Dezentralisierung der Landwirtschaft hat noch nicht die gewünschten Erfolge gebracht, denn den nicht-staatlichen Kooperativen fehlt es an Ressourcen, um die Lebensmittelproduktion deutlich zu steigern. Damit wird die Ernährung auch in Zukunft von den Importen abhängen. Der kubanischen Revolution steht deshalb die größte Herausforderung noch bevor: ein umfassender gesellschaftlicher Umbruch, der eine nachhaltige Konsolidierung des Systems einleitet. Und diesen bestimmen an erster Stelle nicht brillante Reformrezepte, sondern die Konflikte zwischen Strukturkonservatismus und Anpassungszwängen.



Schwere Zeiten – schwierige Ansprachen

Von dem politischen Willen für weitere Reformen ist noch nicht viel zu spüren. In der Rede Fidel Castros zum 42. Jahrestag der Erstürmung der Moncadakaserne am 26. Juli, in der er traditionsgemäß die Programmatik der Regierung für das nächste Jahr vorstellt, fehlte diesmal die Präzisierung neuer Reformen völlig. Vor allem die von einigen kubanischen Wirtschaftswissenschaftlern geforderte Unternehmensautonomie für nationale Betriebe wurde deutlich in Frage gestellt. Allein Castros Würdigung der chinesischen und vietnamesischen Reformerfolge gibt einen Hinweis darauf, wie sich die Regierung den weiteren Reformverlauf vorstellt.

Doch es gibt auch andere Signale aus Kuba: So wird dort in den nächsten Tagen ein Buch veröffentlicht, das ein neues, umfassendes Reformkonzept zur Diskussion stellt, um den sozialen Konsens und die politische Integrität auf der Insel langfristig erhalten zu können. Hans-Jürgen Burchardt interviewte Julio Carranza, einen der Autoren des Buches und Vizedirektor des Zentrums für Amerikastudien in Havanna.

Herr Carranza, Sie sind einer der Autoren eines Buches, das in den nächsten Tagen in Havanna veröffentlicht wird und eine neue Reformkonzeption zur Diskussion stellt. Worauf beruht diese Initiative?

Das Anliegen unseres Buches ist es, in die aktuelle Reformdebatte in Kuba einen Vorschlag einzubringen, mit dem eine wirtschaftliche Erholung des Landes erreicht werden könnte. Denn wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß unsere bisherige Wirtschaftsordnung so verändert werden muß, daß sie uns zu einem neuen, anderen sozialistischen Modell führt. Und das ist eine komlexe Herausforderung, bei der wir nicht auf historische Erfahrungen zurückgreifen können.

Was sind die zentralen Punkte der von Ihnen entwickelten Strategie?

Unser Ziel ist, die ökonomische Effizienz wiederzugewinnen, ohne die sozialen Errungenschaften der Revolution aufzugeben. Dies wollen wir durch eine dezentrale Wirtschaft mit einem wichtigen Anteil von Marktmechanismen erreichen, die aber

nicht in alle sozialen Sektoren eindringen. Dafür sind unseres Erachtens folgende Maßnahmen einzuleiten: Erstens eine Geld- und Bankenreform, zweitens eine Unternehmensreform, drittens die Schaffung eines nicht-staatlichen Wirtschaftssektors und viertens eine Reform des Staates.

Wie wollen Sie das alles umsetzen?

Wir schlagen einen dreistufigen Prozeß vor. Als Voraussetzung für alle weiteren Reformschritte muß in der ersten Phase ein makroökonomisches Gleichgewicht (ausgeglichener Staatshaushalt und Außenhandelsbilanz bei geringer Inflationsrate und gleichgewichtigen Kaufkraftparitäten, Anmerkung des Übersetzers) geschaffen werden, das einen Finanzausgleich und die Zirkulation nur einer Währung garantiert. Wichtige Instrumente könnten hier eine Währungsreform, ein fixierter Wechselkurs für den Dollar sowie eine neue Preis-, und Steuerpolitik sein.

Die danach folgende Unternehmensreform muß im Falle von ökonomischer Ineffizienz die Möglichkeit des Konkurses – auch für staatliche Betriebe – beinhalten. Momentan arbeiten über 60% der Staatsbetriebe mit Verlusten, was langfristig ein untragbarer Zustand ist. Wir haben kalkuliert, daß rund 20% der erwerbstätigen Bevölkerung entlassen werden muß, wenn die Betriebe produktiv werden sollen. Aus diesem Grunde muß parallel dazu ein nichtstaatlicher Sektor geschaffen werden, der überschüssige Arbeitskräfte absorbiert. Da wir auch damit die Arbeitslosigkeit nicht völlig beseitigen können, muß ein staatliches Leistungssystem eingerichtet werden, das eine soziale Marginalisierung bei Arbeitslosigkeit verhindert.

Führt das nicht kurzfristig zu enormen sozialen Ungerechtigkeiten?

Die kubanische Revolution hat eine sehr egalitäre Gesellschaft hervorgebracht. Dieses hohe Niveau der sozialen Gleichheit werden wir in Zukunft nicht aufrecht erhalten können, weil wir dafür nicht mehr die notwendige wirtschaftliche Basis haben. Jede der nötigen Wirtschaftsreformen wie Subventionsstreichungen oder die Errichtung eines Privatsektors wird darum eine Öffnung der Einkommensschere zur Folge haben. Das neue Modell wird die soziale Gleichheit also nicht retten können, dafür aber soziale Gerechtigkeit für alle garantieren. Ich verstehe unter sozialer Gerechtigkeit, daß der Staat dafür Sorge trägt, daß erstens die soziale Ungleichheit nicht bestimmte Grenzen überschreitet, zweitens die Sozialleistungen, die außerhalb der Marktlogik liegen, für alle gleich zugänglich bleiben, und drittens garantiert wird, daß nicht einige Bevölkerungsschichten durch das soziale Netz fallen.

Und was sagt der Staat dazu...?

Die Rolle des Staates muß sich verändern, ohne daß er seine Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der Wirtschaft verliert. Das bedeutet eine größere Autonomie für Staatseigentum, es sollte zwar noch eine dominante, aber nicht mehr einzigartige Rolle spielen. Der Staat könnte dann einerseits die Sozialleistungen garantieren und andererseits die dafür notwendigen Ausgaben durch Steuereinnahmen und die Gewinne der wieder rentablen Staatsbetriebe langfristig finanzieren.

Führen solche Reformen nicht direkt zum Kapitalismus?

Fragen dieser Art beruhen häufig auf gewissen Mißverständnissen, wie z.B. über den Charakter von Marktwirtschaft. Beginnend mit primitiven Gesellschaften bis hin zum entwickelten Sozialismus gab es bisher keine einzige wirtschaftliche Ordnung, in der wir nicht bestimmte Marktmechanismen antreffen können. Märkte gab es schon vor dem Kapitalismus und wird es auch nach dem Kapitalismus noch geben. Das Problem liegt deshalb nicht in der Existenz, sondern in der Funktion und Dimension des Marktes. In kapitalistischen Gesellschaftsformen dominiert er alle sozialen Bereiche. Um es mit anderen Worten zu sagen: Der Widerspruch liegt dort nicht im Markt selbst, sondern im Liberalismus, der alle gesellschaftlichen Bereiche der Marktdynamik unterordnet. Und das ist in unserem Vorschlag eben nicht so!

Und worin bestehen dann die antikapitalistischen Elemente von Ihren Reformvorschlägen?

Es ist richtig, daß wir eine Zunahme von Geld-Ware-Tauschbeziehungen und Marktelementen fordern, aber wir wollen gleichzeitig einige Sektoren der Marktlogik entziehen, wie die Bereichen der Gesundheit, der Bildung und zum Teil der Kultur. Zusätzlich würden die Märkte staatlichen Regulierungen unterliegen. Die Basis des Kapitalismus besteht in der Hegemonie des Kapitals. Und die würde es in unserem Konzept auch bei verschiedenen Eigentumsformen nicht geben, da staatliches Eigentum weiter eine wichtige Rolle spielen würde. So könnten wir uns gleichzeitig in die weltwirtschaftliche Dynamik integrieren und nicht-kapitalistische Elemente erhalten. Darüber, ob so etwas möglich ist, wird die Geschichte das letzte Wort sprechen. Aber ich glaube, Kuba erfüllt genügend Bedingungen, damit dieses Experiment gelingt.

Kann dabei eine Zersplitterung zwischen den im Weltmarkt integrierten Sektoren und dem Binnenmarkt überhaupt vermieden werden?

Dies ist eins der zentralen Fragestellungen unseres Buches. Unserer Meinung nach hängt eine wirtschaftliche Erholung besonders von einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Integration ab. Das bedeutet, daß beide Sektoren, die sich heute noch widersprüchlich gegenüberstehen, in einer integrativen, kohärenten Strategie miteinander organisch verbunden werden. Die Schaffung einer einzigen Währung ist ein fundamentaler Schritt in diese Richtung. Danach müßten auch die dezentralisierten kubanischen Betriebe unter einem rigiden Finanzsystem auf den Binnenmärkten miteinander konkurrieren, was letztendlich zur Effizienzsteigerung und damit zur Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Betrieben führen würde.

Deutet die Veröffentlichung Ihres Buches in Kuba darauf hin, daß ein wachsender Anteil von politisch Verantwortlichen Ihre Thesen unterstützt?

Das heutige Kuba ist von einer ständigen Suche geprägt, nach Formeln, die die Zukunft der Revolution unter den momentan schwierigen Bedingungen sichern. Und die Geschichte hat uns gezeigt, daß man bei dieser Suche nach dem gesellschaftlichen Fortschritt nicht dogmatisch vorgehen darf, sondern flexibel sein muß. Unsere Regierung hat das erkannt, wie auch die Veröffentlichung unseres Buches beweist. Und selbst wenn man zu der Überzeugung kommt, daß unsere Vorschläge nicht die beste Alternative sind, fördern sie doch die Reformdebatte, und das ist ein positiver Schritt.

Und wie wird die Krise zur Zeit in der kubanischen Bevölkerung reflektiert?

Die mit der Krise verbundene Verschlechterung des Lebensstandards hat in der Bevölkerung in vielen Bereichen zu Ermüdungserscheinungen geführt, was nur verständlich ist. Aber unabhängig davon plädiert die Mehrheit der Kubaner immer noch für einen selbstbestimmten Reformprozeß innerhalb der Revolution. Wir verfügen nicht über die Instrumente, um diese Mehrheit zu messen und zu konkretisieren. In den nächsten Wochen haben wir aber Gemeinderatswahlen in Kuba. Der Ausgang dieser Wahlen wird uns genau zeigen, wie stark diese Unterstützung noch ist. (In den zwischenzeitlich stattgefundenen Wahlen haben 11,2% der Wähler gegen die Revolutionsregierung gestimmt; Anmerkung des Übersetzers)

Welches sind zur Zeit die größten Widerstände gegen die von Ihnen vorgeschlagenen Reformen?

Die erste Schwierigkeit ist die Komplexität der Herausforderung, ohne über historisch vergleichbare Erfahrungen zu verfügen. Die zweite Schwierigkeit liegt darin, daß Strukturen angetastet werden müssen, die innerhalb der spezifischen Entwicklung Kubas gewachsen sind. Und Modifizierungen von Strukturen, die sehr lange funktioniert haben, provozieren konservative Reaktionen. Dieses Problem kann mittelfristig überwunden werden, ist aber noch präsent. Außerdem kann uns eine falsche Entscheidung alles kosten.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir massiv von den USA bedroht werden, und jede innenpolitische Entscheidung, die zu bestimmten Spannungen führt, kann gegen uns verwendet werden. Und das impliziert zusätzlich eine gewisse Langsamkeit des Reformprozesses.

Interview und Übersetzung: Hans-Jürgen Burchardt

Reformdruck: Kuba betritt Neuland

Zum Jahreswechsel 1994/1995 konnte die kubanische Regierung zum ersten Mal seit vier Jahren wieder wirtschaftliches Wachstum vermelden. Doch nun gerät die kubanische Wirtschaft erneut unter Druck.

Die verheerende Zuckerrohrernte von 3,3 Millionen Tonnen, niedrigstes Ergebnis seit der Revolution im Jahre 1959, schmälert die Deviseneinnahmen um knapp 200 Millionen US-Dollar.[1] Dieses Loch in der Devisenkasse gilt es nun möglichst schnell zu stopfen, denn an eine Reduzierung der Importe ist nicht zu denken. Eine weitere Senkung des Importniveaus könnte allein den Kollaps einzelner Wirtschaftssektoren oder den Unmut der Bevölkerung über eine erneute Verschlechterung der Versorgungslage hervorrufen.[2] Damit wäre die aufkeimende Hoffnung auf Besserung dahin. Die kubanische Regierung steht also erneut unter großem Transformationsdruck – neue Maßnahmen müssen getroffen werden, um die einsetzende wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden.

Bereits Mitte Juni wurden 59 weitere Berufe für die „Arbeit auf eigene Rechnung" legalisiert, insgesamt sind damit nun 190 Berufe für die selbständige Arbeit freigegeben. Auf diesem Wege, ergänzt durch die Freigabe von Nebenjobs für weitere 140 Tätigkeiten, soll der bis dato noch kleine Privatsektor der kubanischen Wirtschaft ausgeweitet werden.

Ihm kommt zukünftig die Aufgabe zu, die steigende Zahl von Arbeitslosen aufzufangen. Wurden 1994 knapp 100.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, rechnen kubanische Spezialisten im Rahmen der Neustrukturierung der kubanischen Unternehmen im Laufe des nächsten Jahres mit bis zu 800.000 Entlassungen, was einem Anteil von etwa 20% der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht. Die Finanzierung der zu erwartenden hohen Arbeitslosigkeit soll über die Einführung eines progressiven Steuergesetzes mitgetragen werden.[3]

Neu auf Kuba: Finanzämter...

Zu diesem Zwecke wurden am 1. Juli die ersten kubanischen Finanzämter eröffnet, denen es obliegt die Steuern auf die Gewinne sämtlicher Betriebe, die Steuern für die selbständige Arbeit und die Abgaben für den Verbrauch natürlicher Ressourcen (Ökosteuer) einzuziehen. Die Hauptaufgabe der Finanzämter wird vorerst darin liegen, die Steuern im Privatsektor der kubanischen Wirtschaft einzutreiben. Auch über die Einführung einer allgemeinen Lohnsteuer wird momentan beraten. Mit den zu erwartenden Mehreinnahmen möchte der kubanische Finanzminister sowohl das Haushaltsdefizit als auch den Währungsüberhang reduzieren. Der Förderung der Privatinitative kommt demzufolge in der Beschäftigungs- und Finanzpolitik der kubanischen Regierung eine zunehmende Bedeutung zu.

Ein weiterer Schritt zur Öffnung der kubanischen Wirtschaft soll in den nächsten Wochen erfolgen: die Verabschiedung des neuen Auslandsinvestitionsgesetzes. Obwohl der genaue Wortlaut der Gesetzesreform noch nicht vorliegt, sind die wichtigsten Neuerungen bekannt geworden:

a) Die Beschränkung auf 49 % der Anteile an den Joint-Venture- Gesellschaften, die für den ausländischen Partner bis dato vorgesehen war, entfällt. Denkbar sind nunmehr Beteiligungen von bis zu 90 %.

b) Ferner sollen nun direkte Anstellungsverträge mit den kubanischen Mitarbeitern des Gemeinschaftsunternehmens abgeschlossen werden. Bisher wurden die Angestellten über eine staatliche Vermittlungsstelle vom Gemeinschaftsunternehmen angestellt. Diese Vermittlungsstelle legte die Löhne der kubanischen Arbeiter fest, bezahlte deren Gehalt in der Landeswährung und rechnete mit dem Joint-Venture-Unternehmen die Gehälter in Devisen ab.

c) Der Gesetzestext sieht außerdem die Öffnung aller produktiven Wirtschaftssektoren für ausländische Investitionen vor. Allein der Bildungssektor, das Gesundheits- und Verteidigungswesen werden somit von ausländischen Investitonen unberührt bleiben. Nach langem Zögern öffnet die kubanische Regierung damit auch die Zuckerindustrie für ausländische Investitionen, um auf diesem Wege Ressourcen für den ersehnten Produktionsanstieg zu mobilisieren.

d) Darüber hinaus sieht die Gesetzesvorlage die Gründung einer Freihandelszone sowie die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für Auslandsinvestitionen vor. Der entscheidende strittige Punkt ist dabei die Überschreibung von Grundbesitz an ausländische Investoren. Die Legalisierung des Immobilienverkaufs würde die Grundlagen des politischen Selbstverständnisses großer Bevölkerungsteile in Frage stellen – die nationale Unabhängigkeit und das nationale Selbstbestimmungsrecht – und damit auch zentrale Elemente der Legitimation der politischen Führung. Eine erneute Abhängigkeit vom ausländischen Kapital ist für viele Kubaner nicht vorstellbar.[4]

Die kubanische Regierung versucht auch, die Kreditwürdigkeit Kubas auf den internationalen Finanzmärkten wieder herzustellen. Nach den erfolgreichen Schuldenumwandlungen in Unternehmensbeteiligungen (debt for equity swaps) mit Mexiko und jüngst Argentinien, versuchen kubanische Unterhändler nun die westlichen Gläubiger zu einer Umschuldung der kubanischen Verbindlichkeiten zu bewegen. Erst ein Erfolg dieser Verhandlungen würde es Kuba erlauben, Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten aufzunehmen und damit kurzfristige Einnahmeausfälle zu kompensieren.

... und Börsen

Mit der Ankündigung einer Reform des nationalen Bankwesens und der Eröffnung von Börsen ist die kubanische Seite den Wünschen nach einer Flexibilisierung des Finanzsystems bereits entgegengekommen. Ob diese Geste ausreicht, um die Gläubigerstaaten dazu zu bewegen, die Schuldenlast von rund acht Milliarden US-Dollar umzuschulden, bleibt abzuwarten. Augenblicklich müssen Einnahmeverluste noch mit anderen Maßnahmen aufgefangen werden. So soll der Ausfall der eingeplanten Millionen aus dem Zuckerverkauf wahrscheinlich durch die Öffnung von Wechselstuben ausgeglichen werden. Mit diesen Wechselstuben soll die zirkulierende Dollarmenge, welche auf einige hundert Millionen US-Dollar geschätzt wird, abgeschöpft werden. Es könnte auf diesem Wege gelingen, zusätzliche Dollareinnahmen für den Import dringend benötigter Waren zu erhalten.

Einzelne Maßnahmen des in dem vorstehenden Interview mit Julio Carranza skizzierten Reformkonzepts befinden sich demzufolge bereits in der Phase der Umsetzung.

Knut Henkel

Anmerkungen:

1) Berechnet auf Basis des aktuellen Weltmarktpreises für Rohzucker von 13,63 cent pro lb. und der Planvorgabe für die Zuckerrohrernte von 4 Millionen Tonnen.

2) Mehr als 60 % der Importe entfallen auf die dringend benötigten Brennstoffe und auf Nahrungsmittel. Rund 50% der in Kuba konsumierten Kalorien müssen importiert werden. Eine Senkung dieser Importe erscheint wegen der Versorgungslage kaum vorstellbar.

3) Die kubanische Arbeitslosenunterstützung beträgt 60% des ehemaligen Lohns.

4) Japanische Unternehmen haben allerdings Investitionsvorhaben in Kuba an diese Bedingung geknüpft.



Frère Jacques' Atomsurfing

Frankreichs Weltpolitik der 90er Jahre

Noch keine zwei Monate im Amt, sorgte Staatspräsident Chirac für einen internationalen Eklat. Seine Ankündigung, die von seinem Vorgänger François Mitterrand unterbrochenen Atomversuche auf dem pazifischen Atoll Mururoa wieder aufnehmen zu wollen, lösten eine weltweite Welle von Protesten und Boykottaufrufen aus. Über die Empörung gerät aber die Frage nach dem Sinn und den Zielen dieses nationalen Alleingangs in Vergessenheit.

Zweifellos verweist das Vorgehen von Jacques Chirac auf die ungebrochene Bedeutung, die Frankreich seiner Atomstreitkraft, der Force de Frappe, auch nach dem Ende des Kalten Krieges noch beimißt. Nach wie vor gilt sie den meisten Franzosen als unverzichtbarer Bestandteil und Garant einer unabhängigen Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei kann ihr Wert nicht allein an militärtechnischen Kriterien gemessen werden. Dazu waren ihrer Kapazität von jeher zu enge Grenzen gesetzt. Auch stellt sich prinzipiell die Frage nach dem Wert einer nuklearen Streitmacht in einer Zeit, in der die klassischen Bedrohungsszenarien verblaßt sind und anderen Konfliktsituationen Platz gemacht haben, bei denen ein nukleares Abschreckungspotential keine Wirkung zeigen kann.

Ungeachtet solcher Überlegungen und ungeachtet der Tatsache, daß das Verteidigungsbudget 1995 um 8 % gekürzt wurde und auch konventionelle Waffensysteme immer teurer werden, stellt der neue Staatspräsident Chirac nun die Weichen für eine Modernisierung dieser Waffengattung. Dies kann als Fanal für die Wiederbelebung gaullistischer Traditionen gewertet werden. Zum einen demonstriert der französische Staat den Willen, sich Handlungsfreiheiten auch gegen internationalen Widerstand zu schaffen. Zum anderen beinhaltet dieses Vorgehen die Stärkung des symbolischen Elements in der französischen Politik. Die Force de Frappe stellt für viele eine Art „nationales Heiligtum" der „Grande Nation" dar.

Als Charles de Gaulle, der erste Staatspräsident der 5. Republik, die französische Nuklearstreitmacht ins Leben rief, war sie für ihn das einzige geeignete Instrument, um Frankreich in die Reihe der Weltmächte zurückzuführen, gleichzeitig aber auch ein mächtiges Sinnbild für das neue Prestige Frankreichs. Das Ansehen der Grande Nation hatte in der 4. Republik eine Reihe von herben Rückschlägen hinnehmen müssen. Indochina war verloren, und auch in den afrikanischen Kolonien manifestierte sich ein immer stärkerer Emanzipationsdrang. In Algerien tobte ein blutiger Befreiungskampf, und die Suezkrise von 1956 hatte gezeigt, wie bescheiden der außenpolitische Handlungsspielraum der beiden „kleinen" Siegermächte des 2. Weltkriegs, Großbritannien und Frankreich, gegen den Willen der Supermächte noch war. Die Wiederbelebung der Größe Frankreichs und die Wahrung seines Ranges unter den Nationen wurden so für de Gaulle zur politische Priorität.

Zu diesem Führungsanspruch haben sich seither alle Präsidenten bekannt, unabhängig von ihrer politischen Couleur. Und gerade hier spielt die Person des Präsidenten eine entscheidende Rolle: Ist doch die Außenpolitik in Frankreich noch heute eine unbestrittene Domäne des jeweiligen Staatspräsidenten. Der gestalterische Einfluß des Parlaments ist denkbar gering. Ohnehin wird die außenpolitische Marschrichtung von keiner „namhaften" politischen Gruppierung in Frage gestellt. Dieser parteiübergreifende Konsens funktioniert auch in einer Krisenzeit, wie sie etwa von der Versenkung der Rainbow Warrior durch den französischen Geheimdienst 1985 ausgelöst wurde.

Im Ausland lösten die Ambitionen Frankreichs, als gleichberechtigter Partner neben den USA und der Sowjetunion die Geschicke der Welt mitbestimmen zu wollen, nicht selten Unverständnis oder gar Spott aus. Zu groß schien manchen Beobachtern die Diskrepanz zwischen den realen Möglichkeiten des Landes und seinem Weltgeltungsanspruch. In Frankreich selbst verfestigte sich dagegen das Trachten nach dem sogenannten „rang", diesem sich aus vielfältigen historischen, kulturellen, moralischen und politischen Quellen speisenden, aber nie exakt definierten Selbstwertgefühl zum Selbstzweck.

Mondiale Akzente vom Juniorpartner

In der Tat nutzte Frankreich ab den sechziger Jahren alle Möglichkeiten, mit einer Nischenpolitik eigene mondiale Akzente zu setzen. Vor allem in der Dritten Welt gelang es, sich als Alternative zu den etablierten Blöcken darzustellen. Im Schatten der Großmächte ließ sich somit durchaus ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit erhalten. Auch in Europa hatte Frankreich seinen Führungsanspruch lange Zeit unwidersprochen durchsetzen können. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verschoben sich allerdings hier mit der deutschen Wiedervereinigung die Gewichte. In der EU wiegt die Stimme Frankreichs weniger als noch vor wenigen Jahren. Umso größer dürfte die Versuchung sein, sich noch stärker der globalen Ebene zuzuwenden, um hier eine Kompensation für seinen Bedeutungsverlust in Europa zu suchen. In diese Richtung deutet auch das Weißbuch zur ‚Nationalen Verantwortung Frankreichs' – legitimiert durch den ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat werden weltweite Interventionsszenarien durchgespielt.[1]

Bisher konnten allerdings die globalen Initiativen Frankreichs der vergangenen Jahre kaum Erfolge verbuchen. So legt die Teilnahme am Golfkrieg als Juniorpartner der USA nicht nur die Schwächen der kon-

ventionellen Rüstung Frankreichs an den Tag. Auch ökonomisch rentierte sich die Kriegsteilnahme nicht. Der Irak fiel als Markt für französische Importe aus, und darüber hinaus mißlang der Plan, die Märkte Saudiarabiens, der Golfemirate und Kuwaits stärker zu durchdringen. In den Maghreb-Staaten, besonders in Algerien, schwächt der islamische Fundamentalismus die französiche Position und auch in Bosnien haben weder die starken Worte Chiracs, noch die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe etwas bewegen können.

Insulares Imperium

Seit Jahrzehnten stützt sich die französische Weltpolitik neben der Force de Frappe auf zwei weitere Säulen. Da ist einmal der Umstand, daß Frankreich, ähnlich wie die USA, die Niederlande und vor allem Großbritannien, nach wie vor über ein weltumspannendes insulares Kleinstimperium verfügt. Es handelt sich hier um die Restbestände des einstigen Kolonialreiches. Dazu gehören die Überseedépartements (Départements d'outre-mer; kurz: DOM) Guadeloupe und Martinique in der Karibik, Franuzösisch-Guayana als Teil des südamerikanischen Festlandes sowie die Insel Réunion im Indischen Ozean.

Weitere Bestandteile sind die Überseeterritorien (Territoires d'outre-mer; kurz: TOM) Neukaledonien, Wallis und Futuna sowie Französisch-Polynesien – alle im südlichen Pazifik gelegen. Als TOM fungieren auch die am Südpol gelegenen unbewohnten Terres Australes et Antarctiques. Den Abschluß bilden die ,Collectivités Territoriales' (CT). Das sind St. Pierre-et-Miquelon vor der Küste Neufundlands und die Insel Mayotte, ein Teil der Komoren. Ohne die antarktischen Gebiete mit ihren 440.000 qkm haben die DOM-TOM eine Landfläche von rund 120.000 qkm und eine Einwohnerzahl von etwa 1,9 Millionen. Damit stellen sie rund 3 % der Bevölkerung Frankreichs.[2]

Die Überseebesitzungen nehmen eine relevante Funkton im militärisch-industriellen Komplex der 5. Republik ein. Französisch-Polynesien beherbergt heute das Centre d'Expérimentation du Pacifique (CEP). Französisch-Guayana nimmt über den Raumfahrthafen Kourou eine zentrale Position nicht nur in der französischen, sondern darüber hinaus in der europäischen Raumfahrts- und Kommunikationsplanung ein. Über die karibischen Inseln kann Frankreich Flugverbindungen zu seinem pazifischen Atomtestgelände herstellen, ohne auf die Landeerlaubnis von Drittstaaten angewiesen zu sein. Neukaledonien verfügt über bedeutende mineralische Rohstoffvorkommen. Neben Mangan, Chrom, Kobalt und Kupfer gilt das Interesse vor allem dem Nickel, von dem die Insel schätzungsweise 40 % der Weltreserven enthält. Mit der Anfang der achtziger Jahre erfolgten Ausweitung der exklusiven Meereswirtschaftszonen auf 200 Seemeilen verfügt Frankreich dank seiner DOM-TOM mit über 10 Millionen qkm über die drittgrößte national nutzbare Seefläche der Welt.

Seinen über alle Weltmeere verstreuten Inselbesitz führt der französische Staat an, wenn es darum geht, Ansprüche auf internationale Mitsprache geltend zu machen. In der Tat ist die Pariser Regierung sowohl in der ,South Pacific Commission' als auch in der ,Commission de l'Océan Indien' vertreten – Gremien, in denen Probleme der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit erörtert werden. Die Überseegebiete sind in ein geostrategisches und wirtschaftliches Nutzungsdenken einbezogen. Natürlich existieren Abstufungen im Grad der Nützlichkeit. Am deutlichsten wird dies wohl am Beispiel des rückständigen und marginalisierten Wallis und Futuna. Dennoch hält Frankreich bislang eisern an jeder Insel fest, wohl auch aus Sorge, das Wegbrechen eine einzigen Gliedes aus der Kette könnte eine Art Dominoeffekt auslösen.[3]

Vom Entwicklungsmodell zum Pulverfaß

Den Antrag auf Anerkennung als Überseedépartements stellten die heutigen DOM 1946 selber. Hintergrund für diese originelle, dem damaligen Zeitgeist entgegenlaufende Initiative war die Hoffnung, ihre durch Kriegseinwirkungen marode gewordene Wirtschaft mit Pariser Finanzhilfen wieder in Schuß zu bringen. Vor allem aber spielte der Wunsch eine Rolle, endlich in die Sozialgesetzgebung der Metropole eingebunden zu werden. In Frankreich stieß man auf offene Ohren: Als der Dichter und Politiker Aimé Césaire in der Pariser Nationalversammlung sein Assimilationsplädoyer hielt, dominierte dort ein Nachkriegsenthusiasmus, der nicht mit Dankbarkeitsbekundungen an die kolonialen Waffenbrüder sparte. Auf der anderen Seite standen zurückhaltendere Stimmen. So warnte der damalige Finanzminister Marius Moutet vor dem unkontrollierbaren finanziellen Risiko, das mit diesem Schritt verbunden sei.

Heute setzt Frankreich in seinem insularen Reich voll auf Assimilation. Separationsbestrebungen, wie sie sich vor allem auf Guadeloupe und später auf Neukaledonien entwickelten, werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Dies, obwohl sich die finanziellen Kassandrarufe längst als richtig erwiesen haben. Die DOM-TOM gehören heute zu den am höchsten subventionierten Gebieten der Welt. 1993 betrugen die staatlichen Transfersummen alles in allem über 75 Milliarden FF. Frankreichs Ambition, aus den DOM-TOM Demonstrationsobjekte einer erfolgreichen nachholenden Entwicklung zu machen, ließ auf den Inseln eine Infrastruktur modernen Zuschnitts entstehen. Ökonomisch aber degenerierten die Überseegebiete zu Transferökonomien, in denen aus externen Quellen stammende Gelder für den Konsum von wiederum extern produzierten Gütern ausgegeben werden. Kritiker erklären, daß die DOM-TOM sich zu riesigen Institutionen für die Umwandlung staatlicher Transfers in private Gewinne entwickelt haben.

Eine der gravierendsten Schattenseiten der DOM-TOM besteht in der extremen sozialen Ungleichheit. Der stattlichen Anzahl staatlicher Funktionäre – ihr Anteil an den Beschäftigten liegt bei über einem Drittel – mit ihren weit über Pariser Niveau liegenden Gehältern steht ein Heer von Arbeitslosen gegenüber (auf Réunion fast 40% der aktiven Bevölkerung!), das sich von öffentlicher Fürsorge und Subsistenzwirtschaft ernährt. Sporadisch aufflammende Unruhen mit Brandschatzungen und Plünderungen zeugen von der Brisanz des Problems und machen die Überseegebiete zu einem



Stattliche Anzahl staatlicher Funktionäre

Pulverfaß, das jederzeit explodieren kann. Auch das zweite Standbein französischer Weltpolitik wackelt heute bedenklich. Es sind dies die speziellen Beziehungen zum frankophonen Afrika. Auf die Auflösung seines afrikanischen Kolonialreiches (1958 bis 1962) reagierte Frankreich mit einer grundlegenden und schnellen Revision der Afrikapolitik. Es entstand ein komplexes Geflecht an Verträgen, welches weit über das sonst zwischen Nord und Süd übliche Maß an Kooperation hinausgeht. Die ehemaligen Kolonien transformierten sich in Klientelstaaten, und Frankreich gelang nun, was die kolonialen Rettungsversuche in Form einer Union Française oder einer Communauté nicht bewirken konnten: die langfristige Wahrung eines maximalen Einflusses auf die subsaharischen Staaten des frankophonen Afrika bei gleichzeitiger Ablegung des Stigmas einer Kolonialmacht. Mit der Ausdehnung der Kooperation auf die ehemaligen belgischen und portugiesischen Kolonien wurde darüber hinaus das direkte Einflußgebiet noch vergrößert.

Grande Nation Afrikas

Militärische Beistandsverträge mit acht Staaten und militärische Kooperationsverträge mit vierundzwanzig Staaten bilden das sicherheitspolitische Rückgrat französischer Präsenz in Schwarzafrika. 1994 waren offiziellen Angaben zufolge zusammen rund 8.600 Soldaten in Djibouti, im Senegal, in der zentralafrikanischen Republik, im Tschad, in Gabun, in der Elfenbeinküste und in Kamerun stationiert. Die ausgeprägte Interventionspolitik, die Frankreich bis in die jüngste Vergangenheit verfolgte, trugen ihm den Ruf eines „Gendarme d'Afrique" ein. Seitdem jedoch die ruandische Tragödie auch in Afrika eine neue Konfliktdimension aufgezeigt hat, wird in Paris erstmals der Ruf nach einer multinationalen afrikanischen Eingreiftruppe laut – allerdings unter französischer Führung.

Ein wesentlicher Bestandteil französischer Einflußwahrung ist die sogenannte Franc-Zone, der sich 14 Staaten angeschlossen haben. Sie garantiert den Mitgliedsländern die Konvertibilität ihrer Landeswährungen in unbeschränkter Höhe und zu festen Paritäten gegenüber dem französischen Franc. Im Gegenzug müssen sie Ihre Währungsreserven fast ausschließlich in FF halten, und alle Transaktionen in Auslandswährungen werden über Paris geführt. Frankreich behält somit eine direkte Kontrolle über die finanz- und währungspolitischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten. Jahrzehntelang galt die Franc-Zone als das Gütesiegel französischer Afrikapolitik – garantierte sie ihren Mitgliedern doch zumindest eine für die Dritte Welt beispiellose Währungsstabilität. Jährliche Stützungssummen von bis zu einer Milliarde FF bei einer gleichzeitigen Kapitalflucht von rund neun Milliarden FF zwangen Frankreich jedoch im Januar 1994 zu einer 50%igen Abwertung des CFA-Franc. Damit wurde eine erste Distanzierung von diesem in den Nord-Süd-Beziehungen einmaligen Konstrukt eingeleitet.

Nach den Gründen für das französische Interesse an Afrika ist oft gefragt worden. Wirtschaftlich sind die Länder des „champ" für einzelne Großfirmen, vor allem im Erdölsektor und im Baubereich, noch immer ein lukratives Geschäft. Achtzig große französische Unternehmen mit 1.300 Filialen sind nach wie vor dort präsent. Insgesamt aber ist in den letzten Jahren das Engagement französicher Firmen zurückgegangen. Alles in allem beträgt der Anteil der Franc-Zone am gesamten französischen Außenhandel nur noch ca. drei Prozent. Japanische und US-amerikanische Produkte gewinnen dagegen zunehmend Marktanteile in dieser ehemaligen „chasse gardée".

Politisch hat sich das Engagement in Afrika sicher rentiert, konnte Frankreich doch in internationalen Gremien wie der UNO stets auf die Stimmen seiner afrikanischen Klienten zählen. Dennoch zeigt sich hier ein grundsätzliches Dilemma der französischen Afrikapolitik. Im Zuge der afrikanischen Demokratisierung stehen gerade die autoritären Regime zur Disposition, mit denen Frankreich am längsten und erfolgreichsten kooperierte. Es kann unter diesen Umständen nicht verwundern, daß Präsident Mitterrand die internationalen Demokratieforderungen zwar verbal unterstützte, de facto den politischen Transformationsprozeß in Afrika jedoch eher sabotierte.[5]

Wer Frankreichs afrikanisches Engagement wirklich verstehen will, kommt nicht umhin den Blick auf die stark personalen, klientelistischen Bindungen zwischen Paris und den gouvernementalen Eliten des frankophonen Afrika zu lenken. Seit den Anfängen französischer Kooperationspolitik ist hier ein dichtes Netz an persönlichen Freundschaften und intimen Interessenverflechtungen entstanden, das sich dem kontrollierenden Zugriff der Öffentlichkeit entzieht. Der Resistenz dieser Seilschaften ist es zuzuschreiben, daß Präsident Chirac den 82jährigen Jacques Foccart, gemeinhin als Urheber dieses so oft angeprangerten informellen Machtpokers bekannt, wieder ins politische Tagesgeschäft zurückrufen ließ.

Gott nicht mehr Franzose

Eine seiner ersten Auslandsreisen führte Chirac im Juli 1995 nach Afrika. Sie diente nicht zuletzt einer Beschwörung der franko-afrikanischen Solidarität. Dennoch: Die Rahmenbedingungen haben sich auch für Frankreich geändert. „In Afrika ist Gott nicht mehr der Franzose", schrieb die Monde Diplomatique in Anspielung auf den schwindenden Einfluß der Grande Nation. Die Krisen in Afrika haben ein Ausmaß erreicht, daß Gegenstrategien – welcher Art auch immer – nur noch im Verein mit multinationalen Organisationen entwickelt werden können. Und so stehen auch die frankophonen Staaten Afrikas seit der Abwertung des CFA-Franc unter dem ungeliebten Diktat von IWF und Weltbank.

Frankreichs weltmachtpolitische Ambitionen stoßen, in den DOM-TOM ebenso wie in Afrika, langsam an ihre finanziellen und politischen Grenzen. Dies mußte auch Premierminister Alain Juppé letztens zugeben. Auch in der EU ist der Verteilungskampf, wie der Streit um die Erhöhung des Finanzrahmens für den EEF (Europäischer Entwicklungsfonds) gezeigt hat, härter geworden. Französischen Südinteressen in ihren Ex-Kolonien stehen hier deutsche Ostinteressen entgegen. Geht also Frankreichs Ausnahmestellung in der Weltpolitik ihrem Ende entgegen? Und: Gehen die de facto schwindenden Potentiale der Machtpolitik mit zunehmend symbolträchtigen wie auch aggressiven Machtdemonstrationen der Grande Nation einher? Der Versuch von Mururoa deutet darauf hin.

Pierre Jadin

Anmerkungen:

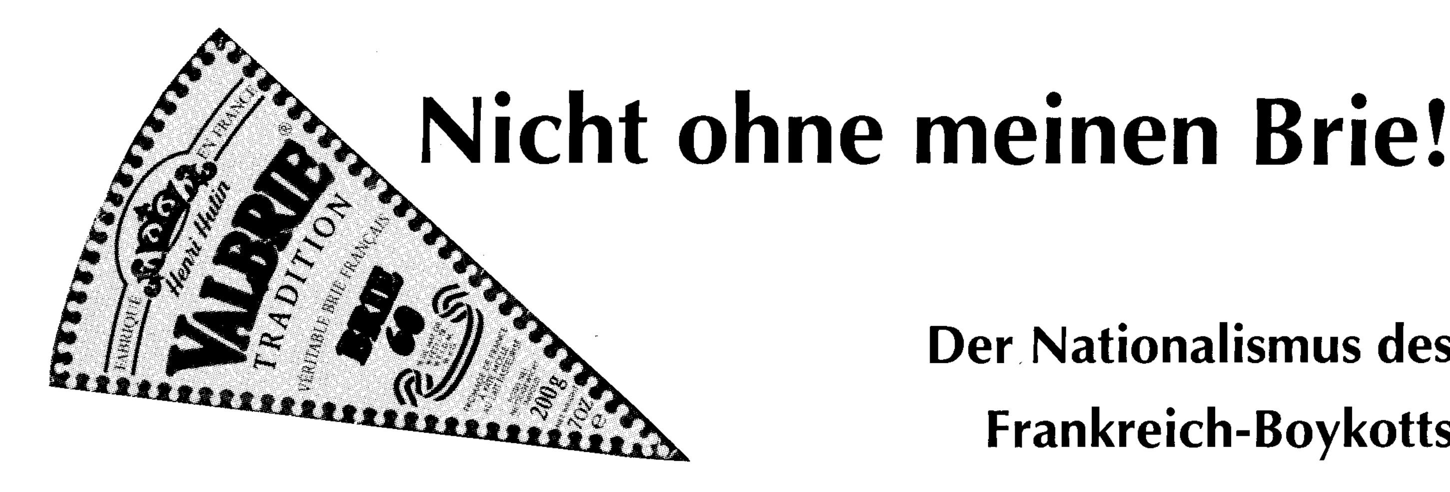
1) Livre Blanc sur la Défense 1994 (Documentation française), S. 89–96

2) Zu den DOM-TOM s. Krosigk, Friedrich von; Jadin, Pierre: Die französischen Überseegebiete, Paradoxien eines Entwicklungsexperiments. Hamburg 1994; auch: blätter des iz3w, Nr. 158, Juli 1989

3) So eines der am häufigsten wiederholten Argumente der Neogaullisten, als in den achtziger Jahren die Kanaken Neukaledoniens die Unabhängigkeit anstrebten.

4) Im Oktober 1987 wurde so das Geschäftsviertel von Papeete (Tahiti) verwüstet; im Februar 1991 kam es zu mehrtägigen Unruhen in St.-Denis (Réunion).

5) Anläßlich des franko-afrikanischen Gipfeltreffens von La Baule 1990 versprach Mitterrand den dort anwesenden Staatschefs Demokratisierungsprämien. Fortschritte bei der Demokratisierung sollten mit einer erhöhten Entwicklungshilfe belohnt werden.
Dennoch stärkte Frankreich im Zusammenhang mit dem Krieg in Ruanda Zaires Diktator Mobutu und nahm die staatliche Entwicklungszusammenarbeit wieder auf. Damit sollte das militärische Eingreifen zum Schutz der Hutu-Milizen des Ex-Regimes in Ruanda abgesichert werden. Mit dieser Stärkung einher ging Mobutus Abbruch der langfristig mit der Opposition ausgehandelten Vereinbarungen zur Demokratisierung. Des weiteren leistete Frankreich politische und militärische Hilfe für das Ex-Regime Ruandas, u.a. zur Ausbildung von Hutu-Milizen



Nicht ohne meinen Brie!

Der Nationalismus des Frankreich-Boykotts

Der Boykott von Champagner, Käse, Autos und anderer Erzeugnisse französischer Hersteller hat bekanntlich weltweite Dimensionen angenommen. In Deutschland wird der Aufruf zum Boykott französischer Waren von großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit mitgetragen. Zu den Gruppen, die dazu aufrufen, zählen unter anderen große Teile der Grünen, die DFG/VK, der BUND und einige andere Umwelt- und Friedensgruppen. Ziel der Kampagne ist es, Druck auf die französische Regierung auszuüben.

Der Boykottaufruf greift eine Aktionsform auf, die in den achtziger Jahren insbesondere von Dritte Welt- und Internationalismusgruppen in Westeuropa und den USA entwickelt wurde. Die Kampagne gegen den Schweizer Lebensmittelmulti Nestlé wegen dessen aggressiver Werbung für Babymilchpulver in Ländern der Dritte Welt oder der Warenboykott von Produkten aus Südafrika können als zumindest partiell erfolgreiche Beispiele für den Einsatz dieses Druckmittels genannt werden. Nestlé mußte seine Werbepraktiken, die Müttern das Stillen ausredeten und letztlich zum Tod vieler Kleinkinder führte, ändern, und der Boykott Südafrikas trug einen Teil dazu bei, daß die Apartheid zumindest formal Vergangenheit geworden ist. Solche Erfolge werden als Belege dafür angeführt, daß die VerbraucherInnen ohne viel Aufwand etwas bewegen können.

Eben darin besteht die Attraktivität dieser Aktionsform. Jederman kann sie anwenden und sie bietet – konkreter als jede Analyse – eine Antwort auf das Dilemma: Was kann ich tun, denn ich will nicht nichts tun? Der mündige Bürger tritt in den öffentlichen Raum und macht alltäglich Politik mit dem Einkaufskorb oder der Wahl des Urlaubsorts.

Zwei wesentliche Unterschiede bestehen jedoch zwischen den aktuellen und den „traditionellen" Boykottaufrufen. Dem Südafrika-Boykott lagen Aufrufe von politischen und sozialen Organisationen aus dem betroffenen Land zugrunde, etwa des ANC oder der Kirchen in Südafrika. Im Fall von Nestlé oder des aktuellen Boykotts gegen den Türkeitourismus als Devisenbringer für den Krieg in Kurdistan richtet sich die Kampagne gegen einen abgegrenzten Wirtschaftsbereich. Bisherige Boykottaufrufe zielten also direkt auf die Verursacher.

Diese Zielrichtung fehlt dem aktuellen Aufruf, keine französischen Waren zu kaufen. Im Visier steht hier nicht die französische Regierung als nachweislich Handelnde. (Das würde ja auf politisch-institutioneller Ebene dazu zwingen, von den eigenen Regierungen einzufordern, direkten Druck auf ihre französischen Kollegen auszuüben – andernfalls müßte man drohen, eben die einheimischen Waren zu boykottieren!?) Vielmehr trifft der Boykott schlicht alle, die in Frankreich leben. Aus Frankreich selbst kommt eben kein Aufruf zum Boykott französischer Produkte im Ausland. Die französischen Grünen (Les Verts) rufen vielmehr zu einem Boykott der Täter auf. Konkret nennen sie in Diskussionen Aktionen gegen französische Militäreinrichtungen, die Weigerung, Atomstrom abzunehmen, und den Boykott von Firmen, die am Atomprogramm beteiligt sind.

Wer pauschal zum Boykott Frankreichs auffordert, muß sich den Vorwurf des Öko-Nationalismus gefallen lassen. In Frankreich befürchten kritische Geister bereits den Rückgriff auf Feindbilder der Vergangenheit, sobald in französischen Zeitungen die ersten Kommentare über die unerwünschte nationalistisch motivierte Einmischung der Preußen jenseits des Rheins erscheinen. Die ‚Bild am Sonntag' machte es diesseits des Rheins schon einmal vor: In der Ausgabe vom 23. Juli ließ sie VerbraucherInnen ihre Bereitschaft zum Boykott französischer Waren bekunden und ließ den Hinweis folgen, doch nun statt französischer, deutsche Waren in den Korb zu tun.

Die allemal berechtigte Kritik an den geplanten Atomtests trägt Züge eines nationalen Chauvinismus. Die BRD erscheint als ökologisch agierender, pazifistischer Staat, die deutsche Regierung und alle Bundestagsparteien kämpfen Hand in Hand mit den Resten der Friedens- und der Ökologiebewegung gegen Umweltverpester und für Sauberkeit. Das bundesdeutsche Atomprogramm im zivilen und militärischen Bereich hat im Glanze dieser Einheit offenbar aufgehört zu existieren. Außerdem wird überspielt, daß die Regierungparteien das französische Angebot, den atomaren Schutz über die BRD auszudehnen, unverzüglich begrüßt haben. Die Erfüllung des Traums von der Verfügungsgewalt über die Atombombe rückt damit beinahe unbemerkt ein gutes Stückchen näher.

Damit kommen wir zum Kern der Dinge: So sehr nämlich der Boykottaufruf das Gewissen beruhigt und das Gefühl von Aktivität vermittelt, so sehr übertüncht er, daß Frankreich beileibe nicht der einzige Nationalstaat ist, der seine ökonomischen Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzt. In der Bundesrepublik Deutschland spricht das Verteidigungsministerium offen davon, die Bundeswehr zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen, zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels" und zur Sicherung des „Zugangs zu strategischen Rohstoffen" einzusetzen. Dazu kann auch der indirekte Zugriff auf die französische ‚force de frappe' von Nutzen sein.

Eben diese Politik aber, die Herrschaft des Nordens über den Süden auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wird in der äußerst emotional geführten Diskussion über die Atomtests nicht in Frage gestellt. Dazu paßt es, daß die direkt betroffenen Menschen der französischen Kolonien in der direkten Nachbarschaft des unbewohnten Muroroa in der Debatte bestenfalls als Südseekulisse für die Kamerateams und Reporter von ARD bis SAT und von Stern bis zum Goldenen Blatt dienen. Es geht schließlich um *unsere* Umwelt. Für diese engagieren sich konsumbewußte deutsche und andere Verbraucher. Hier wird das Primat der Ökologie ohne soziale Bezüge propagiert.

Roland Röder

Der Autor ist Mitarbeiter der AKTION 3. WELT Saar, die zusammen mit der französischen Rockgruppe ‚Tutti Futti' eine Erklärung gegen die Pauschalisierung durch den Öko-Nationalismus formuliert hat. Diese Erklärung und weitere Informationen sind erhältlich bei: AKTION 3. WELT Saar, Weiskirchenerstr. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/6982.

Mit dem Segen des Königs

Widersprüche der Demokratisierung in Jordanien

Musterbeispiel für viele Demokratisierungsprozesse im Süden, die die bestehenden Machtverhältnisse unverändert lassen (siehe dazu den ‚blätter'-Schwerpunkt Nr. 205), ist das Königreich Jordanien. Die dort vor sechs Jahren begonnenen Reformen haben den Jordaniern zwar ein Mehrparteiensystem und freie Parlamentswahlen beschert – die Möglichkeiten, politische Entscheidungen zu beeinflussen, sind aber kaum größer geworden. Mit der Verweigerung jeder Debatte über den Friedensvertrag mit Israel zeigte König Hussein jüngst erneut, wie wenig ihm an der Partizipation der Bevölkerung gelegen ist.

„Wir haben 1989 wirklich geglaubt, daß wir etwas verändern könnten. Wir waren sehr optimistisch." Labib Qamhawi, Palästinenser mit jordanischem Paß, Chemieunternehmer in Amman, lehnt sich frustriert in seinen Chefsessel zurück. Qamhawi war 1990 als linker Oppositioneller von König Hussein in die 60köpfige Kommission zur Ausarbeitung der sogenannten Nationalcharta berufen worden. Damals hoffte er, etwas bewirken zu können. Heute glaubt Labib Qamhawi nicht mehr an eine demokratische Zukunft in Jordanien.

Zwar ist das politische Klima in Jordanien im Vergleich zu den arabischen Nachbarstaaten Syrien, Saudi-Arabien und Irak erstaunlich liberal. Doch die haschemitische Königsfamilie hat das Land auch im Jahre Sechs der „Demokratisierung" mit Hilfe von Geheimdienst und Armee fest im Griff. „Jordanien hat den Vorteil, daß man frei reden kann", sagt ein jordanischer Journalist, „nur leider ändert sich nichts."

Dabei hatte sich seit den Aufständen im Frühjahr 1989 durchaus einiges zum Positiven entwickelt. Zahlreiche Oppositionelle, Palästinenser und Jordanier, wurden aus dem Gefängnis entlassen. Tausende Palästinenser erhielten zum ersten Mal Reisefreiheit. Die Zensur wurde abgeschafft, das Presserecht gelockert, neue Zeitungen wurden gegründet. Einige palästinensische Organisationen konnten ihre Büros wiedereröffnen und sich später als Parteien formieren. Ein Parlament wurde gewählt, ein runder Tisch gebildet, der die Nationalcharta ausarbeitete. 1991 wurde das Kriegsrecht aufgehoben, 1992 schließlich wurden nach 25 Jahren zum ersten Mal wieder offiziell politische Parteien zugelassen und 1993 schaffte sogar die erste jordanische Frau den Sprung ins Parlament.

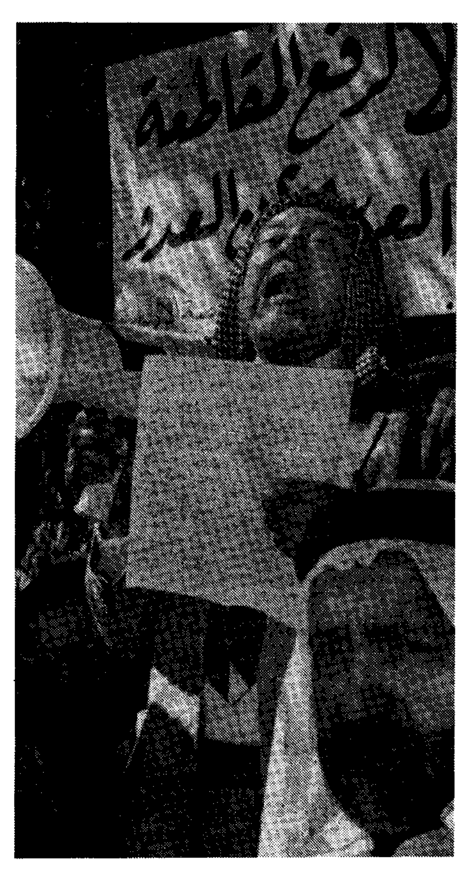
Doch trotz der politischen Liberalisierung hat sich an den realen Machtverhältnissen in Jordanien wenig geändert. Jordanien ist ein sogenannter „Rentierstaat", der seine Ressourcen hauptsächlich von außen bezieht, in Form von Entwicklungshilfe, Finanzhilfen befreundeter Staaten oder Überweisungen von ArbeitsmigrantInnen. Das Herrschaftssystem ist patrimonial. Im Zentrum der Macht steht König Hussein samt Familie. Um ihn herum gruppieren sich neue und alte Eliten, die die Verteilung der finanziellen Ressourcen organisieren und ihre Entscheidungen vielfach auf informeller, persönlicher Basis treffen. Familiäre Beziehungen oder andere persönliche Loyalitäten sind sehr wichtig. Ein wesentlicher Machtfaktor besteht in der Kunst, die Eliten bei der Stange zu halten, ohne daß eine Person oder Gruppe zuviel Macht gewinnt.

„Frieden zwischen Regierungen"

Zwar wurde durch die politische Öffnung die Anzahl der potentiellen Teilnehmer an diesem politischen Spiel vergrößert, doch die hierarchische, pyramidale Machtstruktur – das Modell König, Eliten und Nutznießer wiederholt sich auf den nachgeordneten Entscheidungsebenen –, wurde durch die „Demokratisierung" eher gefestigt. Das relativ liberale politische Klima Jordaniens beruht auf einem subtilen Gleichgewicht von Repression und Kooptation, von „give and take" zwischen Regierung, regierungsnahen Eliten und der Opposition – die Islamisten eingeschlossen. Wie straff König Hussein dabei die Zügel in der Hand hält, zeigte zuletzt das Friedensabkommen zwischen Jordanien und Israel, in dessen Folge eine Reihe gerade erst gewährter demokratischer Rechte wieder eingeschränkt wurden. Eine öffentliche Debatte über den Inhalt des Abkommens fand in Jordanien nicht statt. Der Friedensschluß mit Israel traf die jordanische Bevölkerung und die Medien Anfang Oktober 1994 weitgehend unvorbereitet. „Wir haben den Text des Abkommens aus der israelischen Presse übersetzt, weil wir von den jordanischen Stellen keine Informationen bekamen", sagt Nabil Sharif, Chefredakteur der zweitgrößten jordanischen Tageszeitung „Al-Dustour" („Die Verfassung"). Das jordanische Parlament wurde erst nach der Unterzeichnung des Abkommens konsultiert.[1]

Am Tag der Beratung über das Abkommen sah die Innenstadt von Amman aus wie im Ausnahmezustand: Sämtliche Zugänge ins Regierungsviertel samt zentraler Busstation waren abgeriegelt, die Zufahrtstraßen wurden von Panzergeschützen bewacht, Sicherheitskräfte waren mit Maschinengewehren und Schlagstöcken bewaffnet. Oppositionelle Parteien durften in den Wochen vor und nach dem Abkommen keine Versammlungen abhalten und hielten sich aus Angst vor Repressionen bedeckt. Der ehemalige Premierminister und Geheimdienstchef Ahmed Obeidat mußte wegen übermäßiger Kritik am Inhalt des Abkommens im Dezember seinen Senatorensessel im jordanischen Oberhaus räumen. Zur gleichen Zeit wurden Unruhen im palästinensischen Flüchtlingslager Bekaa bei Amman mit Waffengewalt niedergeschlagen. Im Mai 1995 wurde dem jordanischen Schriftstellerverband verboten, öffentlich gegen die kulturelle „Normalisierung" mit Israel zu demonstrieren.

Vor allem wirtschaftliche Probleme hatten König Hussein im Frühjahr 1989 veranlaßt, eine zumindest formale Liberalisierung des politischen Systems einzuleiten. Jordanien,



„Nein zur Aufhebung des Boykotts"

existentiell angewiesen auf Finanzzuflüsse von außen, das heißt auf die Hilfe arabischer Partner und der USA, befand sich in einer schweren Wirtschaftskrise. Der IWF drängte das hochverschuldete Land zu „Strukturanpassungsmaßnahmen" – unter anderem zu Subventionskürzungen, zur Privatisierung von Staatsbetrieben und zur Verschlankung des Militärs. Nachdem diese Pläne publik geworden bzw. zum Teil umgesetzt worden waren, kam es im April 1989 zu Unruhen im südjordanischen Maan, im nördlich von Amman gelegenen Salt und anderen Städten.

Die jordanischen „Sicherheitskräfte" hatten die Lage nach etwa einer Woche militärisch im Griff. Dennoch sah König Hussein offensichtlich die Notwendigkeit, seine Machtbasis zu erweitern.[2] Eine Maßnahme, die sich kurze Zeit später auszahlen sollte, als der Golfkrieg das Land noch tiefer in die wirtschaftliche Krise stürzte.

Islamisten im Parlament

Bei den ersten Parlamentswahlen in Jordanien im November 1989, zu denen noch keine Parteien, sondern nur unabhängige KandidatInnen zugelassen waren, errangen islamistische Abgeordnete 34 von insgesamt 80 Sitzen. Gewählt wurden sie vor allem vom palästinensischen Bevölkerungsteil. Die allgemeine Wahlbeteiligung betrug etwa 45 Prozent.

Bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 1993, ein Jahr nach der Zulassung von Parteien, erhielten die Islamic Action Front (IAF), ein Bündnis verschiedener islamistischer Gruppen, und andere islamistische Kandidaten zusammen nur noch 22 Sitze. Daraus wurde vielfach der Schluß gezogen, die Einbindung von Islamisten ins demokratische Spiel führe zu ihrer Schwächung. In zahlreichen Pressekommentaren wurde das jordanische Beispiel als nachahmenswert für Algerien oder Ägypten bezeichnet. Allerdings unterscheidet sich die Geschichte der islamischen Bewegung in Jordanien wesentlich von z. B. derjenigen der FIS in Algerien. Die jordanischen Muslimbrüder sind seit vielen Jahren ins informelle politische System des Landes integriert.

Die Muslimbrüder und andere islamistische Organisationen waren (und sind) als Wohltätigkeitsvereine registriert, nicht als Parteien. Sie waren deshalb nach dem Parteienverbot im Jahr 1957 mehr als 30 Jahre lang die einzige gesellschaftliche Gruppierung in Jordanien, die sich im Schutz der Moscheen politisch organisieren und in Grenzen auch politisch artikulieren konnte. Der König, bedacht auf ein Gegengewicht zu linken Kräften, ließ die „rechten" Islamisten innerhalb klar abgesteckter Grenzen gewähren. So ist die IAF heute die einzige politische Partei in Jordanien, die sich in bezug auf Organisationsgrad und aktive Basis mit Recht als solche bezeichnen kann. So wie die Muslimbrüder verhält sich auch die IAF im wesentlichen loyal zum jordanischen Regime. Außer der „Moralisierung des öffentlichen Lebens", sprich: Einführung der Sharia und Bekämpfung der Korruption sowie dem Ziel, das den Muslimen anvertraute heilige Land Palästina zurückzuerobern, hat die IAF wenig Oppositionelles im Programm. Sie erscheint eher als Vollstreckerin der Regierungspolitik mit Ventilfunktion in brenzligen Situationen. Dieser Mechanismus war zum Beispiel beim Friedensabkommen mit Israel zu beobachten, wo substantielle Kritik unterdrückt wurde, während einzig und allein einige Islamisten relativ unbehelligt gegen das Abkommen protestieren durften.

Schlecht vertreten: Frauen und Palästinenser

Auch nicht gefragt im haschemitischen Königreich ist eine aktivere Beteiligung der Frauen im formalpolitischen Bereich. Seit 1976 besitzen die Jordanierinnen das aktive und passive Wahlrecht. Sie machen 50 Prozent der Wahlberechtigten aus, stellten bei den Parlamentswahlen 1989 und 1993 jeweils aber nur einen winzigen Bruchteil der KandidatInnen.[3]

Bei den ersten Parlamentswahlen 1989 traten 12 Frauen zur Wahl an, doch keine wurde gewählt. 1993 waren es nur noch drei Kandidatinnen, von denen als einzige Toujan Feisal den Einzug ins männerdominierte Parlament schaffte. Anders als die Mehrheit der männlichen Kandidaten hatten die Frauen keine finanzielle oder logistische Rückendeckung: Toujan Feisal organisierte ihren Wahlkampf aus dem Hinterzimmer der Boutique einer Freundin. Die streitbare Toujan Feisal, die kein Blatt vor den Mund nimmt, mußte sich vieles gefallen lassen: Muslimbrüder schleppten sie wegen angeblichen Abfalles vom Glauben vor Gericht, im Parlament warf ihr ein Abgeordneter einen Aschenbecher an den Kopf.

Ebenfalls unterrepräsentiert auf der parlamentarischen Ebene sind die Palästinenser, die in Jordanien immerhin die Bevölkerungsmehrheit bilden. Das hat wahltechnische Gründe. Während die Palästinenser hauptsächlich in den Ballungsgebieten Amman, Irbid und Zarqa leben, begünstigte die Aufteilung der Wahlkreise 1989 und 1993 eindeutig die ländlichen Wohngebiete. So repräsentierte 1989 ein Abgeordneter aus dem südjordanischen Maan 5.600 WählerInnen, ein Abgeordneter aus

Al-Ihtiwa: Die Kunst der Vereinnahmung

Neben der indirekten Zensur hat die jordanische Regierung noch ein anderes gewaltfreies Mittel, um demokratischer Opposition die Flügel zu stutzen: „al-ihtiwa", die Vereinnahmung kritischer Oppositioneller. Die Technik funktioniert in dem übersichtlichen Vier-Millionen-Staat besonders gut. Das reicht vom Journalisten über die linke Altfeministin bis in die Künstlerszene. „Nabil und Hisham" zum Beispiel, das populäre jordanisch-palästinensische Kabarettistenduo, hatten jahrelang mit der jordanischen Zensur zu kämpfen. 1991 beschlossen Nabil und Hisham, das politische Tauwetter in Jordanien zu nutzen und richteten im ehemaligen Rainbow-Kino in Amman das „Ahlan"- Theater ein. Ihr letztes und bisher bestes Stück ist eine satirische Revue über den Nahost-Friedensprozeß, Titel „As-Salam, ya salam" (Frieden – oh je!). Seit das Stück anlief, ist das Theater jeden Abend voll besetzt. Höhepunkt der Vorstellung: eine beißende Parodie auf König Hussein: „Wir stehen zu unseren Brüdern, zu welchen Brüdern auch immer...".

Als das Stück neu war, erzählt Nabil Sawalhah; sei das Publikum „wie zu einem Stierkampf" in die Vorstellung gekommen – immer in der Erwartung, daß im nächsten Moment die Polizei das Theater stürmen würde. Doch das war nicht nötig: König Hussein erschien stattdessen höchstpersönlich zur Vorstellung, lachte mit, schüttelte dem Ensemble nachher die Hand und gab den SpaßmacherInnen vor versammelter Presse seinen väterlichen Segen.

dem Zweiten Distrikt von Amman hingegen 24.333 WählerInnen.

Die Wahlbeteiligung unter den PalästinenserInnen war 1993 mit teilweise weniger als 30 Prozent erstaunlich niedrig. Neben der Aufteilung der Wahlkreise, die die Palästinenser von vornherein parlamentarisch in die Ecke drängt, war einer der Gründe für die Abstinenz vieler Paläsinenser sicher das Osloer Abkommen zwischen Israel und der PLO vom September 1993.[4] Das Abkommen ließ das Interesse vieler PalästinenserInnen an „jordanischen" Angelegenheiten sinken.

Auch das 1993 von König Hussein auf-oktroyierte Wahlsystem nach dem Prinzip „one (wo)man, one vote", wird nach wie vor von der Opposition kritisiert. In Jordanien, wo gute Familienbeziehungen lebenswichtig sind, geben viele WählerInnen ihre Stimme zunächst Verwandten und Bekannten, denen sie Loyalität schulden. Ein System mit Erst- und Zweitstimme dagegen könnte personenunabhängige Wahlaussagen zugunsten von Programmen und politischen Inhalten ermöglichen. Doch die Abstimmung über einen entsprechenden Gesetzentwurf verhinderte König Hussein 1993 durch die vorzeitige Auflösung des Parlaments.

Größtes Problem ungelöst: Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaftskrise, die sich seit dem Golfkrieg erheblich verschärft hat, macht v.a. der jordanischen Mittel- und Unterschicht nach wie vor zu schaffen. Besonders gravierend ist die Arbeitslosigkeit. Seit der Rückkehr von ca. 300.000 Jordaniern und Palästinensern aus Kuwait im Zug des Golfkriegs ist mindestens ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung ohne Job. Vor allem in den palästinensischen Flüchtlingslagern ist die materielle Situation oft erdrückend. Trotz der prekären Arbeitsmarktsituation arbeiten jedoch ca. 300.000 Ägypter in der Landwirtschaft im Jordantal und im Dienstleistungssektor – für Löhne und zu Bedingungen, die kein Jordanier akzeptieren würde. Außerdem lebt eine unbekannte Zahl (wahrscheinlich mehrere hunderttausend) Iraker im jordanischen Exil, die, wenn sie es finanziell nötig haben, illegal arbeiten und für private jordanische Firmen nicht selten hochqualifizierte Jobs erledigen. Wo bekommt man schon einen Ingenieur für umgerechnet 200,– DM im Monat?

Die Schere zwischen Reich und Arm geht in Jordanien weiter auseinander: Von 200 bis 400 DM Monatsgehalt kann sich niemand eine Mietwohnung leisten, geschweige denn eine Familie gründen. Gewerkschaften existieren nur auf dem Papier, ein rudimentäres soziales Sicherungssystem ist erst im Aufbau. „Wir sind alle eine große Familie", heißt es offiziell. Dabei ist die Mehrzahl der Jordanier zum Überleben auf Finanzspritzen von Angehörigen aus dem Ausland angewiesen.

Auch die Lage der Menschenrechte in Jordanien hat sich nach einer Tauwetterperiode in den letzten beiden Jahren wieder verschlechtert. Insgesamt zwölf Hinrichtungen, mehr als je zuvor, zählte ‚amnesty international' allein im Jahr 1993. Berichte über Folter und willkürliche Verhaftungen nehmen wieder zu.

Zensur und Selbstzensur

Das mit Spannung erwartete, lang diskutierte jordanische Pressegesetz blieb bei seiner Verabschiedung 1993 weit hinter den Erwartungen demokratisch gesinnter JordanierInnen zurück. Zwar wurde die Zensur abgeschafft und die Einflußmöglichkeiten des Staates auf die Presse eingeschränkt. Doch nach wie vor sind Kritik am Königshaus, an der Armee und an Sicherheitskräften strikt untersagt. InformantInnenschutz ist nicht gewährleistet: Die Gerichte können JournalistInnen zwingen, ihre InformantInnen zu nennen, was die Berichterstattung über Korruption und andere heikle Themen fast unmöglich macht. Auch darf nichts publiziert werden, was die „Wahrheit und die Werte der arabisch-islamischen Umma" verletzt, was immer das heißen mag. ChefredakteurInnen haften persönlich für jedes einzelne in ihren Zeitungen publizierte Wort. Im Herbst 1994 wurde etwa der Chefredakteur eines jordanischen Boulevardblattes von der Polizei festgenommen, weil einer seiner Mitarbeiter Gerüchte über einen Arzt und dessen angebliche Kunstfehler verbreitet hatte.

Solche Aktionen sind in Jordanien jedoch selten nötig: Die Selbstzensur in Presse, Funk und Fernsehen funktioniert perfekt. Vor allem das jordanische Fernsehen ist zum Gähnen langweilig, weshalb die arabischen Satellitenprogramme, vor allem aber das tägliche arabische Programm des israelischen Fernsehens meist vorgezogen werden.

Nach den herkömmlichen Kriterien betrachtet ist Jordanien in den letzten zehn Jahren liberaler geworden – aber nicht demokratischer. Die Möglichkeiten der Bevölkerung, an politischen Entscheidungen teilzunehmen, haben sich nicht wesentlich vergrößert. Der Demokratisierungsprozeß in Jordanien stagniert, vor allem seit dem Friedensabkommen mit Israel, in dessen Folge demokratische Rechte wieder eingeschränkt wurden. Da die jordanische Regierung auf die wirtschaftliche Dividende aus der Annäherung mit Israel dringend angewiesen ist, wird sie vermutlich auch weiterhin alles tun, um Proteste gegen das Friedensabkommen zu unterdrücken oder zu kanalisieren. Fraglich ist, wie sich die Islamisten und das Regime langfristig in bezug auf den Friedensprozeß und Palästina arrangieren werden. Die Aussichten auf mehr Demokratie in Jordanien sind zur Zeit nicht groß.

Martina Sabra

Anmerkungen:

1) Unter anderem erkennen in dem Abkommen Jordanien und Israel ihre Souveränität und territoriale Integrität an, legen den Grenzverlauf fest und vereinbaren die Aufnahme vollständiger diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen sowie das Bemühen, den „Terrorismus" zu unterbinden. Der Status der 1967 besetzten Gebiete und Ostjerusalems wird ausdrücklich nicht definiert.

2) Daß gerade die beduinischen Clans aus dem Süden, eine bis dahin absolut zuverlässige Stütze des haschemitischen Königshauses, Hussein die Gefolgschaft aufgekündigt hatten, dürfte dieser als ein Alarmzeichen gewertet haben.

3) Die Mehrzahl der wahlberechtigten Frauen wählten 1989 dieselben Kandidaten wie ihre Männer. Teilweise lag die Wahlbeteiligung jedoch bei den Frauen höher als bei den Männern (s. Abu Jaber, Kamel S.; Fathi, Shirin H.: The 1989 Jordanian Parliamentary Elections. In: ORIENT 31(1990), S. 67–86).

4) Mit der Anerkennnung Israels durch die PLO nimmt das Abkommen von Oslo vor allen den Palästinensern, die bereits 1948 in die Nachbarstaaten geflohen waren, die Hoffnung auf eine Rückkehr. Das bilaterale jordanisch-israelische Friedensabkommen vom Oktober '94 festigte diese für viele Palästinenser desillusionierende Entwicklung noch.

Vorwort zum Themenblock

Blickwechsel

Zur Zeit findet die vierte Weltfrauenkonferenz und das dazugehörige Treffen der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) statt. Nach México-City 1975, Kopenhagen 1980 und Nairobi 1985 versammeln sich rund 25.000 auswärtige Delegierte, 5.000 chinesiche VertreterInnen und 5.000 ReporterInnen in Peking. Erfolge sind von einer solchen Megakonferenz – wie auch schon von vergleichbaren wie dem Sozialgipfel in Kopenhagen dieses Jahr – kaum zu erwarten; erst recht nicht, wenn man bedenkt, daß mit der Umsetzung der Forderungen aus der Schluß-Resolution in México (z.B. die Reform des Weltwirtschaftsystems oder die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau) gar nicht erst begonnen worden ist. So ist wenig erstaunlich, daß das Pekinger Treffen bereits im Vorfeld – selbst bei den Aktivistinnen – alles andere als unumstritten war



Der über hundertseitige Plattformentwurf, der auf der offziellen Konferenz diskutiert und als Resolution verabschiedet werden soll, ist geprägt von dem weltweiten Backlash der Frauenbewegung und dem Wiedererstarken konservativer Strömungen. In dem Entwurf taucht beispielsweise der Begriff „gender", der die soziale Konstruktion und damit die Veränderbarkeit von Geschlechterrollen betont, allenfalls in Klammern auf. Das Thema „Unbezahlte Frauenarbeit" fällt im Gegensatz zur Konferenz in Nairobi 1985 ganz aus der Resolution heraus. Ökonomische Lebensbedingungen von Frauen sind genausowenig Gegenstand der Analyse wie die Kritik an internationalen Wirtschaftinstitutionen wie dem GATT oder der Weltbank. Insgesamt scheint die internationale Vernetzung und deren Konferenzwesen – auch bei den Frauen – im Ergebnis weniger der Durchsetzung bestimmter politischer Forderungen zu dienen als vielmehr der bloßen Selbsterfahrung und der Möglichkeit zu persönlichem Erfahrungsaustausch.

Selbst wenn eine gemeinsame Resolution am Ende der Konferenz steht, wird sie inhaltlich mit großer Wahrscheinlichkeit hinter die von 1985 zurückfallen.

So nehmen wir die Weltfrauenkonferenz in China zum Anlaß, die Lebensverhältnisse chinesischer Frauen näher zu beleuchten.

China ist für uns, wie für viele andere auch, ein Land, über das man zunächst außer Klischees nicht sehr viel zu sagen weiß. Stichworte wie „Mao", Kulturrevolution", „Volk auf dem Fahrrad" und in jüngster Zeit auch Kinofilme wie „Die rote Laterne" oder „Lebe wohl meine Konkubine" prägen den Diskurs. Eingebundene Füße, Zwangssterilisationen oder Tötung weiblicher Nachkommen dominieren die hiesige Berichterstattung, wenn es um die Situation der chinesischen Frauen geht. Auffällig dabei ist, daß in diesem Diskurs Frauen in erster Linie als Opfer dargestellt werden, die unter dem politischen Regime und gesellschaftlichen Traditionen leiden müssen.

Wenn wir unseren Schwerpunkt nicht auf diese Formen der Unterdrückung legen, hat dies nichts damit zu tun, daß wir sie nicht für wichtig halten. Nichtsdestotrotz sehen wir eine größere Notwendigkeit darin, über den Lebensalltag von chinesischen Frauen zu berichten, der heute sehr stark von den Auswirkungen der Reformprozesse der letzten Jahre geprägt ist.

Die Frage, die uns bei dem Thema Frauen in China am meisten interessierte und die daher auch den Rahmen für unsere Artikelauswahl stellte, war: „Was hat sich in den letzten ca. fünfzehn Jahren, seit Beginn der von der Regierung eingeleiteten Reformpolitik, an der gesellschaftlichen Situation der chinesischen Frauen verändert, bzw. was wollen und können die Frauen selbst verändern?"

Vor dem Einsetzen der Reformpolitik galten Frauen in China offiziell als gleichberechtigt. Das Versprechen der KPCh „Die Hälfte des Himmels" gehöre den Frauen, sollte vor allem durch die ökonomische „Emanzipation", sprich durch die Eingliederung von Frauen in die Erwerbstätigkeit, realisiert werden. Im Widerspruch zu diesem „Gleichberechtigungsansatz" standen und stehen nach wie vor aber die tradierten Moral- und Wertevorstellungen des Konfuzianismus, die das Geschlechterverhältnis prägen und die der Frau Unterordnung unter den Mann vorschreiben – sei es Vater, Ehemann oder Sohn. Diese gesellschaftliche Norm hat den Lebensalltag und das Selbstverständnis von Frauen in China jahrhundertelang geprägt.

Erst in jüngster Zeit, sprich in den letzten 15 Jahren, haben sich die Lebenentwürfe und -perspektiven vieler Chinesinnen parallel zur sogenannten „Öffnung Chinas" rasant verändert, wobei unter „Öffnung" vor allem eine ökonomische Reformpolitik zu verstehen ist. Seit Jahren versucht die Regierung den Drahtseilakt zu bewältigen, eine ökonomische ohne gleichzeitige politische Liberalisierung durchzusetzen. Es gelingt ihr nicht ganz. Sozusagen stückchenweise muß sie zumindest in Alltagsbereichen kleine Liberalisierungen zulassen, auch wenn von einer Demokratisierung keine Rede sein kann, wie gerade die jüngsten Repressionen im Zusammenhang mit der Weltfrauenkonfernz zeigen.

Die Redaktion



Foto: Nelly Rau-Häring

Der Schein von Gleichheit

Frauen im China der Reformen

Bis Mitte der 80er Jahre galt die Gleichheit der Geschlechter im sozialistischen China als durchgesetzt. Die Reformprozesse offenbarten dann die Diskriminierung von Frauen, verstärkten sie aber auch. Inzwischen existiert eine vielfältige außerstaatliche Frauenforschung, deren Themen die Situation von Frauen im neuen China widerspiegeln.

Dieser Tage wird in Peking die vierte Weltfrauenkonferenz eröffnet. Im Mittelpunkt des Treffens stehen Themen, die sich mit der sozialen und ökonomischen Situation der Frauen in der „Dritten Welt" auseinandersetzen. Daß gerade China zum Austragungsort bestimmt wurde, hat mehrere Gründe.

Seit mehr als 15 Jahren durchläuft die Volksrepublik einen ökonomischen Reformprozeß, der in manchen Sektoren erhebliche Erfolgsbilanzen aufzuweisen hat. Damit einher geht eine immer deutlichere Demonstration politischen Selbstbewußtseins, und China gewinnt nicht nur unter den asiatischen Anrainerstaaten zunehmend an ökonomischer Bedeutung. Es mehren sich die Stimmen, die in dem Land einen der wichtigsten internationalen Akteure des 21. Jahrhunderts sehen. In allen globalen Fragen, von Umweltpolitik über Migration bis hin zur Bevölkerungspolitik, besitzt China bereits heute ein gewichtiges Mitspracherecht. Wirksame internationale Lösungen kommen ohne seine Kooperation und Mitwirkung nicht mehr zustande. Das gilt im Grunde genommen auch für alle globalen, mit der Situation von Frauen im Zusammenhang stehenden Fragen, wie zum Beispiel Bevölkerungspolitik.

Darüber hinaus hat das rasante ökonomische Wachstum zahlreiche schwerwiegende soziale Folgen hervorgerufen – insbesondere für Frauen. Zum Teil können sie als repräsentativ für Transformationsprozesse von einem Land der „Dritten Welt" zu einem Schwellen- und Industrieland gelten.

Im Sog der Reform

Seit Mitte der 80er Jahre, als die Reformpolitik auf die Städte ausgeweitet wurde, wurde China von einem gesellschaftlichen Wandel erfaßt. Es fand eine starke Differenzierung in der Gesellschaft statt, die durch Konsensverlust und Diversifikation gekennzeichnet ist. Neue soziale Gruppen und Interessenverbände, neue organisatorische Strukturen in den privaten oder halbprivaten Betrieben sowie außerstaatliche zivile Einrichtungen, wie künstlerische oder literarische Clubs, entstehen. Ebenso spiegeln die regionalen Bestrebungen auf Provinzebene einen Hang zu größerer Autonomie und Selbständigkeit wider. All dies sind Anzeichen eines in immer weiteren gesellschaftlichen Kreisen zu beobachtenden Wunsches, sich der unmittelbaren Einmischung der Zentralgewalt zu entziehen und bestimmte Freiräume für eigenständiges Handeln zu entfalten.

Diese Entwicklungen wirkten sich auf beide Geschlechter aus. Dennoch waren und sind insbesondere die Frauen in den Städten von den Folgeerscheinungen einer in einem weitreichenden Umbruch befindlichen Gesellschaft betroffen.

Die Bemühungen, die Produktivität und Rentabilität der Betriebe zu erhöhen, sind begleitet von einem am Markt orientierten Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck, der sich insbesondere zu Lasten der Frauen auswirkt. Das in den außerstaatlichen Betrieben fehlende Sozialsystem hat zur Folge, daß Frauen häufiger Opfer von Arbeitsplatzabbau und Entlassungen werden als Männer. Frauen, die in den privat geführten Betrieben arbeiten, genießen weder Arbeits- noch Altersschutz und müssen sich mit kurzfristigen Arbeitsverhältnissen begnügen oder gar mit Entlassungen infolge von Schwangerschaft oder Krankheit rechnen. Dazu kommen die häufig sehr unzureichenden Arbeitsbedingungen und Sicherheitsvorkehrungen. So häufen sich z. B. Meldungen über Brandkatastrophen in privaten Betrieben. Aber auch die gängige Praxis hoher Überstunden, der Umgang mit

gefährlichen oder giftigen Stoffen, ohne Rücksicht auf Schwangerschaft, kennzeichnet die schlechte Arbeitsrechtssituation der Frauen in zahlreichen privaten Unternehmen.

Dennoch brachte die Reformpolitik den Frauen nicht nur Negatives. Die ökonomische Liberalisierung ermöglichte es zahlreichen Frauen, eigenständig und selbstverantwortlich private Unternehmen und Geschäfte aufzuziehen, die den Vorteil größerer ökonomischer Unabhängigkeit mit sich brachten. In diesem Zusammenhang wurde der neue Begriff der „nü qiangren" („Karrierefrauen") geprägt, der allerdings eher negativ konnotiert ist. Besonders von Männern wird damit der Zusammenbruch der traditionellen Familienstrukturen in Verbindung gebracht und dies als Bedrohung ihrer Position in der Familie empfunden.

Frauenthemen zwischen Politik und Wissenschaft

Auch die Aufsplittung der Familienökonomie durch die saisonale oder ganzjährige Abwanderung der Männer in städtische Betriebe sorgte dafür, daß in manchen Gegenden die Frauen in alleiniger Verantwortung die ländliche Bewirtschaftung der Felder durchführen. Dies führt u.a. zu einer größeren ökonomischen Selbständigkeit und einem gesteigerten Selbstvertrauen.
Insbesondere die bereits beschriebenen Probleme von Frauen im Arbeitsbereich und das dadurch in Frage gestellte Recht der Frauen auf Arbeit und Gleichberechtigung führte zu einer heftigen Diskussion in den Medien und speziellen Frauenzeitschriften.

Zunächst machte die Debatte den Widerspruch zwischen Selbstverständnis und Realität gesellschaftlicher Praxis im sozialistischen Staat deutlich. Nach dessen Logik hätte mit dem Eintritt der Frauen in die gesellschaftliche Produktion automatisch deren Gleichberechtigung erfolgen müssen. Daß dem nicht so war, zeigten die durch die Reformperiode aufbrechenden Konflikte, für die unterschiedliche Erklärungsmuster gefunden wurden. Die einen sahen die Gründe dafür in dem geringen Entwicklungsstand Chinas und/oder in der Aufrechterhaltung traditioneller Rollenzuweisungen, die anderen machten das geringe gesellschaftliche Bewußtsein für das Thema Gleichberechtigung verantwortlich. In jedem Fall führte die damit einsetzende Auseinandersetzung mit konkreten „Frauenproblemen" dazu, daß das Thema Eingang in den öffentlichen Diskurs fand.

Vor diesem Hintergrund entstand in China eine äußerst vielgestaltige, kontroverse und lebendige Frauenforschung, die ab Mitte der 80er Jahre auch im Wissenschaftsbetrieb fest institutionalisiert wurde. Dazu trug nicht zuletzt die im Zuge der Reformpolitik möglich gewordene größere intellektuelle Freiheit bei. Neben dem staatlich geförderten Frauenverband entstanden eine Reihe außerstaatlicher Einrichtungen und Institute, die vorrangig im universitären Bereich das Thema Frau neu behandelten. In Peking, Tianjin, Hangzhou, Shanghai und Zhengzhou formierten sich zumeist dank dem Engagement einiger weniger FrauenforscherInnen Zentren, in denen man sich über die aktuellen Probleme von Frauen hinaus umfassend und kritisch mit historischen sowie gegenwärtigen Aspekten des politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens beschäftigte. In Folge des Tiananmen-Massakers 1989 mußten einige dieser „Salons" schließen. Die Einrichtung dieser außerstaatlichen Diskussionsforen hatte aber dazu geführt, daß die Zentralisierung der Frauenfragen durch die dreißigjährige Monopolstellung des staatlichen Frauenverbandes durchbrochen und das Thema nun dezentral unter verschiedenen kontroversen Ansätzen erörtert werden konnte. So war auch der staatliche Frauenverband, wollte er seine Glaubwürdigkeit bewahren, gezwungen, auf die neue Situation der Frauen zu reagieren. Unter seiner Führung wurden landesweit Institute gegründet und die Frage der Frauenemanzipation neu aufgerollt. Wissenschaftlicher Kontakt findet zwischen den außerstaatlichen Gruppen und staatlichen Instituten auf unterer Ebene statt.
Derzeit gibt es in der chinesischen Frauenforschung einen sozialwissenschaftlichen und einen philosophisch orientierten Strang. Die sozialwissenschaftliche Richtung beschäftigt sich vornehmlich mit der immer offener zutage tretenden gesellschaftlichen und politischen Diskriminierung von Frauen in den öffentlichen Tätigkeitsbereichen.

Gesichter der Frauenforschung

Andere Untersuchungen widmen sich der Tatsache, daß zunehmend traditionelle Rollenzuweisungen wieder aufkommen: Frauen sollen sich dem gesamtgesellschaftlichen Fortschritt opfern und sich zumindest vorübergehend in den häuslichen Arbeitsbereich zurückziehen.

Des weiteren werden Phänomene thematisiert, die zum Teil bereits vor 1949 verbreitet waren und nicht unbedingt in ursächlichem Zusammenhang zur Reformpolitik stehen, aber doch beschleunigt durch sie zum Vorschein kommen. Es handelt sich hier um entwicklungsbedingte Begleiterscheinungen des tiefgreifenden Transformations- und Modernisierungsprozesses: Prostitution, Menschenhandel und Verkauf von Frauen zum Zwecke der Heirat und die damit in engem Zusammenhang stehende Problematik einer zunehmenden Anzahl von WanderarbeiterInnen. Hinzu kommt die hohe Analphabetenrate von derzeit mehr als 180 Millionen Menschen (Ergebnis einer 1990 durchgeführten offiziellen Statistik), von denen zwei Drittel Frauen sind und der damit einhergehende frühe Schulabgang der Mädchen.

Neben der theoretischen Auseinandersetzung geht es in diesem Zweig der Frauenforschung auch darum, Lösungsstrategien zu entwerfen, um die Probleme zu beheben. Dahinter steht die Überzeugung, daß die Lösung frauenspezifischer Probleme ein Gesellschaftsproblem ist, das lediglich in gemeinsamer Anstrengung von Frauen und Männern gelöst werden kann. In diesem Kontext wird auf die Notwendigkeit verwiesen, die ‚Qualifikationen' von Frauen umfassend zu verbessern. Größeres Wissen, Engagement und Selbständigkeit wird als Teil der Menschheitsentwicklung, als Voraussetzung für die Aufwertung der gesellschaftlichen Stellung der Frau sowie für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern verstanden.

„Sei zuerst Frau, und dann Mensch"

Dennoch setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, daß Emanzipation nicht automatisch durch eine fortschreitende Modernisierung und die Anhebung der Produktivkräfte erzielt werden kann, sondern daß im Gegenteil, gerade durch die zunehmende Orientierung am Markt, die Bedingungen für Frauen noch verschlechtert werden.
Die philosophische Richtung der Frauenforschung widmet sich der „enzyklopädischen" Gesamtheit der Frau. Auch dieser Forschungszweig hängt eng mit den Modernisierungsprozessen zusammen. Die Reformen beendeten die dreißig Jahre währende Nivellierung des Geschlechtsunterschiedes, die vor allem den Verlust weiblichen Subjektbewußtseins zur Folge hatte. Bedeutendste Vertreterin ist Li Xiaojiang – eine der profiliertesten Frauenforscherinnen Chinas. Für sie ist Frauenforschung Teil der Humanwissenschaften und daher vor allem auch eine Beschäftigung mit weiblicher Kultur, Ästhetik und Literatur. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen steht das Bekenntnis zum weiblichen Subjekt und Geschlecht, wobei hier keine Abgrenzung zu einer männlich dominierten Kultur und Geschichte bezweckt ist, wie es westliche Feministinnen fordern. Vielmehr wird versucht, die Geschichte zu komplettieren, indem spezifisch weibliche Denk- und Handlungsmuster aufgewertet werden. Im Unterschied zu der gängigen Aufforderung „Sei zuerst Mensch und dann Frau", vertritt Li Xiaojiang ein dazu gegenläufiges Modell: „Sei zuerst Frau und dann Mensch" und kollidiert gerade aufgrund der Betonung geschlechtsspezifischer Unterschiede mit der Grundannahme des sozialistischen Selbst-

verständnisses, demzufolge die Überwindung der Geschlechterunterschiede an oberster Stelle steht.

Differenzen zum westlichen Feminismus

Beide Ansätze der chinesischen Frauenforschung begreifen Frauenemanzipation als Teil der Menschheitsbefreiung. Als Teil einer reformerischen und nicht einer feministischen Bewegung sollen Rechte der Frau gegen den Mann erstritten werden, auch wenn die 80er Jahre durch die Entdeckung von „Weiblichkeit" gekennzeichnet sind. Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen werden mit dem geringen Entwicklungsstand und der Tradierung spezifischer Rollenzuweisungen erklärt, die nun erneut zum Ausbruch kommen. Aus diesem Grund spielt in der chinesischen Frauenforschung die Kategorie Patriarchat keine Rolle und findet sich keine pauschal gegen die Männer gerichtete Rhetorik. Vielmehr bemühen sich die Frauen darum, in Kooperation mit den Männern Strategien zur Lösung der nun auftretenden Frauenprobleme zu entwerfen.

Ein anderes Charakteristikum der chinesischen Frauenforschung ist ihre Praxisorientiertheit. Zugrunde liegt weiterhin das Frauenbefreiungskonzept des Marxismus-Leninismus, das allerdings der nun veränderten Praxis angeglichen werden soll. Konkret geht es darum, herauszufinden, welche Möglichkeiten und Maßnahmen dem Staat zur Verfügung stehen, um den Frauen die Mitwirkung in einem durch Marktwirtschaft bestimmten Arbeitsleben zu ermöglichen. Frauen wollen politischen Einfluß auf die aktuelle Entwicklung nehmen. So ist es beispielsweise auf die Aktivitäten der Frauenorganisationen und -forscherInnen in- und außerhalb des Frauenverbandes zurückzuführen, daß 1992 ein Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Frauen erlassen wurde.

Ein letztes Spezifikum der chinesischen Frauenforschung ist es aber auch, sich gegen Vereinnahmungstendenzen westlicher Feministinnen zur Wehr zu setzen. Zwar entstand sie in Auseinandersetzung mit westlichen Standardwerken feministischer Literatur, ist aber dennoch ein Produkt der eigenen kulturellen, historischen und sozialen Realität geblieben. Dies drückt sich nicht nur in einer grundsätzlichen Ablehnung des Begriffes ‚Feminismus' aus, sondern auch in einer immer wieder erhobenen Forderung nach Sinisierung der Frauenforschung und der Suche eines eigenständigen Weges zur Frauenbefreiung. Einige Themen des westlichen Feminismus stoßen bei chinesischen Frauen auf Unverständnis. Ehe und Familie gelten vielen Frauen weiterhin als selbstverständlich und werden nicht als Hindernis für die eigene Selbständigkeit gesehen. Vor dem Hintergrund ganz anderer gesellschaftlicher Erfahrungen unter einem Sozialismus chinesischer Prägung und der sozialistischen Marktwirtschaft gestaltet sich der Dialog zwischen westlichem Feminismus und chinesischer Frauenforschung schwierig.

Der Diskurs der chinesischen Frauenforschung ist grundsätzlich von der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas beeinflußt. Das gilt zum einen für den hohen Stellenwert der Praxis, zum anderen aber genauso für die Forderung spezifisch weiblichen Bewußtseins. Ob dies auch langfristig gelingen kann, hängt indessen von der weiteren Entwicklung ab – niemand kann sie seriös vorhersehen –, aber es gibt Gründe genug, sie zu unterstützen.

Heike Frick

Literaturauswahl

Du Fangqin: „Nüxing Guannian de Yanbian" (Entfaltung der weiblichen Vorstellungen). Zhengzhou: Henan Renmin Chubanshe 1988.

Gilmartin, Christina K. / Gail Hershatter / Lisa Rofel / Tyrene White (Eds.): Engendering China. Women, Culture, and the State, Cambridge Massachusetts: Harvard University Press, 1994

Fang Fang: „Nüxing Shengli yu Xinli" (Weibliche Physis und Psyche). Chengdu: Sichuan Renmin Chubanshe 1987.

Frick, Heike / Leutner, Mechthild / Spakowski, Nicola (Hrsg.): Frauenforschung in China. Analyse, Texte, Bibliographie, München 1995 (= Berliner China-Studien: 28).

Kubin, Wolfgang: Schriftstellerin mit weiblichem Anliegen. Die chinesische Autorin Zhang Jie. In: Neue Züricher Zeitung 18./19.11.1989, S. 68.

Leutner, Mechthild: Zehn Thesen zur Frauenforschung in der VR China, in: Newsletter. Frauen und China 4 (1993), S. 28–30.

Li Xiaojiang: „Nüxing Shenmei Yishi Tanwei" (Ergründung eines weiblichen Ästhetikbewußtseins). Zhengzhou: Henan Renmin Chubanshe 1989.

Li Xiaojiang: Ein Rückblick auf die Frauenbewegung der neuen Zeit. In: Newsletter „Frauen und China" Nr. 6, 1994, S. 32–35.

Li Xiaojiang: The Development of Women's Studies in China. A comparision of perspectives on the Women's Movement in China and in the West, (= Copenhagen Discussion Papers 20, April 1993).

Miosga, Magrete: „Was heißt „Feministin" auf chinesisch?". In: Taz 25. 8. 1985.

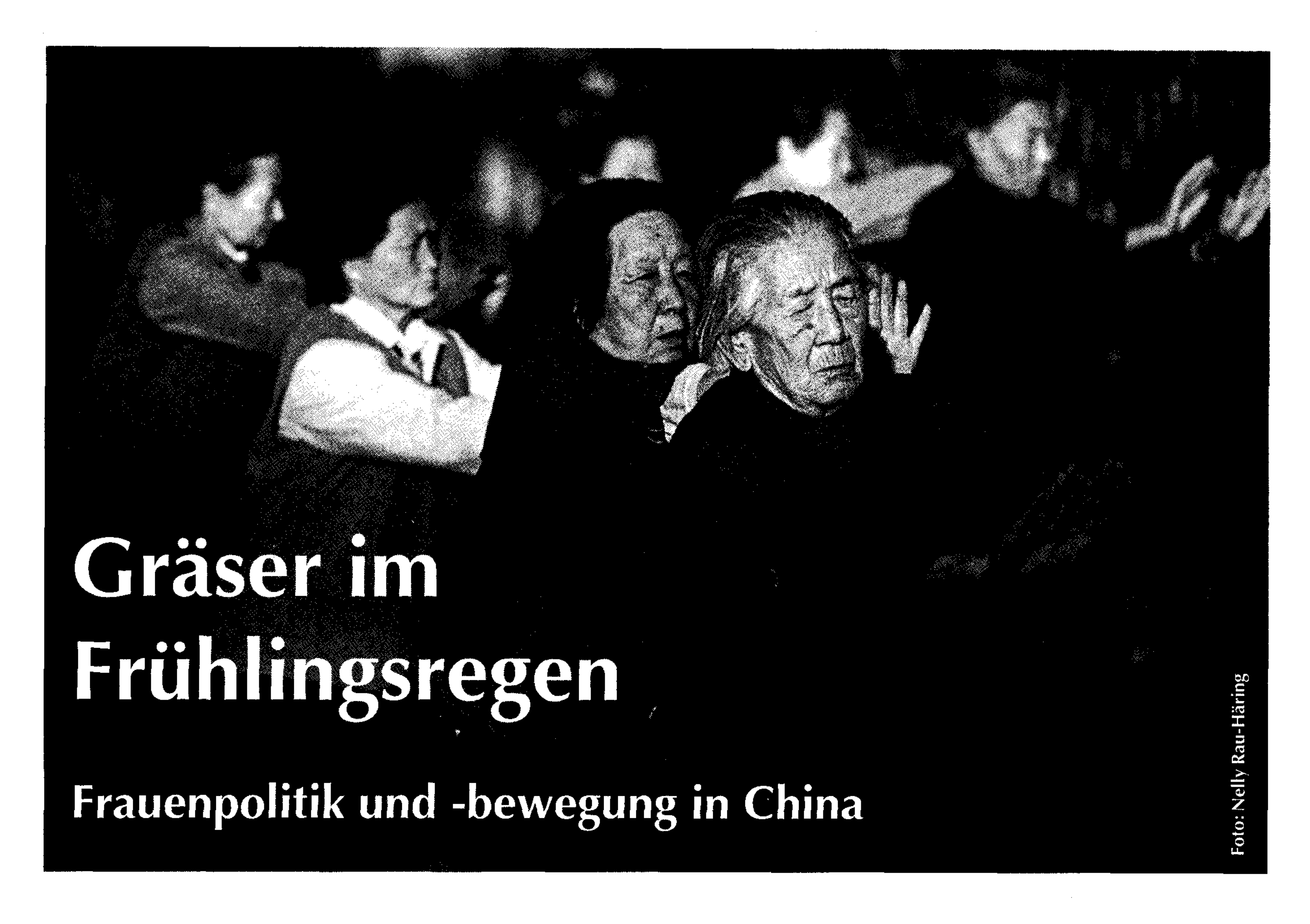
Sausmikat, Nora: Li Xiaojiang und ihr Konzept einer feministischen Wissenschaft. Ein Beispiel nichtstaatlicher Frauenforschung in der VR China (Magisterarbeit im Fach Sinologie an der Freien Universität Berlin 1994), erscheint 1995.

Spakowski, Nicola: Frauenforschung chinesischer Prägung? Ursprung, Themen und Theorien der aktuellen Frauenforschung in China, in: Newsletter „Frauen und China" Nr. 4 (1993), S. 13–17.

Spakowski, Nicola: Wohin geht die chinesische Frauenbewegung? In: Newsletter „Frauen und China" Nr. 6 (1994), S. 36–38.

Tan Shen: Women's Studies in China. A general survey, (= Copenhagen Discussion Paper 19, April 1993).

Yang Chunding: „Lun Nü Xingmei" (Über die weibliche Schönheit). In: Wenxue Pinglun. Bd. 2 1985.



Gräser im Frühlingsregen

Frauenpolitik und -bewegung in China

Foto: Nelly Rau-Häring

Frauenpolitik und Frauenforschung erleben in China in den letzten Jahren einen Aufschwung. Inhalte und Ziele dieser Bewegung, die aus einem westlich feministischen Blickwinkel zunächst etwas altbacken aussehen, sind nur zu verstehen, wenn sie im historischen Kontext gesehen werden.

Über das Leben von Mädchen und Frauen im alten China existieren diverse Sinnsprüche. „Bekommst du einen Sohn, dann fließt das Geld ins Haus. Bekommst du eine Tochter, dann fließt das Geld hinaus.", lautet einer davon, der durchaus nicht übertrieben ist. Töchter verließen mit ihrer Heirat das Haus der Eltern, sie durften kein Land erwerben, durften nicht an den Zeremonien für die verstorbenen Ahnen teilnehmen. Nur durch die Geburt eines Sohnes reihten sie sich in die Familiengemeinschaft ein und erhielten bei der Verheiratung des Sohnes als Schwiegermutter ihren Rang innerhalb der Familie. Die Bedingungen einer Agrargesellschaft bestimmten die soziale Ordnung, in der das Individuum eine festgelegte Position einzunehmen hatte.

Das unmittelbarste Zeichen für die rechtlose Stellung der Frau und ihre Unfreiheit waren die eingebundenen Füße. Dieser Brauch, der ungefähr im 10. Jahrhundert entstanden ist, führte dazu, daß den Töchtern vornehmer Familien in jungen Jahren die Füße bandagiert wurden. Die Füße verwuchsen sich zu winzigen „Lotosblüten" und galten als Zeichen von Anmut und guter Herkunft. Lilienfüße, wie sie auch genannt wurden, erhöhten die Heiratschancen. Für die Frauen bedeutete es verkrüppelte Füße und Unfreiheit. Sie waren auf Hilfe angewiesen und konnten sich nur noch trippelnd im Haus aufhalten.

Gegen Fußbandagen und erzwungene Ehen

Es ist sinnvoll, sich diese gesellschaftliche Tradition und die rechtlose Lage chinesischer Frauen vor Augen zu halten, um den langen Weg zur Gleichberechtigung im modernen China begreifen zu können. Natürlich kennt die chinesische Geschichte auch eine Anzahl von Ausnahmen. Es sind Einzelschicksale von machtbewußten Frauen wie die Tang-Kaiserin Wu Zetian im 9. Jahrhundert. Solche weiblichen Heldenfiguren ändern jedoch nichts an der unterdrückten Stellung von Frauen im alten China. Stets war es ein individuelles Aufbäumen, ein Ausbruch der einzelnen Frau aus der Rechtlosigkeit, eine Flucht in das Kloster oder den Selbstmord, um der realen Benachteiligung zu entgehen, wie sie in dem Spruch zum Ausdruck kommt: „Eine Tochter aufzuziehen, ist wie den Garten des Nachbarn zu wässern".

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Stellung der Frau im Rahmen der Reformbewegung als gesellschaftliches Problem diskutiert. Mit den politischen Forderungen nach Veränderung der sozialen Ordnung des chinesischen Kaiserreiches trat auch die Frauenfrage an die Öffentlichkeit. Drei Hauptthemen bestimmten die Forderungen der Frauen, die an den äußeren Zeichen der Unterdrückung von Frauen ansetzten: der Widerstand gegen das Einbinden der Füße, der Kampf für den Zugang zu Bildung und der Widerstand gegen die erzwungene Eheschließung.

Aus diesen Forderungen entwickelte sich in den Jahren 1916 – 1919 eine organisierte Form des politischen Kampfes. Als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen gilt Qiu Jin (1875 – 1907), die im Kampf gegen die Mandschu-Herrschaft und für die nationale Befreiung von imperialen Machtinteressen auch den Weg zur Befreiung der Frauen sah. Sie gründete eine Frauenzeitung, in der sie Chinas Frauen aufrief, sich Bildung anzueignen und sich aktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen und plante mit Gleichgesinnten (Frauen und Männern) einen Aufstand gegen die Qing-Dynastie, der mißlang. Qiu Jin wurde zum Tode verurteilt und 1907 hingerichtet.

Der Kampf gegen feudale Strukturen und gesellschaftliche Unterdrückung der

Frauen wurde jedoch fortgesetzt, nachdem die Hauptthemen der Unterdrückung erstmal benannt waren. Mit dem Zerbrechen der alten Gesellschaft konnte auch die Rolle der Frauen in China neu bestimmt werden. Allerdings richteten sich die Forderungen nicht auf die Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft, sondern in erster Linie darauf, die Lebensbedingungen von Frauen zu verbessern. Mit der jungen Republik von 1912 waren jedoch noch keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen möglich. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen und die Schwäche Chinas gegenüber den ausländischen Mächten verschlechterten die soziale Lage von Frauen und Männern. Dies war der Ausgangspunkt für die gebildete Jugend, die chinesische Gesellschaft mit ihrem Familiensystem radikal in Frage zu stellen und die westliche Zivilisation zu idealisieren. Mit den Schlagworten Demokratie und Wissenschaft forderte sie eine Befreiung von der konfuzianisch bestimmten Gesellschaft und ihrem Wertesystem und auch die Befreiung des Individuums, der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Im starren Rahmen der Parteipolitik

Die Strukturen der chinesischen Gesellschaft, die verwurzelte Familienordnung auf dem Land und die ökonomische Rückständigkeit verhinderten jedoch eine Durchsetzung der Gleichstellungsinitiativen. Trotz formaler Rechte – das Verbot des Füßeeinbindens, der Zwangsehen, das Recht auf Mädchenbildung – konnten nur wenige Frauen ihre Lebensbedingungen verändern. Die Erfahrungen der Frauen in der bürgerlichen Republik bestimmten die Einstellung, die Lösung der Frauenfrage im Zusammenhang mit der nationalen Frage zu sehen.

Mit der Gründung der Volksrepublik China am 1.10.1949 nahm die Kommunistische Partei (KPCh) die alten Forderungen zur Frauenemanzipation auf. Mit den 1950 verabschiedeten Gesetzen zum Ehesystem und zur Bodenreform sollte die rechtlose Situation der Frauen beendet werden. Nach dem Ehegesetz basiert die Eheschließung auf dem freien Willen beider Partner, auf Monogamie und auf den gleichen Rechten von Frau und Mann. Das Gesetz zur Landreform gab auch Frauen das Recht auf Landerwerb und damit – in einer agrarischen Gesellschaft – die Chance auf ökonomische Unabhängigkeit. Die im alten China durch Lilienfüße an das Haus gefesselte Chinesin hatte nun das formale Recht auf ein eigenes Leben als Teil der Gesellschaft.

Bereits im Frühjahr 1949 war der Nationale Frauenverband Chinas gegründet worden, der jedoch stets in Abhängigkeit von der KPCh agierte und als eine Art gewerkschaftlicher Massenorganisation fungierte. Der Frauenverband repräsentiert daher in erster Linie die offizielle Frauenpolitik, die die Befreiung der Frau als Teil der sozialistischen Gesellschaftsveränderung sieht. Seine Aufgabe ist es, die rechtlichen Interessen der chinesischen Frauen (und Kinder) im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung und sozialen Lage zu vertreten. Das Grundprinzip ist die Gleichheit von Frauen und Männern, die auf der ökonomischen Emanzipation basiert. In der Praxis wurden die Frauenrechte durch die gesellschaftlichen Notwendigkeiten bei dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes bestimmt.

Der Frauenverband war während der Kulturrevolution ab 1966 bezeichnenderweise aufgelöst und wurde erst 1979 wiederbelebt. Eine seiner Hauptaufgaben ist es, die Probleme und Schwierigkeiten aufzuzeigen, die speziell Frauen im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen betreffen. So beschäftigt er sich mit den Folgen, die für Frauen durch die Politik der Ein-Kind-Familie entstehen oder den Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Ehegesetz vom September 1980. Der Frauenverband hat in allen Provinzen und in den Städten Chinas Unterorganisationen und unterhält Büros, in denen Frauen sich über ihre Rechte informieren und beraten lassen können. Er besitzt die staatliche Unterstützung, um statistische Daten zur beruflichen und sozialen Situation der Frauen zusammenzustellen, Konferenzen zu organisieren und Forschungsprojekte zu initiieren. Auch wenn die Frauenverbände auf Provinz- und Stadtebene gewisse Freiräume gegenüber dem Nationalen Verband besitzen, so sind sie dennoch in den Grundpositionen an die Vorgaben der Partei gebunden.

Der Rahmen wird gesprengt

Seit dem Ende der Kulturrevolution hat sich neben dem offiziellen Frauenverband eine im Sinne staatlicher Einbindung unabhängige Frauenbewegung entwickelt, wobei diese nicht gleichzusetzen ist mit den Entwicklungen einer autonomen Frauenbewegung westlicher Prägung. Die Hauptinteressen der engagierten chinesischen Frauen liegen auf der Beteiligung von Frauen am politischen Prozeß, ihren beruflichen Karrierechancen und dem Verhältnis von Frauenemanzipation und gesellschaftlicher Entwicklung.

Eine Hauptvertreterin dieser Generation berufstätiger intellektueller Frauen ist Li Xiaojiang. Als Professorin für Literatur an der Universität von Zhengzhou schrieb sie 1983 einen Grundsatzartikel zum Verhältnis von gesellschaftlichem Fortschritt und Frauenbefreiung. Obwohl sie in diesem Beitrag die rechtlichen und sozialen Voraussetzungen der staatlichen Frauenpolitik im neuen China als Ausgangspunkt für die chinesische Frauenemanzipation nannte, zog sie sich mit ihren Positionen sogleich die Kritik der KPCh zu.

Der entscheidende Punkt ihrer Stellungnahme besagt, daß der gegenwärtige Status der chinesischen Frauen auf den zu Recht anerkannten gesellschaftspolitischen Errungenschaften der Volksrepublik China beruht, die in dieser Form in den westlichen Ländern nicht Ausgangspunkt der Frauenbewegung gewesen seien. Dazu zählt sie die Teilnahme von Frauen an produktiver Arbeit, die sozialen Garantien und die staatliche Frauenvertretung. Gleichzeitig jedoch basieren diese Voraussetzungen nicht auf den Prinzpien der Gleichberechtigung, sondern erfolgten aus den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und Modernisierung Chinas. Der Bruch mit den gesellschaftlichen Traditionen impliziert nunmehr auch den Bruch mit der Tradition der Befreiung der Frauen durch den Staat. Aus dieser Position ist es nur folgerichtig, daß Li sich für eine vom staatlichen Frauenverband unabhängige Frauenpolitik, d.h. eine von den Interessen der Frauen ausgehende Politik einsetzte.

Nach der Einschätzung von Li Xiaojiang richtete sich der Kampf um Frauenrechte in der Vergangenheit gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Versklavung der Frauen durch feudale Strukturen oder kapitalistische Ausbeutung. In Chinas gegenwärtiger Reformperiode müsse nun die Frage gestellt werden, ob der Sozialismus die Frauen befreit habe. Gerade unter den Bedingungen der Reformbewegung zeigen sich laut Li die Folgen der Entwicklung für Frauen: ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, Verlust der sozialen Sicherheit für Frauen, Benachteiligung von Frauen im Beruf durch die wirtschaftliche Konkurrenzsituation und Verschärfung des Konfliktes zwischen Mutterschaft und Beruf, der nunmehr als „individuelles Frauenproblem" behandelt wird. Hier stellt sich für Li die Frage nach der Berechtigung des Prinzips der Gleichheit von Frau und Mann. Es zeigt sich, daß alleine das Prinzip keine Fortschritte bringt.

Erst auf der Grundlage rechtlich durchgesetzter Gleichberechtigung und einer wirklich sozialen entwickelten Gesellschaft – auch wenn sie von männlichen Prinzipien bestimmt ist – läßt sich tatsächlich die Befreiung der Frauen in ihrer Besonderheit (wir würden ‚in der Differenz' formulieren) entwickeln. In einer diesbezüglich noch unterentwickelten Gesellschaft wie China tragen die Frauen nach wie vor die größere Last auf dem Weg zu einer menschenwürdigen Gesellschaft, doch sie haben durch die erreichte soziale Ausgangsposition gute Chancen, nunmehr ein kollektives Bewußtsein für ihre spezifischen Bedürfnisse und ein weibliches Selbstbewußtsein zu entwickeln. Nach den Worten von Li können nun mit der wirtschaftlichen Reform die neuen Frauenthemen wie Gräser im Frühlingsregen sprießen.

Dagmar Yu-Dembski

Der Aufstieg des Yin

Gemeinschaft und Individualität im Alltag chinesischer Frauen

Bei uns gilt ganz selbstverständlich die Auffassung, der Westen sei individualistisch und der Osten, insbesondere China, kollektivistisch. Solche „Schwarz-Weiß-Muster" treffen zwar selten zu und noch weniger haben sie einen Erklärungswert an sich; trotzdem ist es nicht von der Hand zu weisen, daß das soziale Leben in China – insbesondere auf dem Land, wo nach wie vor 80 % der Bevölkerung leben – auch heute von verbindlichen Traditionen und umfassenden Solidargemeinschaften geprägt ist.

Obwohl die Entwicklung in der Volksrepublik China seit ihrer Gründung tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen hat, ist vielen EuropäerInnen die Hochschätzung der Familie in China sehr wohl bewußt. Auch sind die Bilder der Massenkampagnen, der gewaltigen kollektiven Anstrengungen und nicht zuletzt der sich für die Gemeinschaft aufopfernden Heldenarbeiter und Heldensoldaten in lebendiger Erinnerung. Dem chinesischen Sozialismus war es offenbar gelungen, die traditionell vermittelte Zurücknahme des einzelnen um übergeordneter Gemeinschaftsziele willen in die Gegenwart zu verlängern und zu bestätigen – wenn auch mit anderen Vorzeichen.

Individualität hat es selbstverständlich auch in China immer gegeben als Versuche einzelner, sich gegenüber gesellschaftlichen Konventionen und stereotypen Erwartungen abzugrenzen und selbstbestimmt das eigene Leben zu gestalten. Individualität als Massenphänomen jedoch ist erst die Begleiterscheinung der auf Markt- und Geldwirtschaft eingeschworenen bürgerlichen Gesellschaft. Modernisierung, d. h. gesellschaftliche Differenzierung, vor allem zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung der Berufe, bringt Individualismus zwangsläufig hervor.

Seit Beginn der achtziger Jahre werden in der Volksrepublik nach Jahren der Stagnation und Isolation mit enormem Schwung die sogenannten ‚Vier Modernisierungen' (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik, Militär) vorangetrieben. Dabei orientiert sich der von oben gelenkte ebenso wie der in der Gesellschaft spontan sich vollziehende Wandel stark an den ausgetretenen Wegen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft des Westens – vor allem in den inzwischen zahlreichen großen und kleinen Sonderwirtschaftszonen. Anders als in den nachkolonialen Gesellschaften Afrikas, Lateinamerikas und Asiens ist jedoch in China die aktuelle Konfrontation mit westlichen Lebensmustern kein Erbe intensiver und langwährender kolonialer Abhängigkeit, sondern wird von der Bevölkerung selbst vielfach als gewollt begriffen.

Während sich im Westen durch die negativen Folgen des Individualismus bzw. des überhandnehmenden Egoismus Verunsicherung breitmacht, stellt sich im Hinblick auf China Mitte der neunziger Jahre die Gretchenfrage: Wie bewältigen die Menschen dort die Gratwanderung zwischen bisher weitgehend kollektiven Orientierungen und einer nunmehr auf Privatinitiative und Sonderinteressen beruhenden gesellschaftlichen Entwicklung? Und: Inwieweit sind Frauen von diesen Entwicklungen in besonderer Weise betroffen und wie meistern sie deren Widersprüche?

Eine Antwort auf diese Fragen suchten wir durch Interviews zu bekommen, die wir im Herbst letzten Jahres mit 42 Personen führten. Die befragten Frauen und Männer stammten aus verschiedenen Gesellschaftsgruppen und -schichten. Beijing wurde als repräsentativer Ort ausgewählt, da die Stadt neben den großen Küstenstädten Südostchinas bzw. den Sonderwirtschaftszonen als Vorposten im Prozeß der Öffnung und Modernisierung gilt. Die Interviewbefunde, mögen sie noch so sehr den Lebenserfahrungen der einzelnen entsprungen sein, spiegeln nicht reales Verhalten, sondern vielmehr Einstellungen und Lebensplanungen, Hoffnungen und Ängste wider.

Früher war es selbstverständlich, daß die Eltern die Ehen ihrer Kinder arrangierten. Heute lernen sich die jungen Leute „irgendwie" kennen. Trotz aller Ansätze zu mehr individuellen Überlegungen und Entscheidungen steht es für die meisten Befragten auch heute noch außer Frage, bei der Partnerwahl Rücksicht auf die Familiengemeinschaft, insbesondere die Eltern zu nehmen – wenn auch zum größten Teil nicht mehr uneingeschränkt.

„Hauptsache sie hat keine großen Flecken im Gesicht"

Über die Familien hinaus wird auch die (öffentliche) Meinung der Mitmenschen – Freunde, Nachbarn, Kollegen – in Rechnung gestellt. Das Motiv der Angst vor Gerücht und Gerede gilt selbst in einer Großstadt wie Beijing.

WanderarbeiterInnen aus den ländlichen Gebieten fühlen sich bei der Partnerwahl am stärksten traditionellen Einstellungen verpflichtet. Hier gilt ungebrochen das Ideal der gehorsamen Töchter und Söhne bzw. der „tugendhaften Ehefrau und guten Mutter" sowie der „männlichen Stärke und Selbstbehauptung".

Die WanderarbeiterInnen akzeptieren unhinterfragt die Autorität der Eltern, während die StädterInnen an ihrer eigenen Wahl festhalten, dabei aber auf jeden Fall Konflikte vermeiden wollen. Die Erwartungen an den Partner bzw. die Partnerin sind aus westlicher Sicht als konservativ zu bewerten. Konservativ insofern, als daß die entsprechende geschlechtsspezifische Rollenzuteilung, die dem „Mann das Äußere und der Frau das Innere" des Hauses zuweist, keine wirtschaftliche Grundlage mehr hat. Lediglich die HochschulabgängerInnen unter den städtischen Befragten betonen hinsichtlich ihrer PartnerInnen-Erwartungen, ihnen sei wichtig, daß die Möglichkeit zur beruflichen Selbständigkeit beiden erhalten bleibe.

Äußere Schönheit wird sowohl bei Frauen als auch bei Männern eher skeptisch be-

urteilt. Auch dies ist ein Überbleibsel traditioneller Wertungen, die bis Ende der siebziger Jahre durch „kommunistische Prüderie" noch verstärkt wurden.

„Die Ehe ist das Grab der Liebe, aber mit der Ehe hat die Liebe wenigstens ein Grab!" Dieses Zitat verdeutlicht sehr drastisch den Stellenwert, den die „romantische Liebe" hat. Ist sie vor der Ehe noch akzeptiert, wird leidenschaftliche Zuneigung in der Ehe im Hinblick auf Dauerhaftigkeit als Ausdruck von Individualität eher skeptisch und pragmatisch beurteilt. Es paßt einfach schlecht zur Bedeutung, die der Familie als Gemeinschaft, vor allem in ihrer vertikalen Erstreckung, gegeben wird. So erklärt sich auch das Ergebnis unserer Aufforderung, im Hinblick auf „Liebe", „Beruf" und „Familie" Prioritäten zu nennen: Die vertikale „Liebe zu Eltern und Kind" stand eindeutig vor Selbstverwirklichung im Beruf und der Erfüllung in der Liebe als Zweierbeziehung.

Daß chinesische Frauen selbstverständlich arbeiten, ist nicht nur eine Folge volksrepublikanischer Familien- und Frauenpolitik. Es ist auch im Bewußtsein der Frauen fest verankert, zumal der Umgang mit der Doppelbelastung von Ehe bzw. Familie und Beruf einfacher ist als bei uns. Erstens scheint die Arbeitsteilung zuhause selbstverständlicher zu sein. Zweitens stellen Staat und viele Danweis, d.h. Arbeitseinheiten, Kindergartenplätze bereit – jedenfalls bisher. Hinzu kommt, daß das Entwicklungsland China mit der Ganztagesschule das Problem der Versorgung von Schulkindern besser gelöst hat als beispielsweise die Bundesrepublik.



Zum Grab der Liebe **Foto: Nelly Rau-Häring**

Angesichts verschiedener Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreform wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit und in letzter Zeit der Möglichkeit, schnell reich zu werden und „es nicht mehr nötig zu haben", stellt sich nun in der Öffentlichkeit vermehrt die Frage, ob Frauen nicht doch lieber zu Hause bleiben sollen, um sich voll und ganz der Familie zu widmen.

Seitdem in der Volksrepublik auf die Ein-Kind-Familie hingearbeitet wird, ist das „Vier-Zwei-Eins-Syndrom" (vier Großeltern, zwei Eltern, ein Kind) ein Thema, das die Öffentlichkeit bewegt. Ob Junge oder Mädchen, „die kleinen Kaiser bzw. Kaiserinnen", verunsichern gleichermaßen Eltern und Pädagogen. Vor allem wird befürchtet, daß diese Einzelkinder zu Egoisten heranwachsen, an denen jedes Bemühen um Gemeinschaftswerte und gesamtgesellschaftliche Ziele nur scheitern kann. In der Tat, solche schon zur Fettleibigkeit neigenden „kleinen Kaiser" strotzen nur so von Selbstbewußtsein und sind es doch gewohnt, hinten und vorne bedient zu werden, d.h. sie wachsen im Grunde sehr unselbständig heran. So lautet die Forderung an die Nachkommenschaft: „Gehorsam und selbständig soll das Kind sein!"

Die Eltern erwarten von ihren Kindern – entgegen der Unkenrufe über das Einzelkind – auch im Erwachsenenalter Respekt und Fügsamkeit. Daß sie zugleich die Kinder beiderlei Geschlechts – Jungen etwas dringlicher als Mädchen – zu Menschen erziehen wollen, die sich in der Gesellschaft behaupten können, bedeutet nicht unbedingt Erziehung zur individuellen Selbstverwirklichung in unserem Sinne. Denn sie erwarten von ihnen Erfolg und Selbstbehauptung, nicht zuletzt auch, um die Familie bzw. die Eltern mit Stolz zu erfüllen. So erweist sich der Widerspruch zwischen den beiden Erziehungszielen Fügsamkeit und Selbständigkeit als nur scheinbar.

„Einen Jungen zur Welt bringen, bedeutet Stolz, ein Mädchen zur Welt bringen bedeutet Glück".

Während traditionell und auf dem Lande noch immer der „Stammhalter" bzw. männliche Nachkomme gefragt ist und immer wieder Mädchen allein aufgrund ihres Geschlechts das Lebensrecht verweigert wird, hat in den großen Städten bereits ein Wandel eingesetzt. Eltern vertrauen vor allem im Hinblick auf Krankheit und Gebrechen im Alter eher auf Töchter als auf Söhne oder Schwiegertöchter.

Das Zusammenleben mit der Generation der Großeltern und deren Autorität wird von den meisten Befragten akzeptiert. Es bringt auch durchaus Vorteile mit sich, wie sich zeigt: „Wenn ich von der Arbeit heimkomme, steht das Essen auf dem

Tisch!" Trotz der ausgeprägt pragmatischen Einstellung zu den Vorteilen des Zusammenlebens sind sich die Befragten des entsprechenden Konfliktpotentials sehr wohl bewußt. Widersprüche werden selbstverständlich als ein komplementärer Aspekt jeglichen engeren Zusammenlebens gewertet und akzeptiert. Doch will sich immerhin ein knappes Drittel, Frauen wie Männer, im Hinblick auf die ältere Generation eigentlich keine Selbstaufopferung auferlegen, plädiert vielmehr für Ichbehauptung, d.h. für Auszug, falls es zu ernsthafteren Schwierigkeiten im Zusammenleben mit Eltern oder Schwiegereltern kommen sollte – immer vorausgesetzt die Älteren könnten sich noch selbst versorgen.

Vor dem Hintergrund des Gemeinschaftsbezugs einerseits und der Akzeptanz zwischenmenschlicher Konflikte andererseits stellt sich die Frage: Wie gehen die Befragten mit Disharmonie um? Eine Antwort liefert das traditionelle Konzept vom „Gesicht", das man selbst nicht verlieren, anderen aber auch nicht nehmen will. Das setzt voraus, daß die Familien- bzw. Gemeinschaftsbeziehung wichtiger ist als Ichbehauptung. Die Achtsamkeit ist offenbar mehr auf das Zwischenmenschliche gerichtet. Dabei ist die von klein auf eingeübte Fähigkeit nonverbaler Kommunikation und des „Sich-in-den-anderen-Hineinversetzens" von zentraler Bedeutung, während die direkte verbale Auseinandersetzung bisher eher tabuisiert wurde. Gefühlsausbrüche, die die Atmosphäre stören, sind innerhalb der Gemeinschaft immer ein Anlaß für Gesichtsverlust und vor anderen zu vermeiden.

„Am liebsten Berge und Wasser und den direkten Kontakt mit der Erde". Das so charakterisierte Traumhaus können sich die städtischen Befragten nicht leisten und es wird so auch nur von den WanderarbeiterInnen voller Heimweh beschrieben. Dennoch wird die Wohnsituation von allen Befragten als positiv empfunden, weil vor dem Hintergrund der traditionellen Wohnweise mit ihrer fast totalen sozialen Kontrolle die gegenwärtige Anonymität im Hochhaus als Gewinn an Privatheit empfunden wird. So löst sich auch der Widerspruch, daß die einförmigen, d.h. kaum individuell ausgestalteten, Danwei-Wohnungen im wenig ansehnlichen vielstöckigen Hochhaus subjektiv doch als Chance für schöneres Wohnen wahrgenommen werden. Trotz der Unzufriedenheit, die z.B. über die Enge der Wohnverhältnisse, die ungepflegte Umgebung, Lärm- und Luftbelästigung geäußert wird, ist man darüber nicht völlig deprimiert, da in dieser Hinsicht – wenigstens in den großen Städten – alle im gleichen Boot sitzen.

Von den traditionellen Solidargemeinschaften sind im Grunde in der Mitte der neunziger Jahre in einem städtischen Milieu wie Beijing nur noch die Kernfamilie, eine reduzierte Verwandtschaft und die Freundschaft übriggeblieben. Das bedeutet zugleich auch, daß die Danwei, die von der chinesischen Regierung als Ersatz für traditionelle, die Familie übergreifende Einheiten konzipiert war, im Verlauf der achtziger/neunziger Jahre dabei ist, ihre zentrale Rolle einzubüßen.

Insgesamt jedoch – allen Modernisierungen zum Trotz – ist Gemeinschaftsorientierung wichtiger als Ichbehauptung. Das äußert sich vor allem als Rücksicht auf Konventionen und öffentliche Moral. Wenn im Rahmen der Familie und der anderen Lebensgemeinschaft die Pflege des Beziehungsnetzes immer noch wichtiger zu sein scheint als individuelle Sonderinteressen, hat das vor allem damit zu tun, daß der einzelne nicht durch staatliche Institutionen genügend abgesichert und somit auf das Netz ganz entschieden angewiesen ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Nicht einmal eine Zugfahrkarte von Beijing nach Hangzhou ist ohne Aktivierung dieses Beziehungsnetzes von Verwandtschaft und Freundschaft zu bekommen. Gemeinschaftswerte sind also nicht nur Überbleibsel der Tradition, sondern sehr wohl funktional und strukturell in diese sich modernisierende Gesellschaft eingelassen.

Trotz der auffallenden Gemeinschaftsorientierung in Wahrnehmung und alltäglicher Lebensplanung steht außer Frage, daß dem Individuum im heutigen China mehr Spielräume vergönnt sind, als das noch vor fünfzehn Jahren der Fall war. Das hat insofern politisch-ideologische Gründe, als sich die Regierung toleranter gegenüber allen möglichen Lebensäußerungen im Gefolge von Öffnung und Modernisierung zeigt – allerdings nur solange die staatliche Verfassung nicht auf dem Spiel steht. Vor allem aber ist es die sich modernisierende Gesellschaft selbst, die Eigeninitiative und Selbstbehauptung erfordert und die Einstellung zu Individuum und Gemeinschaft verändert. Das wird deutlich in der gesteigerten Wertschätzung des Privatlebens, der zunehmenden Toleranz gegenüber alternativen Lebensgestaltungen und nicht zuletzt in der Enttabuisierung von Sexualität.

„Das Yin ist im Aufstieg, das yang im Niedergang…"

Hinsichtlich einer geschlechtsspezifischen Rollenverteilung im alltäglichen Leben zeigt sich teilweise eine Fortschreibung der Traditionen. Zwar sind die Frauen in China in den Arbeitsprozeß voll integriert und leisten wie Männer nicht nur ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion, sondern auch zur Existenzsicherung und Eigentumsbildung der Familie, gelten insofern als „die Hälfte des Himmels". Dennoch besteht ein Muster fort, das den Frauen mehr die Sorge für „das Innere" und den Männern mehr die Verantwortung für „das Äußere" zuweist. Zumindest zeigt sich dies bei den Befragten bezüglich der Partnerwahl, des beruflichen Fortkommens, der Verteilung der Hausarbeit, der Kindererziehung und auch der Fürsorge für die ältere Generation. Dieser Befund steht im Widerspruch zu einem öffentlichen Diskurs, der auf die zunehmende Stärke des weiblichen Geschlechts anspielt, als seien die Frauen im Begriff, die Männer auszubooten: Wo immer Frauen mehr Erfolg als Männer haben, oder überhaupt eine herausragende Leistung vollbringen, fällt unweigerlich der Spruch: „Das yin ist im Aufstieg, das yang im Niedergang begriffen". Aber auch im Alltag ist viel die Rede von der „Tigerin im Haus". Solche Sprüche, so scherzhaft sie gemeint sind, drücken die Ängste vieler Männer vor der Frau aus, die nach der Heirat einiges mehr an Selbstbewußtsein zeigt als vorher. Die von solchen Ängsten geplagten Männer können sich trösten, denn der Wechsel von yin und yang ist ein zyklischer, und demnach kämen auch sie wieder einmal an die Reihe. Derweil üben Frauen ihren Eigen-Sinn.

Gudula Linck / Jing Wang

Herd oder Handy

Der Arbeitsmarkt für Frauen in der Zeit der Reformen

Nicht nur die chinesische Presse berichtet in letzter Zeit immer wieder über Frauen, die die neuen Möglichkeiten der Wirtschaftsreformen erfolgreich für ihre berufliche Karriere nutzen. Für die Mehrheit der Frauen in China sieht die Situation auf dem Arbeitsmarkt jedoch alles andere als rosig aus.

„Ich war mit meinem Arbeitsleben in Hunan sehr zufrieden, meine leitenden Genossen sahen mich zwar nicht gerne gehen und ich habe auch lange gezaudert, ehe ich mich zu dieser Veränderung entschloß", beschreibt die Ingenieurin Qian Hua in der Frauenzeitschrift ‚Zhongguo funü' ihren Schritt ins Unbekannte. 1985 beschloß die damals 42jährige, ihren sicheren Arbeitsplatz in einem Bergbauinstitut in der Provinz Hunan zu kündigen und die Herausforderung einer neuen Stellung anzunehmen. Während ihr Mann und ihr Sohn in Hunan zurückblieben, machte sie in der Wirtschaftssonderzone[1] Zhuhai Karriere. 1993 war sie zur stellvertretenden Generalmanagerin in einer Immobilienentwicklungsfirma aufgestiegen.

Berichte dieser Art finden sich häufig in der chinesischen Presse; sie sollen andere Frauen zur Nachahmung animieren. Die Frauen, die den Sprung in die Selbständigkeit freiwillig wagen, sind jedoch auch heute in der Minderzahl. Einigen Frauen bleibt allerdings aufgrund weitreichender Umstrukturierungen durch Beschäftigungs- und Betriebsreformen in den Staatsbetrieben gar nichts anderes übrig, da ihnen ansonsten der Weg in die Arbeitslosigkeit droht.

Die offizielle Statistik zur Arbeitslosigkeit offenbart zwar keinen großen Unterschied zwischen Männern und Frauen, Untersuchungen des Allchinesischen Frauenverbandes oder des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes erhärten jedoch den Verdacht, daß Frauen von betriebsbedingten Entlassungen überproportional betroffen sind. Anfang 1995 ging man davon aus, daß in diesem Jahr 9,75 Millionen weibliche Arbeitskräfte in Staatsunternehmen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen müssen. Es wird betont, daß die Entlassungen geschlechterunabhängig vorgenommen werden. Dennoch wird bei Entlassungen häufig das Argument verwendet, Frauen seien schwächer als Männer, sowohl was ihre körperliche Kraft, als auch ihre Fertigkeiten und Qualifikationen angehe.

Vornehme Zurückhaltung bei Einstellungen

Seit Jahren existieren Berichte über die „Zurückhaltung" von Betrieben und Institutionen, wenn es um die Einstellung von Frauen geht, wobei oft Hochschulabsolventinnen im Zentrum des Interesses stehen. Selbst als der Staat noch die Arbeitsvermittlung garantierte, ließ so mancher Arbeitgeber die vermittelnde Universität wissen, falls die Einstellung einer Frau erzwungen werden solle, werde eben niemand eingestellt. Auch die Möglichkeit, selbst einen Arbeitsplatz zu suchen, hat die Situation nicht verbessert. Universitätsabsolventinnen werden aufgefordert, nicht mit den Männern um die besten Arbeitsplätze mit den höchsten Gehältern oder der Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes zu konkurrieren, sondern ihre Erwartungen zu reduzieren. Nicht nur Berufsanfängerinnen sind von diesen Schwierigkeiten betroffen. Eine Untersuchung des Frauenverbandes in Beijing ergab, daß über 90 Prozent der befragten berufstätigen Frauen davon überzeugt waren, es werde immer schwieriger, einen gut bezahlten und sicheren Arbeitsplatz zu finden.

Die in der Verfassung festgeschriebene Gleichberechtigung von Mann und Frau wird im 1992 verabschiedeten „Gesetz zum Schutz der Rechte der Frau" und von der chinesischen Arbeitsgesetzgebung weitgehend aufgegriffen. Das neue Arbeitsgesetz, das seit Anfang 1995 in Kraft ist, gilt nicht – wie viele der vorangegangenen Gesetze und Bestimmungen – nur für den Staatssektor, sondern für alle Unternehmen und individuellen wirtschaftlichen Organisationen in der Volksrepublik China. Artikel 12 des Arbeitsgesetzes verbietet unter anderem die Diskriminierung bei der Einstellung aufgrund des Geschlechts. Artikel 13 regelt, daß Frauen das gleiche Recht auf Einstellung wie Männer haben. Des weiteren wird die Heraufsetzung von Standards für Frauen verboten, mit der Ausnahme von Arbeitsplätzen, die vom Staat als ungeeignet für Frauen eingestuft werden. Weitere Artikel des Gesetzes regeln den besonderen Schutz von Frauen während der Menstruation, der Schwangerschaft und der Stillzeit.

Frauen profitieren zwar von der Gesetzgebung, die ihre reproduktiven Aufgaben betont – so Margaret Woo[2] in einem Beitrag über Arbeiterinnen – doch, so führt sie weiter aus, reduziert diese Schutzgesetzgebung die Frauen auf ihre Biologie, was auch als Ausrede dafür dienen könne, Frauen in einer Zeit des Arbeitskräfteüberschusses vom Arbeitsmarkt zu drängen.

Arbeitslosigkeit scheibchenweise

Reformen bzw. Rationalisierungen werden in chinesischen Betrieben und Institutionen in der Regel nicht durch endgültige Entlassungen umgesetzt, sondern es werden „Zwischenschritte" eingeschaltet. Betriebe gründen kleine Dienstleistungsbetriebe, in denen überschüssige Beschäftigte untergebracht werden, stellen Arbeitskräfte frei mit der Aufforderung, sich eine andere Arbeit zu suchen oder sich selbständig zu machen. Freigestellte Arbeitskräfte können, ebenso wie Arbeitslose, bei den lokalen Arbeitsdienstleistungsgesellschaften oder auch dem Allchinesischen Frauenverband Unterstützung finden. Diese bieten Umschulungs- oder Ausbildungsprogramme, sind behilflich, eine Gewerbezulassung zu bekommen sowie einen Standort und eine Finanzierung zu finden. Manche Betriebe bieten einen verlängerten Schwangerschaftsurlaub von bis zu zwei Jahren mit

einer Fortzahlung von 60 bis 70 Prozent des Lohns an. Andere wiederum fordern überschüssige weibliche Arbeitskräfte dazu auf, bereits mit 45 Jahren in Frührente zu gehen, eine Praxis, die im Grunde genommen eine Verletzung der Rechte und Interessen der Arbeiterinnen und der diesbezüglichen Gesetze darstellt.

Ein Teil der Frauen sieht dies als Chance für eine neue Karriere, doch andere sind nicht so optimistisch. „Es ist unfair, von den Frauen zu verlangen, so früh in Rente zu gehen. Unsere Generation hat die Kulturrevolution mitgemacht und auf dem Land gearbeitet, als wir jung waren. Wir sind Härte und die schwere Arbeit in unseren Betrieben gewöhnt. Aber wir haben weder die Energie noch das Wissen von jungen Leuten. Wie können wir dies ertragen?", zitiert Women of China (November 1994) eine Arbeiterin in einer staatlichen Papierfabrik. Der Manager einer Firma hält dagegen: „Wenn weibliche Arbeitskräfte in Zukunft entlassen werden, werden sie Schwierigkeiten haben, eine neue Arbeit zu finden, denn die meisten sind unqualifiziert. Wenn sie aber jetzt in Rente gehen, so sind sie durch das Rentensystem geschützt."

Tatsächlich bedeuten diese Modelle für die Frauen Einkommensverluste, da in der Regel eine Lohnfortzahlung oder die Rente prozentual vom Grundlohn gerechnet wird, der heute häufig nur den geringeren Teil des Lohnes ausmacht.

Als unqualifizierte Arbeitskräfte haben diese Frauen große Konkurrenz durch junge Frauen vom Lande. Mit der Aussicht auf ein geregeltes Einkommen haben diese – nicht zuletzt aus Unkenntnis – wesentlich geringere Ansprüche, sowohl was den Lohn angeht als auch Arbeitsschutzbestimmungen oder Ansprüche auf soziale Sicherung, etwa in der medizinischen Versorgung oder bezüglich eines angemessenen Wohnraums. Tausende von Frauen sind in die prosperierenden Regionen des Landes gezogen und arbeiten dort in den neu entstandenen Betrieben. Auch in alten Industriestandorten stellen bestimmte Branchen vermehrt weibliche Arbeitskräfte vom Land ein, insbesondere in der Textilindustrie, da diese Arbeiten besonders schmutzig, hart und relativ schlecht bezahlt sind. Die Beschäftigung ländlicher Arbeiterinnen ist für die Unternehmer attraktiv, weil Bestimmungen zur sozialen Sicherung für sie nicht oder nur in eingeschränktem Maße gelten. Darüber hinaus sind Arbeitsverträge für ländliche Beschäftigte, sowohl in den Wirtschaftssonderzonen als auch in alten Industriestandorten, meist zeitlich befristet und können nach Bedarf beendet oder verlängert werden.

Die jungen Arbeitsmigrantinnen unterstützen mit ihrem Einkommen ihre ländlichen Familien. Für viele dieser Frauen bietet die industrielle Arbeit die Möglichkeit, neue Fertigkeiten zu erlernen, die sie nach der Rückkehr in ihre Heimatorte einsetzen können. Die Tatsache, daß diese jungen Frauen aktiv zum Familieneinkommen beitragen, kann zu der Annahme führen, daß sich dies auch positiv auf ihren sozialen Status auswirkt. Gao Xiaoxian[3], Leiterin des Forschungsbüros des Allchinesischen Frauenverbandes der Provinz Shanxi, vertritt jedoch die Meinung, daß insbesondere die Realitäten in den Wirtschaftssonderzonen nicht zu einer Verbesserung des Status der Frauen vom Lande beitragen, sondern lediglich ihre benachteiligte Position auf dem städtischen Arbeitsmarkt offenlegen.



Der kleine Nebenverdienst

Foto: Nelly Rau-Häring

Positiv stellt ein Bericht des Presseamtes des Staatsrats zur Lage der chinesischen Frauen vom Juni 1994 die Frauen als „unentbehrliche und wichtige Kraft für die Belebung und Entwicklung der ländlichen Wirtschaft" dar. Nicht zu unterschätzen ist insbesondere die Rolle, die die Frauen heute in der landwirtschaftlichen Produktion spielen. Frauen erwirtschaften heute zwischen 50 und 60 Prozent des landwirtschaftlichen Produktionswerts. Ein Drittel und in relativ entwickelten Regionen die Hälfte der 14 Millionen Selbständigen im Handel auf dem Lande sind Frauen, und in der ländlichen Industrie stellen sie etwa 40 Prozent der Arbeitskräfte. Nach offiziellen Daten schneiden die Frauen vom Lande mit ihren Einkommen im Verhältnis zum Einkommen der Männer besser ab als ihre städtischen Schwestern, ihr Einkommen liegt im Durchschnitt bei 81,4 Prozent desjenigen der Männer, in der Stadt bei 77,4 Prozent.

Angesichts der weiterhin andauernden Diskriminierung der Frauen im Arbeitsleben – aber auch in anderen Bereichen, wie etwa der Bildung – sind die offiziellen Verlautbarungen über die Verbesserungen des Status der Frau seit 1949 ein schwacher Trost.

Überkommene Vorurteile gegenüber Frauen als dem „schwachen Geschlecht" bestehen weiter. Zwar sind in den letzten Jahren eine Reihe von Frauenforschungszentren entstanden, die unter anderem auch kritische Untersuchungen und Sozialreportagen veröffentlichen konnten. Sie haben bisher jedoch nur eine kleine Verbreitung und damit geringen Einfluß. Für die politische Führung, die das allgemeine Wirtschaftswachstum im Auge hat, sind frauenspezifische Probleme wie zu maoistischen Zeiten nur ein „Nebenwiderspruch" und werden kaum zur Kenntnis genommen.

Renate Krieg

Anmerkungen:

1) Wirtschaftssonderzonen in regional begrenzten Gebieten werden in China seit Anfang der achtziger Jahre mit dem Ziel eingerichtet, den Export zu fördern, die Deviseneinnahmen zu steigern sowie eine moderne produzierende Industrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen. Für diese exportorientierte Industrialisierung sollen mit wirtschaftlichen Sonderbedingungen, wie niedrigen Steuer- und Zollsätzen und billigen Arbeitskräften, insbesondere ausländische Investitionen in technologieintensive Industriezweige angezogen werden.

2), 3) Gao Xiaoxian, „China's Modernization and Changes in the Social Status of Rural Women"; Margaret Y. K. Woo, „Chinese Women Workers: The Delicate Balance between Protection and Equality", in: Christina K. Gilmartin, Gail Hershatter, Lisa Rofel, Tyrene White (Eds.), Engendering China. Women, Culture, and the State, Cambridge Massachusetts: Harvard University Press, 1994

Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Textes aus der Zeitschrift „Neues China", Nr. X, 1995



Das wertlose Geschlecht

Menschenrechte: Für Frauen nur auf dem Papier?

Die Achtung der Menschenrechte in China wird auch während der Weltfrauenkonferenz in Beijing ein kontrovers diskutiertes Thema sein. Das liegt unter anderem daran, daß sich die chinesische Regierung bislang durch Widersprüchlichkeit von Theorie und Praxis im Umgang mit diesem Thema auszeichnet – sei es im Strafvollzug, in den immer noch existierenden Umerziehungslagern oder in der rigiden Familienpolitik.

Die Existenz politischer Gefangener wird von der chinesischen Regierung hartnäckig verleugnet, obwohl das am 1.1.1980 eingeführte Strafgesetzbuch einen Abschnitt über „konterrevolutionäre Verbrechen" führt. Dieser lautet wie folgt: „Handlungen, die in der Absicht unternommen werden, die Staatsmacht der Diktatur des Proletariats und das sozialistische System zu stürzen" werden unter Strafe gestellt. Für 12 verschiedene „konterrevolutionäre" Straftaten sind Strafen vom Entzug der politischen Rechte bis hin zur Todesstrafe vorgesehen. Da auch schon die Organisation oder Leitung einer „konterrevolutionären Vereinigung" unter Strafe steht, verwundert es nicht, daß 1992 laut amnesty international Tausende von politischen Gefangenen inhaftiert sind, viele davon, auch „normale" Gefangene, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren nur aufgrund administrativer Anordnungen.

Polizei und Sicherheitskräften werden im chinesischen Strafprozeßrecht weitreichende Befugnisse eingeräumt, um Menschen willkürlich festzunehmen und in Haft zu halten. So können Personen, die von anderen eines Verbrechens bezichtigt werden, gemäß § 38 des Strafprozeßrechtes ohne gerichtliches Verfahren in Haft genommen und mindestens 3 Monate festgehalten werden. Die dann tatsächlich abgehaltenen Strafprozesse erfüllen bei weitem nicht die international anerkannten Grundsätze für ein faires Gerichtsverfahren.

Ein faires Gerichtsverfahren ist in der VR China weder auf dem Papier noch in der Praxis garantiert. Die Verteidigung hat weder Zeit noch Möglichkeiten, auf einen Prozeß einzuwirken. Sie hat kein Recht, Entlastungszeugen zu benennen oder Zeugen der Anklage zu befragen. Unter Folter erpreßte „Geständnisse" finden Eingang in die Prozesse. Es wird von politischer Seite Einfluß auf laufende Verfahren genommen. Vielfach steht das Prozeßergebnis ohnehin im Vorfeld bereits fest, wie im ai-Bericht von 1992 nachzulesen ist.

Folter steht in chinesischen Gefängnissen auf der Tagesordnung. Dissidentinnen und Dissidenten berichten von elektrischen Schlagstöcken, die in die Mundhöhle oder auf die Haut des Opfers gehalten werden. Gefangene werden aneinander gefesselt, bis zur Bewußtlosigkeit ausgepeitscht und der Kälte ausgesetzt. Amnesty oder ASIA-WATCH haben hierüber mehrfach berichtet.

Umerziehung durch Arbeit

Die vom Staatsrat 1953 beschlossenen und immer noch gültigen Regelungen über „Umerziehung durch Arbeit" haben das Ziel, „konterrevolutionäre und andere kriminelle Verbrecher" zu bestrafen (§ 1). Eine Kommission entscheidet, welche Personen für eine solche Umerziehungsmaßnahme in Frage kommen und welche vor Gericht gestellt werden sollen. Personen mit geringfügig „antisozialistischen Ansichten" können ohne Anklage und Prozeß mit bis zu vier Jahren Zwangsarbeit bestraft werden.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Lagern sind miserabel. Es gibt weder Arbeits- noch Mutterschutzregelungen oder eine Altersbegrenzung, d.h. auch Minderjährige müssen Zwangsarbeit verrichten. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 12 Stunden täglich und die monatlichen Mindestruhezeiten von zwei Tagen existieren nur auf dem Papier. Die Entlohnung von 2 1/2 Yuan reicht nicht einmal für den Erwerb eines einfachen Hygieneartikels.

Umerziehung ist eine Form der Haft per Anordnung. Da sie keine gesetzliche Strafe ist, sind die Begründungen für die Verschickung in ein solches Zwangsarbeitslager willkürlich, und die Anzahl der inhaftierten Personen wird nicht veröffentlicht. Wer einmal in einem Umerziehungslager war, findet selten einen Arbeitsplatz seiner Wahl und muß oft zwangsläufig sein Überleben mit der Beschäftigung in einem Arbeitslager sichern.

Das chinesische Strafgesetzbuch sieht für 14 Verbrechen die Todesstrafe vor, 9 davon sind sogenannte konterrevolutionäre Verbrechen. Die Vollstreckung der Todesstrafe ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. 1991 erhielt amnesty international Kenntnis von 1650 Todesurteilen und 1050 Hinrichtungen, die tatsächliche Zahl liegt vermutlich weit höher. Die zum Tode verurteilten Frauen und Männer werden meist vor ihrer Hinrichtung öffentlich zur Schau gestellt und herabgewürdigt, um andere einzuschüchtern.

China gehört zu den 119 Ländern, die nach der ersten Weltfrauenkonferenz in Mexiko 1979 das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau" unterzeichnet haben. Zehn Jahre später hat die chinesische Regierung diesem Versprechen einen juristischen Rahmen gegeben. Der nationale Volkskongreß erließ im April 1992, nach dreijähriger Vorbereitung, ein „Gesetz zum Schutz von Frauen und deren Interessen". Im Artikel 35 heißt es: „Das Töten, Aussetzen und grausame Verletzen von weiblichen Säuglingen ist verboten. Die Diskriminierung und Mißhandlung von Frauen, die Mädchen geboren haben, ist verboten." Hier zeigt sich, welch grausame Verfolgung Chinesinnen, besonders in ländlichen Gebieten, immer noch fürchten müssen. Die staatlich verordnete Ein-Kind-Familie verstärkt den Druck auf die Frauen. Der Wunsch, um jeden Preis einen Sohn zu bekommen, führt häufiger zu Gewaltakten an Mädchen, als die Regierung bisher eingestehen wollte.

Benachteiligung und Mißachtung trifft die Frauen in China in allen Lebensbereichen. In den Städten geht es den Frauen vor allem um Arbeitsplätze und die politische Partizipation. Nach offiziellen Angaben sind 30 Prozent der staatlichen Funktionäre in China Frauen, aber nur acht Prozent der staatlichen Führungskräfte. Im Zentralkomitee ist keine Frau vertreten. Das im Gesetz von 1992 und in der Verfassung von 1980 verbriefte Recht auf Arbeit, auf gleiches Entgelt, auf den Schutz der Fortpflanzungstätigkeit sowie das Verbot der Diskriminierung von Frauen wegen einer Schwangerschaft steht bisher nur auf dem Papier.

Kinder nur mit Gebärerlaubnis

Im Artikel 16 des oben erwähnten Übereinkommens verpflichtet sich China, „alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in Ehe- und Familiensachen" zu treffen, insbesondere das „Recht auf freie und verantwortungsbewußte Entscheidung über Anzahl und Altersunterschied der Kinder".

Das Gegenteil davon wird in China praktiziert. Jede Frau, die erwerbstätig ist, muß bei ihrer Arbeitseinheit das Recht auf die Zeugung ihres einzigen Kindes beantragen. Wenn sie eine Genehmigung erhält, muß sie noch einmal bei der Verwaltung der Gemeinde ihres Wohnsitzes eine sogenannte Planziffer beantragen. Frauen, die schon einige Jahre verheiratet sind, bekommen zuerst eine Gebärerlaubnis. Wenn die jährliche Geburtsquote, die der Arbeitseinheit von der staatlichen Planungskommission zugeordnet wird, erschöpft ist, muß eine Schwangerschaft – auch eine erstmalige – abgebrochen werden.

Für alle Frauen wird seitens der Arbeitseinheit ein Menstruationskalender geführt. Eine Funktionärin fragt die gebärfähigen Frauen regelmäßig nach Kinderwunsch oder eventuell bestehenden Schwangerschaften. Der staatliche und finanzielle Druck auf die Frauen ist umfassend. Es ist selten, daß sich eine Frau dem Abtreibungsgebot widersetzen kann.

Die Ein-Kind-Politik führt dazu, daß Frauen, die ein außerplanmäßiges zweites Kind bekommen, alle anfallenden Kosten der medizinischen Versorgung sowie die Kosten für das Kind selbst tragen müssen. Die Mutter verliert den Anspruch auf Lohnfortzahlung während des Mutterschaftsurlaubs. Für ein drittes und alle weiteren Kinder müssen die Eltern je 10 % ihres Lohnes als Strafe zahlen, bis das Kind 16 Jahre alt ist.

Teure Mädchen

Frauen und Mädchen haben in dieser rigiden Familienplanung einen besonders schweren Stand, da weibliche Nachkommen gesellschaftlich geächtet sind. Söhne sind als Arbeitskräfte begehrt, Mädchen gelten als nutzlos und teuer. Weibliche Föten werden daher oft abgetrieben, weibliche Säuglinge häufig direkt nach der Geburt getötet oder ausgesetzt. Ehefrauen, die „nur" Mädchen gebären, werden von ihren Männern und von der Familie unter Druck gesetzt, geschlagen und verstoßen.

Diese frauenverachtende Haltung hat zum einen religiöse Gründe. Die konfuzianische Tradition gestattete früher nur männlichen Nachkommen die Ausübung des Ahnenkultes, von dem Wohl und Wehe der Existenz nach dem Tod abhingen. Zum anderen führen aber auch ganz aktuelle ökonomische Gründe zur Verachtung von Frauen. Da Töchter später in die Familie des Mannes einheiraten, sind nur Söhne eine hinreichende Garantie für ein gesichertes Auskommen im Alter und zumindest auf dem Land für soziales Ansehen innerhalb der Dorfgemeinschaft.

Frauenhandel

Das Heiratsalter ist im Hinblick auf die Geburtenkontrollpolitik relativ hoch angesetzt. Frauen dürfen erst mit 20 Jahren heiraten, Männer mit 22 Jahren. Chinesische Zeitungen berichten immer wieder von dem offiziell verbotenen Brauch der Adoption von Kindsbräuten, von jungen Mädchen, die gekauft werden, um sie später mit dem Sohn des Hauses zu verheiraten. Es kommt häufig auch zu gewaltsamen Entführungen von Mädchen aus Dörfern, die dann in den Städten an heiratswillige Männer verkauft oder zur Prostitution gezwungen werden.

Insgesamt zeigt sich, daß in China für Frauen die Menschenrechte zwar auf dem Papier durchaus existieren, in der Praxis jedoch sträflich mißachtet werden. Die Mißachtung kann sowohl als Folge des Festhaltens an überkommenen Traditionen gesehen werden als auch als Konsequenz des unlösbaren Widerspruchs, der die Politik des chinesischen Regimes bestimmt und unter dem die chinesische Bevölkerung zu leiden hat: auf der einen Seite die Öffnungstendenzen der Reformpolitik, auf der anderen Seite die rigiden Maßregelungen aus Angst davor, die Kontrolle über dieses riesige Land zu verlieren.

Inge Gerstberger, Ludgera Klemp, Angela König, Andrea Reischles, Rongfen Wang

Leicht überarbeitete und gekürzte Fassung aus dem anläßlich der Weltfrauenkonferenz 1995 angefertigten Dossier „Menschenrechtsverletzungen an Frauen in der Volksrepublik China und Tibet", Bonn 1993, Hg.: German Watch, NRW Frauenforum und Terre des Femmes

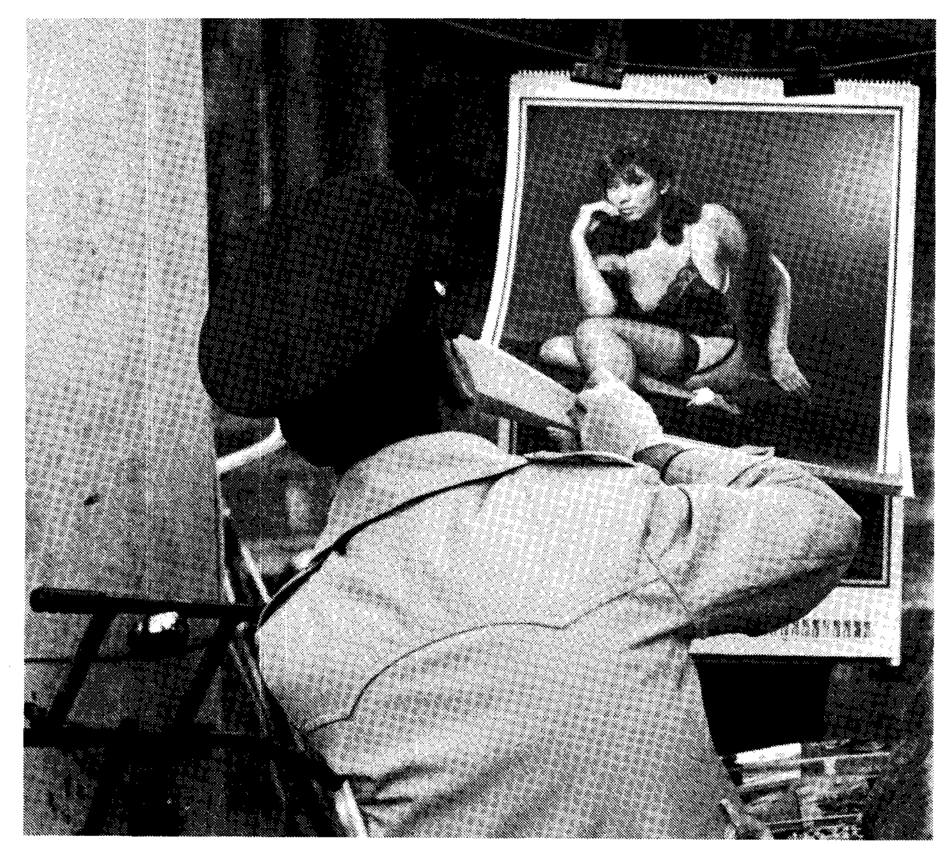
Nan dao, nü chang!

Prostitution im heutigen China

Beijing wird für den Empfang der Frauen dieser Welt gesäubert. Unter anderem startete die Regierung im Vorfeld der UNO-Frauenkonferenz eine Kampagne gegen Prostitution. Von Januar bis Juli 1995 sind in Chinas Hauptstadt 841 Personen festgenommen worden, die beschuldigt werden, sich prostituiert oder käuflichen Sex in Anspruch genommen zu haben.

Heute gibt es in China schätzungsweise eine Million Prostituierte. Prostitution ist an sich nicht strafbar. Zu Maos Zeiten wurde sie als feudales Überbleibsel betrachtet und die Prostituierten als deren bedauerliche Opfer. Juristisch belangt – im Höchstfall mit dem Tode – werden daher auch heute nur Zuhälter, Mädchenhändler und Bordellbesitzer. Zwar machen sich auch die Kunden strafbar, sie kommen aber meist mit einer Geldbuße davon. Jedoch gilt jeder Geschlechtsverkehr mit einem Mädchen, das jünger ist als 14 Jahre, als Vergewaltigung und wird entsprechend schwer bestraft.

In einigen Städten, so in Kanton, gibt es Besserungsanstalten für Prostituierte. Wiederholungs"täterinnen" sollen sich dort für die Dauer von drei bis sechs Monaten aufhalten, etwaige Geschlechtskrankheiten auskurieren und neben einem moralischen Erziehungsprogramm auch eine Berufsausbildung durchlaufen. Andere Provinzen und Städte weisen Prostituierte für zwei bis drei Jahre in ein Arbeitslager ein. Sie wenden dabei den §160 des Strafgesetzbuches, der Unruhestiftung und Untergrabung der gesellschaftlichen Moral als „Rowdytum" unter Strafe stellt, analog auf die Prostitution an. Die so Bestraften zeigen sich allerdings wenig beeindruckt. Nach kurzer Zeit sind viele wieder im Geschäft, kann doch eine Prostituierte in den Zentren der Prostitution wie Shanghai oder Kanton in einer Nacht soviel verdienen wie eine ungelernte Arbeiterin in einem Jahr. Die Arbeitslager haben sich zur kostenlosen Info- und Lernbörse für Prostituierte entwickelt.[1]



Spannen kost' nix — Foto: Nelly Rau-Häring

Prostitution wurde im kommunistischen China nie ganz unterbunden. Zwar lancierten die Regierungsstellen nach 1949 Kampagnen, die eine Berufsausbildung und kostenlose medizinische Behandlung für ehemalige Prostituierte versprachen. Bereits in den Hungerjahren nach dem ‚Großen Sprung' (1958–61) erreichte jedoch die Prostitution wieder einen Höhepunkt, als sich Frauen für Nahrungsmittel prostituierten. Den nächsten Boom erfuhr das Gewerbe während der Kulturrevolution. Viele landverschickte Jugendliche sicherten sich in dieser Zeit durch Prostitution ihr Überleben oder eine Wiederzulassung für den Rückzug in die Stadt. Beidemale waren die Kunden der Prostituierten vornehmlich Kader und Militärs. Die berühmte Antwort des damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai auf die Frage, ob es in China Prostituierte gebe („Ja, in Taiwan") entsprach nie der tatsächlichen Situation.

Eine neue Welle der Prostitution erfaßte nach 1979 die Großstädte der Küstenregionen wie Shanghai und Kanton. Die erste Zielgruppe dieses Aufschwungs in den Großstädten waren westliche Ausländer sowie Hong Kong-, Macao- und Überseechinesen. Die Mehrheit der einheimischen Kunden ist zwischen 25 und 40 Jahre alt und verheiratet. Ihr Beruf ist von großer Mobilität geprägt, sie sind z.B. Einkäufer oder Seeleute. Trat die Prostitution zunächst nur punktuell in den Hafengebieten auf, hat sie sich inzwischen zu einem Flächenphänomen und zu einem umfassenden, von lokal organisierten Banden beherrschten Gewerbe entwickelt.

Internationale Dimensionen hat das Geschäft mit dem Frauenhandel vor allem in dem Dreieck Birma – Thailand – China an-

genommen. So werden Frauen des Volkes der Miao von Yunnan aus nach Thailand verkauft. Dort zählen die Chinesinnen zu den Prostituierten niederster Klasse.

Gehaltsaufbesserung und Frauenhandel

Nach amtlichen Angaben üben 63% der Prostituierten in China einen weiteren Beruf aus und verfügen über ein geregeltes Einkommen. Nur ein Bruchteil von ihnen stammt diesen – mit Vorsicht zu genießenden – Angaben zufolge aus ärmlichen Verhältnissen. 70% seien Jugendliche unter 20 Jahren, und der gleiche Anteil sei nicht verheiratet. Außerdem behauptet die chinesische Regierung, daß die Mehrheit der Prostituierten ihr Gewerbe freiwillig betreibe. Angesichts der zunehmenden Verarmung vieler Frauen, der steigenden Nachfrage sowie der Kontrolle des Gewerbes durch Banden von Menschenhändlern und Zuhältern muß jedoch von einem hohen Anteil in die Prostitution gezwungener Frauen und Mädchen ausgegangen werden.

Tatsächlich lassen sich die Prostituierten nach ihrer sozialen Herkunft grob in vier Gruppen unterteilen. Da sind zunächst Studentinnen, Lehrerinnen und Universitätsdozentinnen, die sich prostituieren, um die ständig sinkenden Monatseinkommen in Intellektuellenberufen aufzubessern. Manche spekulieren auch darauf, mit Hilfe eines ausländischen Geliebten China verlassen zu können. Zudem übt der neue städtische Luxus eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf sie aus.

Desweiteren bieten Kaderkinder und Töchter der „neuen Reichen" ihren Körper aus Langeweile an. Prostitution ist in den Großstädten ein „Sport" der „jeunesse dorée" der 90er Jahre. Ihre bevorzugte Zielgruppe sind Geschäftsleute und Studenten aus dem westlichen Ausland.

Eine große Anzahl der Prostituierten rekrutiert sich aus dem Heer von 120–180 Millionen MigrantInnen, die zur Zeit in China auf dem Weg vom Land in die Städte sind. Man sagt über sie: „nan dao, nü chang" (Die Männer stehlen, die Frauen prostituieren sich).[2] Oft handelt es sich um unverheiratete Frauen, die in den Städten eine Arbeit als Bedienstete, Kindermädchen oder Kellnerin zu finden hoffen. Durch die ungesicherten Arbeitsverhältnisse in der Stadt sind dann viele den Forderungen ihrer Arbeitgeber nach zusätzlichen sexuellen Dienstleistungen ausgeliefert. Andere landen direkt im Prostitutions-Milieu, nachdem Zuhälterbanden sie mit dem Versprechen auf einen Arbeitsplatz in die Stadt gelockt haben. Auch werden Frauen entführt und in die Prostitution verkauft. Nach einer Statistik des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit ermittelte die Polizei 1993 in 15.000 Fällen von Frauenhandel.

Schließlich bieten sich einheimische Frauen in Bergbaugebieten den Bergarbeitern an, die über ein relativ hohes Einkommen verfügen und oft nicht bei ihrer Familie wohnen. Häufig erwarten Mädchen die mobilen Bautrupps bereits am Bahnhof mit Preisschildern am Ärmel. Für die Prostitution hat sich eine eigene Währung entwickelt, das Schild „kuai" etwa bedeutet bei Prostituierten den Preis von 100 Yuan. In weiten Kreisen der chinesischen Bevölkerung wird Prostitution nicht als moralisch verwerflich empfunden. Prostituierte gelten als besonders zielstrebig und ihr Versuch, dem Dasein einer erschöpften Arbeiterin mit Kind zu entgehen, wird als legitim bewertet. Die staatlichen Kampagnen, die meist den schädlichen Einfluß „kapitalistischer Ideen" von „sexueller Befreiung" betonen, finden, wie die Polizei klagt, in der Bevölkerung weder Akzeptanz noch Unterstützung.

Beispielhaft für eine akzeptierte Form der Prostitution mag der folgende Fall stehen[3]:

„Eine Geschichtslehrerin einer Mittelschule in Chengdu in der Provinz Sichuan namens Mei machte die Prostitution wegen der Preissteigerungen und ihres niedrigen Einkommens zum Zweitberuf. Nachdem sie zuerst von anderen verleitet worden war, betrieb sie die Prostitution schon bald selbständig und aus eigenem Antrieb. Innerhalb von drei Monaten machte sie es 30mal und verdiente 700 Yuan. Sie legte für sich selbst vier Bedingungen fest, unter denen sie sich nicht prostituieren würde: bei Streß im Beruf, bei körperlichem Unwohlsein, in schlechter Stimmung und mit Männern, die ihr unsympathisch waren. (...) Frau Mei hat einen Fachschulabschluß. Ihr Mann ist Dozent an einer Universität in Chengdu. (...) Sie findet: ‚[Mit der Prostitution] schade ich weder meiner Familie noch tue ich meinem Mann etwas zuleide, denn schließlich trage ich mit dem verdienten Geld zum Familienunterhalt bei.'"

Jeder kassiert mit

Wie funktioniert nun das Geschäft? Prostituierte nehmen an öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, Häfen, Tanzhallen, Theatern, Parks und Restaurants unter dem Vorwand, auf Freunde zu warten, Arbeit zu suchen oder ein Geschäft zu betreiben direkt mit den Kunden Kontakt auf. Oder die Chefs und Chefinnen von Bordellen vermitteln Prostituierte an Restaurants und Hotels und kassieren dafür eine „Vorstellungs-" oder „Bettgebühr". Auch für Taxifahrer fällt etwas ab, wenn sie Fahrgästen Bordelle empfehlen und sie hinbringen. In Kanton wurden Taxifahrern von Prostituierten und ihren Kunden 30 Yuan dafür bezahlt, sie in eine einsame Gegend zu fahren und eine Stunde im Auto allein zu lassen. Desweiteren sind organisierte Banden an dem Geschäft beteiligt. Diese verdienen zum einen an der Vermittlung der Mädchen und zum anderen, wenn sie den Kunden erpressen, nachdem sie ihn beim „Ehebruch ertappt" haben.

Der Großteil der Prostitution findet jedoch in Karaokebars, Discos, Tanzhallen, Saunas, Friseur- und Massagesalons statt, die oft bis in die Morgenstunden geöffnet haben. Die „Masseurinnen" sind in der Regel jung und verfügen über keine medizinischen Fachkenntnisse. In Kanton ist es gesellschaftlich chic, wenn Betriebschefs auf Betriebskosten zur „Massage" ausgehen. Eine Stunde kostet 40–50 Yuan. Die „Massage" dauert dann manchmal die ganze Nacht. Solche Unternehmen werden nicht selten von der Volksbefreiungsarmee betrieben oder von hohen Kadern protegiert. Ähnlich wie die Bordelle sind sie schwer zu identifizieren und noch schwerer auszuheben.

Die fortwährenden Kampagnen der Regierung richten sich weniger gegen den Frauenhandel oder andere Formen erzwungener Prostitution, sondern gegen die Prostituierten selbst. Es wird versucht, eine negative Einstellung der Bevölkerung gegenüber Prostituierten anzufachen. Ängste werden geschürt, wenn behauptet wird, Prostituierte seien Trägerinnen von Geschlechtskrankheiten und verbreiteten Aids. Angeblich sollen über 70% der Prostituierten und 40% ihrer Kunden eine Geschlechtskrankheit haben.

Anders als in Taiwan haben die Prostituierten in der Volksrepublik bisher keine Lobby, von einer eigenen Vertretung ganz zu schweigen. In China gilt jede Organisation außerhalb der staatlichen Verbände als potentiell konterrevolutionär. Genausowenig wie offizielle Regierungsstellen thematisiert der ‚Allchinesische Frauenverband' die Prostitution. Während sich an jedem Büchertisch mindestens ein Werk über Kurtisanen und Kurtisanenkultur des kaiserlichen China findet, gibt es kaum sozialwissenschaftliches Material zum Thema ‚Prostitution'. Die Gründe für das Wiederaufleben der Prostitution werden auch nicht in der chinesischen Gesellschaft gesucht; vielmehr machen politische Stellen Ausländer, ausländische Einflüsse und die Frauen selbst für das Phänomen verantwortlich.

Damit deutet sich heute eine Kehrtwende in der staatlich propagierten Politik des Frauenschutzes an: Galt im maoistischen China die Prostituierte noch als Opfer patriarchaler Gewohnheiten, stempelt sie der staatlich betriebene Politdiskurs inzwischen zur Mittäterin.

Astrid Lipinsky

Anmerkungen:

1) Linda Wong: China's urban migrants – the public policy challenge, in: Pacific affairs vol. 67 no. 3, 1994, S. 341; vgl. auch Terre Des Femmes Städtegruppe Bonn (Hrsg.:) Prostitution in China, Bonn 1995.

2) Jiushi niandai [The Nineties], Mai 1995, S. 55–57

3) Der Fall ist einer Pressemitteilung der Polizei entnommen (zitiert und übersetzt nach: Mao Lei, Zhongguo nüxing xingfanzui toushi [Gründliche Untersuchung über die Sexualstraftaten von Frauen in der Volksrepublik China]; in: Minzhu yu fazhi [Democracy and Law] No. 163, Februar 1993).

Lebe wohl mein Konfuzius

Veränderung weiblicher Ästhetikkonzepte

Der aktuelle gesellschaftliche Wandel in China durchdringt sämtliche Lebensbereiche – nicht zuletzt auch Kunst und Literatur. Nora Sausmikat hat sich mit den Veränderungsprozessen im Bereich weiblicher Ästhetik beschäftigt. Nach einem historischen Abriß stellt sie fest, daß Autorinnen in den achtziger und neunziger Jahren nicht nur eine neue Sprache entwickelt, sondern sich auch neuen Inhalten wie weiblicher Lust und Sexualität zugewandt haben.

Auf dem Gebiet der sog. Frauenästhetik und -kunst eröffnet sich wohl der größte Graben zwischen westlichen und östlichen Forschungen und Intentionen. Wenn es sich auch anzubieten scheint, Parallelen und Vergleiche mit der feministischen Ästhetikdebatte im Westen zu ziehen, die vor allem die Objekthaftigkeit der Frau problematisierte, sollten wir die Differenz der Kulturen und Kulturentwicklungen nie aus den Augen verlieren.

Die Aufarbeitung von Weiblichkeitsdarstellungen (oder: Stereotypisierungen) bildete im Westen den Anfang des Diskurses um weibliche Ästhetik. Wichtig ist jedoch, in welcher gesellschaftlichen Bewegung dieser Diskurs wurzelte. Der Feminismus der 60er und 70er Jahre in Europa und Amerika war ein parteiischer, anklagender und rebellischer Ausruf des neu erwachten weiblichen Selbstbewußtseins, der die Weiblichkeit als weltpolitische Alternative und Instrument der Hoffnung funktionalisierte. Man beschäftigte sich mit weiblicher Ästhetik, um auch auf diesem Gebiet die allumfassende Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen sichtbar zu machen und ideologiekritisch das Verhältnis von Weiblichkeitsdarstellungen und Macht aufzudecken.

Chinesische Ästhetik unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten zu betrachten, war in der VR China (seit 1949) bis auf



Kosmetik und Mode gefährden den Staat

wenige Ausnahmen gleichbedeutend mit der Ästhetikgeschichte bzw. Kunstgeschichte der Darstellung von Männern oder Frauen, meist auf der wissenschaftlichen Basis des historischen Materialismus. Dies bedeutete gleichzeitig, eine Kulturgeschichte des Konfuzianismus nachzuzeichnen.

Durch die Öffnung Chinas nach außen begann ein Prozeß der Sensibilisierung für frauenspezifische Probleme, auch für Schönheitsnormen, da mit der Reformpolitik auch eine größere Freiheit z.B. in den Geschlechterbeziehungen, aber auch in der Frauenmode eintrat. Nach dem Puritanismus der Kulturrevolution, der soweit ging, daß öffentlicher Körperkontakt zwischen Mann und Frau geahndet wurde, traten Anfang der 80er Jahre Phänomene wie zunehmende Prostitution und Mädchenhandel – unter anderem Nebenprodukte der Wirtschaftsreform – wieder in die Öffentlichkeit. Gleichzeitig entstanden aber gesellschaftliche Zwischenräume, in denen mit Geschlechterrollen experimentiert wurde. Vor Zeitschriften wie der 1980 erschienenen „Shizhuang" („Mode") wurde ge-

warnt, weil befürchtet wurde, die darin enthaltenen Tips für Kosmetik und Mode würden die „nationale Identität" und persönliche Moral und Gesundheit der Frauen gefährden. Sexuelle Begierde wurde auch jetzt wieder mit tierischen Instinkten verglichen und tabuisiert. Eine Neuorientierung und Auflockerung des Gesellschaftsgefüges im Sinne einer neuen Freiheit zwischen den Geschlechtern konnte dennoch nicht aufgehalten werden.

Hinzu kam, daß das massive Auftreten westlicher Konzerne auf dem chinesischen Markt eine Anzahl von Übersetzungen feministischer Werke mit sich brachte, die in akademischen Kreisen lebhaft rezipiert wurden. Frauen konnten die Geschlechterdifferenz wieder thematisieren, was bis dahin als bourgeois verpönt war.

In China wurzelt daher die Beschäftigung mit Frauenstudien und „weiblicher Ästhetik" in einer jungen Kulturbewegung, die im Begriff ist, die Tradition einer Nation, die durch jahrzehntelange innere und äußere politische Wirren ihre Wurzeln verloren hatte, neu zu definieren. Gerade nach der Kulturrevolution gab es in akademischen sowie literarischen Kreisen ein sog. „Kulturfieber", eine neue Betrachtungsweise der eigenen kulturellen Wurzeln. Dadurch wurden sowohl die Beschäftigung mit Frauenstudien und Weiblichkeitsvorstellungen als auch ihre Funktionalisierung in der chinesischen Tradition und Moderne erst möglich.

Wiederentdeckung des Weiblichen

Der rasante Wechsel der Frauenbilder im Laufe der kurzen Geschichte der VR China, vor allem vor dem Hintergrund der Reformpolitik, machte eine Reflexion der Frauenbilder dringend nötig. Sich mit weiblicher Ästhetik zu beschäftigen, bedeutet in China nicht wie im Westen, nach Faktoren zu suchen, die die weibliche Schaffenskraft unterdrücken oder die Werke weiblicher Künstlerinnen zu analysieren, sondern ist in den meisten Fällen eine Sichtbarmachung von gesellschaftlichen und ästhetischen Normen, Werten und Anforderungen an das weibliche Geschlecht im Laufe der Geschichte. Dies beinhaltet auch, Weiblichkeitsvorstellungen in der chinesischen Kulturgeschichte zu thematisieren.

Weibliche Ästhetik galt zunächst als Sammelbegriff für das sich wandelnde Frauenbild in China, da erst der öffentliche Raum erobert werden mußte, um ein Verständnis für geschlechtsspezifische Wahrnehmungsweisen schaffen zu können. Nicht die Kritik einer Funktionalisierung von Frauen stand im Vordergrund, sondern die Bewertung und Genese der Schönheitsbegriffe an sich. Bücher, wie „Nüxing guannian de yanbian" (Entfaltung der weiblichen Vorstellungen) von Du Fangqin versuchen eine historische Aufarbeitung und Kategorisierung, die auf der Basis des historischen Materialismus den Zusammenhang von gesellschaftlichen Werten und Weiblichkeitskonzeptionen thematisiert. Du Fangqin zeichnet die Schönheitsvorstellungen und das Frauenbild der gesamten chinesischen Zivilisationsgeschichte nach und bewertet dabei z. B. die Schönheitsideale der Mingdynastie (1368–1644) und der Quingdynastie (1644–1911) als pervertierte Vorstellungen (in dieser Zeit wurde z. B. vor allem das Schönheitsideal von gebundenen Füßen kultiviert).

Die traditionellen konfuzianischen Attribute für Weiblichkeit wie Weichheit, Anmut und Zurückhaltung bildeten immer wieder Anlaß einer verdeckten Pro- und Contra Diskussion über „weibliche Schönheit" bzw. „weibliches Schönheitsempfinden".

Ästhetische Experimente

Ungewöhnlich deutlich wird die Kritik bei Sun Shaoxian in seinem Buch „Nüxing zhuyi wenxue" (Feministische Literatur). Frauen seien in einer männerzentrierten Welt zum reinen Vergnügungsobjekt geworden. Frauen müßten lernen, auf einer Ebene mit Männern zu stehen und ihr eigenes Urteilsvermögen und Selbstbewußtsein aufzubauen. Es gibt also mittlerweile in der VR China durchaus Positionen, die mit solchen aus der westlichen feministischen De-

Der Konfuzianismus und die Frauen

Seit dem Beginn unserer Zeitrechnung war der Konfuzianismus zur Chinesischen Staatsdoktrin erhoben worden und begründet alle sittlichen und gesellschaftlichen Regeln des Zusammenlebens. Im Laufe der Jahrhunderte erfuhr er bedeutende Wandlungen und Neuinterpretationen. Das konfuzianische Frauenbild basiert auf der hierarchisch organisierten Gesellschaftsstruktur, wie sie Konfuzius (551 – 479 v. Chr.) entworfen hat.

Frauen standen am Ende der Hierarchie und hatten sich dem „san cong", dem dreifachen Gehorsam (als Mädchen dem Vater, als Ehefrau dem Ehemann, als Witwe dem Sohn) und den „si de", den vier Tugenden (Keuschheit, sprachliche Korrektheit, Höflichkeit, feine Handfertigkeit) zu beugen. Eine anständige konfuzianische Frau darf nach dem Tode ihres Gatten nicht wieder heiraten und ist zu lebenslanger Trauer angehalten – ein Postulat, das bis in die Moderne erhalten blieb. Frauen haben insgesamt keusch zu sein und sich durch Zurückhaltung, Ertragen allen Leidens und Schweigsamkeit auszuzeichnen. Sexuelle Lust wurde ihnen nicht nur abgesprochen, sondern zur Wurzel der Verhängnisse der Menschheit gemacht. Doch diese Zuschreibungen erfuhren im Laufe der Jahrhunderte vielfältige Wandlungen, die hier in Bezug auf das Ästhetische nur kurz skizziert werden sollen.

Die konfuzianischen Klassiker priesen die Schönheit der Frau in unmittelbarem Zusammenhang mit den ihr anbefohlenen Tugenden wie Aufopferungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein, Fleißigkeit und Ehrerbietigkeit, sie übte Vorbildfunktion für die Familie aus. Während sich Frauen in der Zhou-Zeit (1027 – 256 v.Chr.) noch an der Regierung und an Militäraktionen beteiligen durften, beschränkte man später die Tugendhaftigkeit einer Frau auf die Familie. Schönheit bzw. Attraktivität wurde von der Tugendhaftigkeit abgelöst. Das Bild der „Femme fatale", der männerverschlingenden, attraktiven Frau, existierte bereits bei den Klassikern, entwickelte sich aber in zunehmendem Maße zu einem beliebten Motiv in der Literatur (die „Fuchsfee" war Sinnbild der attraktiven Frau, die Männer ins Unglück stürzte) und verstärkte sich immer dann, wenn Frauen zuviel politischen Einfluß gewannen (als Konkubinen oder als verwitwete Kaiserinnen). Das Motiv der „Fuchsfee" gründet sich in der Auffassung, Frauen neigten zu Triebhaftigkeit, Willensschwäche und Eitelkeit und verfügten überdies weder über Selbstdisziplin noch über „moralische Qualifikation". Für Fehlentscheidungen in der Regierung oder Ausschweifungen wurden oft die Frauen aufgrund ihrer Schönheit und Attraktivität verantwortlich gemacht. Schönheit und Attraktivität der Frau wurden zur Gefahr für die Gesellschaft und nicht ihre Intelligenz. Das lieferte auch die Begründung dafür, die Frauen im abgeschlossenen Bereich der Familie zu isolieren.

Diese sich wandelnden Schablonen lieferten auch den Rahmen für literarische Frauenfiguren. Mit dem Ende der Qing-Dynastie (1644–1911) und dem Aufbau der Republik wurde die Frau vor allem als Widerstandssymbol gegen die alte Gesellschaft und als Allegorie für Modernisierung funktionalisiert. Gerade weil sich viele feudale Gewohnheiten auf den Körper der Frau bezogen, tradierten, benützte man nun Frauenfiguren, die einen Stellvertreterkampf führen sollten. Die Literatur schuf Protagonistinnen, die eher den Wunschbildern der Autoren als der Wirklichkeit entsprachen. Weitere Stereotypisierungen folgten z. B. im Widerstandskrieg gegen Japan (1937–1945), in dem mutige, patriotische Frauen zu den effektivsten Widerstandsymbolen in der Literatur und Gesellschaft wurden.



batte verglichen werden können. Geschlechterkampf wie im Westen ist aber dennoch innerhalb des chinesischen Diskurses zweitrangig.
Der heutige Trend in China bezüglich der Ästhetik von Frauen ist antitraditionell und entfernt sich von Klassencharakteren, die der Literatur während und vor der Kulturrevolution aufoktroyiert wurden. Ähnlich wie in der „4. Mai Literatur (1919)“[1] kann man ein neu erwachtes Frauenselbstbewußtsein herauslesen, welches Frauen reindividualisiert und weibliche Erfahrungswelten thematisiert. Das bis zum Ende der Kulturrevolution uneingeschränkt geltende Dogma des didaktischen Dienstes der Künste für die Politik wurde Anfang der 80er Jahre zugunsten der Experimentierfreudigkeit von KünstlerInnen zurückgedrängt. Frauen äußerten sich in bisher unbekanntem Maße über ihr Innenleben. Psychologische Perspektiven in der Privatsphäre und Sexualität fanden sich in der Literatur, bis 1983/84 erneut durch die Kampagne gegen „geistige Verschmutzung und Pornographie“ diesen Experimenten ein Ende bereitet wurde.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre ging „weibliche Literatur“ von der Darstellung verallgemeinerter frauenspezifischer Erfahrung aus. Aufklärung und Einforderung weiblicher Rechte standen im Vordergrund. Vor allem zwei Merkmale prägen diese Periode: Weibliche Standpunkte und Erfahrungen wurden vor allem durch Entmystifizierung des Themenkomplexes Liebe und Heirat sichtbar gemacht. Liebe soll wieder auf einem ehrlichen und nicht nur auf einem revolutionären Gefühl aufbauen. Die Doppelbelastung und der Konflikt zwischen der vom Frauenverband propagierten Berufstätigkeit der Frau und ihrer traditionellen Zuständigkeit für Familie und Haushalt wurden zum Anlaß genommen, um grundsätzliche Schwierigkeiten chinesischer Frauen auf die gesellschaftliche und politische Ebene zu heben.

Literatur der Häßlichkeit

Traditionelle Bilder der harmonischen Liebe und Geschlechterbeziehung wurden zerstört. Erfahrungsbilder der weiblichen Lebenswelt traten zutage, die sich nicht mehr an den männlichen Projektionen der schönen, empfindsamen Frauengestalten orientierten, mit denen männliche Autoren das Leid der Welt beklagten.

Darüber hinaus wurden neue Typen der männlichen Protagonisten geschaffen, die nichts mehr mit den erlösenden, ritterlichen Helden der traditionellen Literatur zu tun hatten. Negative männliche Protagonisten zeichnen sich nicht durch Böswilligkeit oder Mutlosigkeit aus, sondern in der Unfähigkeit, ihre Frauen zu befriedigen.

Die meisten Schriftstellerinnen der ersten Generation der „weiblichen Literatur“ (geb. zwischen Ende 30er/40er Jahre) wie Zhang Jie und Zhang Kangkang haben sich von traditionellen Rollenzuweisungen gelöst. Sie sind z. B. geschieden oder ledig, und fordern eine Art Selbststärkung für Frauen ein, die sowohl eine ökonomische als auch psychische Unabhängigkeit zum Ziel hat. Diese Frauen tragen all die Widersprüche der Kulturrevolution in sich. Die meisten von ihnen haben während dieser Zeit entweder auf dem Land oder in der Fabrik für die „permanente Revolution“ gearbeitet. Aus ihren Schilderungen sprechen Desillusion oder verborgene Träume von alleinstehenden, geschiedenen oder verwitweten Frauen.

Dieser „subjektive Trend“ wurde manchen Autorinnen wie z. B. Yu Luojin zum Verhängnis, sie wurde wegen „bourgeoisen Ambitionen“ und „ungesunden politischen Tendenzen“ sowie einer „falschen“ Ästhetik verhaftet. Yu Luojin hat sich nicht wie Zhang Jie oder Zhang Kangkang vornehmlich auf die zwischengeschlechtliche Beziehung konzentriert, sondern machte mit ihren Romanen vor allem die Schattenseiten des modernen Chinas sichtbar. Alle Szenen, die explizit Sexualität thematisieren, wurden von der Zensur entfernt.
In der zweiten Hälfte der 80er Jahre veränderte sich die „weibliche Literatur“ vor allem stilistisch, eine viel beklagte „Verhäßlichung“ (chou`e hua) und Absurdität der Sprache griff um sich. Viele Schriftstellerinnen suchen aufgrund der in ihren Werken ausgedrückten Irrationalität der Gefühle nach einer neuen Sprache, die sich vollständig von der ästhetischen Norm löst. Ähnlich wie Li Xiaojiang, die es für notwendig hält, vor allem das geschlechternivellierende Menschenbild zu dekonstruieren, um ein zweigeschlechtliches wieder neu entstehen zu lassen, versuchen diese Schriftstellerinnen die Notwendigkeit eines Bruches mit der ästhetischen Norm durch den Bruch mit traditionellen Frauenrollen zu erklären. Aber nicht nur Absurdität und Groteske verändern die Sprache, sondern auch eine unverhohlene Direktheit bezüglich abstoßender Erlebnisse. Hierfür ein Textbeispiel von Zhang Jie aus ihrem Roman „Schwere Flügel“:

„Warum ist sie mit diesem Mann geschlagen? Wenn er ißt, sabbert er die zerkauten Brocken wieder aus den Mundwinkeln hervor, es würgt sie im Hals, wenn sie ihm zusieht, sie könnte speien. Wann immer es ihn überkommt, macht er in die Hosen, der Gestank schlägt einem schon von weitem entgegen. Trotzdem, mag er sabbern, pissen und kacken, sie wünscht ihm ein langes Leben. Er existiert längst nicht mehr als Ehemann und Vater ihrer Kinder, sonder als 200 Yuan Gehalt im Monat“. (Aus W. Kubin, 1989)

Frauen finden in der „Anti-Ästhetik“ (fan meixue) nicht nur die Möglichkeit, komplizierte Sachverhalte und Gefühle auszudrücken, sondern wollen auch „Krankheiten“ der Gesellschaft durch groteske und auf Handlungskontinuität verzichtende Texte darstellen. Diese neue, westlich in-

spirierte Stilrichtung ist nichts spezifisch Weibliches, sondern bei allen sog. „post-obskuren" oder „postmodernen" Dichtern und Schriftstellern der ausgehenden 80er und 90er Jahre zu finden. Die bisher empfindlichsten Themenbereiche wie Politik und Sexualität werden von den Autorinnen der neuen „weiblichen Literatur" enttabuisiert, indem sie mutig und für traditionell gesinnte Literaturwissenschaftler schockierend offen „das Innerste nach außen" kehren. Die meisten hier angesprochenen Autorinnen werden allerdings gemäß dem traditionellen, konfuzianischen Ethos als Personen und nicht als Schriftstellerinnen verurteilt, man zweifelt an ihrer Moral und Sittlichkeit.

Während also Autorinnen wie Zhang Jie, Zhang Kangkang u. a., die eher die Rechte von Frauen allgemein auf Liebe und ein selbstbestimmtes Leben einklagten, noch von der Literaturkritik wahrgenommen wurden und dadurch auch westlichen Sinologenkreisen zugänglich waren, bleiben Autorinnen, die den obskuren Stil mit der Thematisierung von sexueller Lust oder „abnormen" sexuellen Erfahrungen kombinieren, von der Kritikerwelt isoliert. Eine sehr neue Erscheinung auf dem chinesischen Literaturmarkt ist Lin Bai, die weibliche Masturbation, Lesbenbeziehungen oder auch die sexuelle Liebe mit einem Hund thematisiert. Es bedarf der engagierten Mühe von literaturwissenschaftlich interessierten Sinologinnen, diese neuen Phänomene auf dem chinesischen Literaturmarkt zu sichten. Die sog. „postmodernen Erzählerinnen" (wie Can Xue, die im Westen am bekanntesten ist, oder Cheng Ran, Hai Nan u. a.) grenzen sich stark von ihren Vorgängerinnen ab, indem sie den realistischen Stil verlassen und in einer irrealen abstrakten Bilderwelt den auf die Zweierbeziehung begrenzten Themenkreis durchbrechen, zeitliche Abfolgen nicht mehr beachten und z. B. Vergänglichkeit, Tod oder gesellschaftliche Mißstände und menschliche Unzulänglichkeiten problematisieren.

Die Literaturwissenschaftlerin Li Xiaojiang

Die bisher einzige und ausführlichste Analyse weiblichen Ästhetikbewußtseins hat die bekannteste „Feministin" und Literaturwissenschaftlerin in der VR China, Li Xiaojiang, vorgenommen. Sie untersucht historische und gegenwärtige Ästhetikkonzepte, wobei sie nicht nur deren Geschichte beschreibt, sondern im Vergleich von Ost und West die Besonderheiten der chinesischen Entwicklung herausarbeitet.

In ihrem Buch „Ergründung eines weiblichen Ästhetikbewußtseins" geht sie insbesondere auf die Auswirkungen des Konfuzianismus auf das weibliche Ästhetikbewußtsein ein. Frauen mußten ihrer Auffassung nach lange Zeit ihr Bedürfnis nach literarischer Selbstverwirklichung an männlich geprägten, konfuzianischen Vorstellungen von Weiblichkeit ausrichten oder sind für offene Äußerungen über z. B. sexuelle Begierde oder Liebesbeziehungen (wie z. B. die Dichterin Li Quingzhao, geb. 1083, die laszive Singgedichte verfaßt hat) geächtet worden.

Rückblickend auf die chinesische Ästhetikgeschichte konzentriert sich Li auf die konfuzianische Werteprägung, die ihre Wurzeln in der Verbannung der Frau aus der Produktion in das abgeschlossene Reich der Familie habe. Konfuzianismus bezeichnet sie als weltlich und auf die Praxis bezogen, wohingegen westliche Philosophien ganz andere Dimensionen der Ästhetik wie Freiheit, geschlechtliche Liebe oder Lust thematisieren können.

In China war Ästhetik eng an Moral- und Sittenvorstellungen gebunden und preßte die Leidenschaften in ein kultiviertes Korsett. So kam es, daß Frauenbilder entweder in idealtypischer oder moralisch-verwerflicher Weise beschrieben wurden.

Themenkomplexe wie „Liebe" und „Heirat", entsprechend verklärt und romantisch, waren in der traditionellen Literatur Chinas schon fast synonym mit weiblichen Charakteren. Diese wurden zunächst von weiblichen Schriftstellerinnen übernommen. Die Thematisierung von Liebesbeziehungen in der Literatur von Frauen sei aber auch, so Li, vielen Wandlungen unterworfen gewesen und mit der neuen Literatur der 80er Jahre hätte eine Entmystifizierung von Frauenfiguren, Liebesmythen und Familienbildern begonnen.

Als ein Hauptmerkmal des zeitgenössischen Ästhetikbewußtseins von Frauen stellt Li das Bedürfnis heraus, die Wahrheit (die sich von bisherigen Stereotypisierungen abhebt) benennen zu wollen und dem „weiblichen Selbst" Ausdruck zu verleihen. Für sie impliziert „Selbstsuche" (xunzhao ziwo) die Suche nach einem weiblichen Subjektstandpunkt, d. h. eine reflektierende Position, aus der sich selbstbewußte Handlungen ableiten. Eine inhaltliche Konzentration auf subjektive Lebensbezüge zeichne die meisten Werke von chinesischen Schriftstellerinnen der zweiten Hälfte der 80er Jahre aus, die zwar dem schriftstellerischen Stil schade, aber begründet sei durch den Bewußtwerdungsprozeß, in dem sich viele Frauen während der künstlerischen Aktion befänden.

Lis Analyse ist von dem Bemühen gekennzeichnet, der Weiblichkeit, wie sie seit 1949 nicht mehr offen gelebt werden durfte, wieder einen Stellenwert im Bewußtsein der Frauen zu geben und klar herauszustellen, daß Frauen eigene Lebenswelten und damit andere als Männer haben.

Schwesternschaft statt Individualismus

Verbindendes Element der doch sehr unterschiedlichen Schriftstellerinnen ist sicher die Suche nach einer weiblichen Identität, die den Ausgangspunkt der „weiblichen Literatur" bildete. Das „Ich" steht nicht mehr für ein kollektives Wesen, sondern ist Ort, an dem Sprache und Wirklichkeit aufeinander prallen. Das Selbst zu suchen, sich selbst bewußt zu werden als Frau, dies sind bei allen Schriftstellerinnen der 80er und 90er Jahre immer wieder auftauchende Formulierungen, um die eigene Motivation zu beschreiben. Nicht die Suche nach individualistischer Freiheit steht im Vordergrund, sondern nach Schwesternschaft, die z. B. alleinstehenden Frauen die notwendige psychische Unterstützung geben könnte. Hierzu noch einmal Zhang Jie:

„Ich bin vor 17 Jahren geschieden worden. Als Frau allein zu leben, ist in China viel schwieriger als im Westen. Eine alleinlebende Frau kann in Europa andere Männer haben. In China ist das undenkbar. (...) Viele Frauen möchten sich auf einen Mann verlassen können. Darum bleibt ihr Selbstbewußtsein unterentwickelt. Das müssen wir kritisieren. Viele haben das Gefühl, wenn sie keinen Mann haben, stürzt der Himmel ein. (...) Ja, ich bin der Meinung, die Frauen kommen hervorragend ohne die Männer aus. Man muß ihnen nur die Gelegenheit dazu geben." (Aus: M. Miosga, 1985).

Diese Frauen wollen ein Netzwerk aufbauen, das sie von Abhängigkeiten sowohl vom Staat als auch von der Familie befreien könnte. Sie engagieren sich für eine Welt, die ohne moralischen (konfuzianischen) Zeigefinger auskommt. Eine Welt mit selbstbewußten, sich artikulierenden Frauen, die entweder ihre Weiblichkeit wieder leben können ohne das Dogma, „genauso stark wie ein Mann" sein zu müssen, oder eine Art „weiblicher Kultur" schaffen, in der andere Maßstäbe als die traditionellen gelten.

Nora Sausmikat

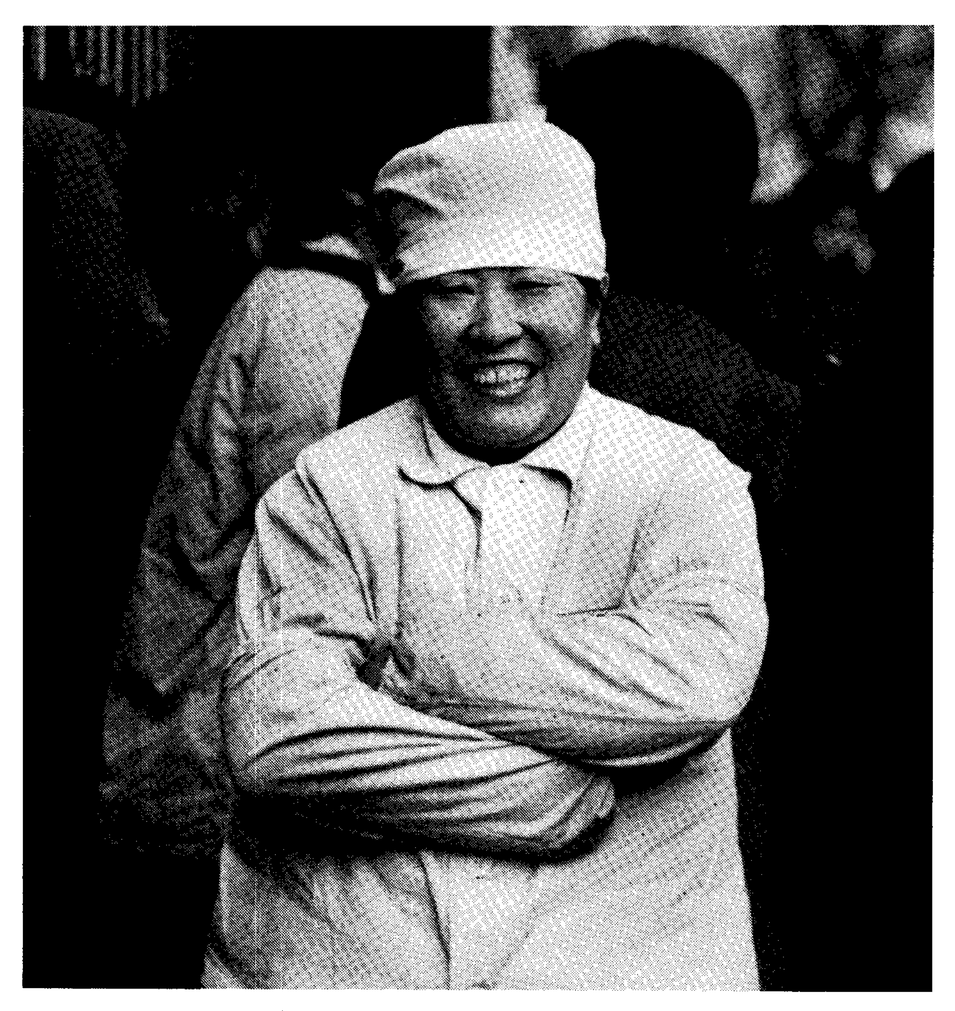
Anmerkungen

1) Die Bewegung des 4. Mai 1919 war eine intellektuelle, soziale und politische Reformbewegung, vor allem von der Jugend getragen, die sich als „Neue Jugend" bezeichnete. Ihre Ziele waren nationale Unabhängigkeit, Befreiung des Individuums und die Herstellung einer gerechten Gesellschaftsordnung durch die Modernisierung Chinas in direkter Anlehnung an den Westen. Als Prämisse galt, daß die geistige Erneuerung der technischen Modernisierung vorausgehen müsse. Die „Neue Jugend" kritisierte Traditionen und vermittelte westliches Gedankengut, auch im literarischen Bereich.

Unbeschreiblich weiblich

Frauenbilder im Wandel

Mit dem enormen Wandel, der sich in der Volksrepublik China seit Ende der 70er Jahre in allen gesellschaftlichen Bereichen vollzieht, hat sich nicht nur die reale Situation für chinesische Frauen verändert. Auch das Frauenbild, bis vor einigen Jahren noch fest im ideologischen Griff des Parteiapparats, ist ein anderes geworden, sowohl in den Medien als auch in der sich zunehmend ausbreitenden chinesischen Frauenbewegung.



Produkt von Maos Propaganda — Foto: Nelly Rau-Häring und R. Maro

Die neuen, sich zum Teil gegenüberstehenden Frauenbilder schlagen sich nicht zuletzt im Sprachgebrauch nieder. Sie erfahren eine Verbindung durch den Begriff nüxing – eine Bezeichnung für Frau –, der heute eine Renaissance erlebt. Der Begriff symbolisiert vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem bisherigen, maoistisch geprägten Frauenbild, das durch den Begriff funü ausgedrückt wird.

Beide Begriffe haben eine konkrete ideologische Bedeutung. Der Begriff nüxing – was wörtlich übersetzt „weibliches Geschlecht" heißt – ist ein literarisches Produkt des nachkaiserlichen China vor allem der 20er Jahre dieses Jahrhunderts, das sich stark an ein westliches Frauen- und Männerbild anlehnt. In der Volksrepublik dagegen herrschte spätestens ab 1949 ein völlig anderes Geschlechterkonzept, das sich insbesondere gegen „den Westen" und „den Imperialismus" richtete und die Befreiung der Frauen für sich reklamierte.

Von der eisernen Arbeiterin...

Die Ideologie der Volksrepublik brachte eine neue maoistisch-kommunistische Frau hervor, die funü. Diese Frau sollte, dem sino-marxistischen Menschenbild entsprechend, vor allem politisch und geschlechtslos sein, um sich als soziale Klasse zu befreien. In der Praxis bedeutete dies, daß es zum Beispiel kein geschlechtsspezifisch ausdifferenziertes Berufsbild wie in Deutschland gab. Frauen und Männer leisteten die gleiche Arbeit und erreichten den gleichen Berufsgrad. Gleichzeitig wurden Leistungen, Stärken und Errungenschaften von Frauen stets hervorgehoben. Eine Widersprüchlichkeit der maoistischen Ideologie zeigte sich also darin, daß die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern doch immer wieder betont wurde.

Auch das Konzept von Körper, Hygiene und Sexualität baute auf der Geschlechterbinarität auf. Für Frauen bedeutete das eine Zerreißprobe, mußten sie sich doch innerhalb einer Ideologie zurechtfinden, die einerseits die Gleichheit der Geschlechter betonte und gleichzeitig deren Unterschiedlichkeit bekräftigte. Dazu kam, daß Frauen in ihren unterschiedlichen Rollen mit unterschiedlichen Erwartungen kon-

frontiert wurden: zum einen als Ehefrau, Mutter, Schwiegertochter und Hausfrau, zum anderen als ‚eiserne Arbeiterin' und Heldin.

... zur Renaissance von Weiblichkeit

Das neue Frauenbild der Medien steht in einem scharfen Kontrast zum bisherigen, offiziellen, maoistischen Frauenbild. Die neuen Frauen in den Medien sind keine „eisernen Arbeiterinnen im Maoanzug" (die sog. ‚Modellarbeiterinnen' hatten v. a. in den 50er Jahren große Vorbildfunktion), sie sind nicht einfach Ärztinnen, Direktorinnen oder Ingenieurinnen, sie strahlen weder Heldinnentum aus noch verkörpern sie das „politische Wesen". Die neue chinesische Frau, wie sie in Zeitschriften, Werbung, Witzen und Geschichten dargestellt ist, scheint die klassische Weiblichkeit westlicher Art zu verkörpern. Ihr Interesse scheint sich auf modische, feminine Kleidung, Kosmetik, die Sorge um das Wohlergehen des Ehemannes und des Kindes zu beschränken. Innerhalb dieses Weiblichkeitsideals wird sie über den sozialen Status ihres Ehemannes definiert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die neue chinesische Frau als liebende Ehe-, Hausfrau und Mutter bloß ein Konstrukt oder ein tatsächliches gesellschaftliches Phänomen ist. Fakt ist, daß sich in den Medien das Frauenbild stark gewandelt hat und sich zunehmend auf den Alltag auswirkt. Man trifft es zunehmend in der Wirklichkeit an, da viele Frauen oftmals gar keine andere Möglichkeit haben, als ihm zu entsprechen. Viele Frauen haben durch die Reformprozesse ihren Arbeitsplatz verloren, und der Verlust der Berufsarbeit wird durch den Gewinn von Familienarbeit – als alleinige Aufgabe – kompensiert.

Die Befreiung von der Befreiung

Ein ebenfalls neues, aber ganz anderes Frauenbild zeigt sich in Teilen der chinesischen Frauenbewegung, die ihre Sicht auf die gesellschaftliche Situation der Frauen verändert hat. Lange Zeit hieß es innerhalb der offiziellen Frauenszene, die Chinesinnen seien befreit und emanzipiert. Diese Ansicht wird mittlerweile nicht mehr durchgängig geteilt. Vor allem in den nicht offiziellen Institutionen und im Bereich der Frauenforschung, die sich im Laufe der 80er Jahre zu einer starken Konkurrenz des offiziellen „Allchinesischen Frauenverbandes" entwickelt haben, wehren sich die Frauen vermehrt gegen das maoistische Bild von der befreiten Frau. Dort wird heute vor allem über Gefahren des wirtschaftlichen Reformkurses für Frauen, ihre Beteiligung am politischen Prozeß, ihre beruflichen Karrierechancen und das Verhältnis



Konstrukt oder real existierendes Gesellschaftsphänomen?

von Frauenemanzipation und gesellschaftlicher Entwicklung diskutiert.

Mit der Kritik am Bild der vollständig emanzipierten Frau ist ein neues Selbstbewußtsein und eine neue Selbsterkenntnis vieler Frauen entstanden. Das Frauenbild, das daraus folgt, bricht aus den engen maoistischen Kategorien und ihren Frauenbildern aus und scheint den alten Staub und Mief abzuschütteln. Es grenzt sich ab von der „Befreiung der (Klasse) Frau".

Die beiden neuen Frauenbilder – das der Medien und das von Teilen der Frauenbewegung – sind also zwei Seiten einer Medaille. Beide lehnen sich gegen das maoistische Frauenbild auf, aber beide bestätigen ebenso Teile davon. Zu verbinden scheint sie ein Begriff – nüxing –, der nach westlichen feministischen Vorstellungen sowohl ein konservatives, als auch ein progressives Element in sich birgt. Einerseits verkörpert er eine traditionelle westliche Vorstellung von (Männlichkeit und) Weiblichkeit, andererseits ist er ein politisches Symbol der Auflehnung und Infragestellung des programmatisch verfestigten maoistischen Frauenbildes.

Dominique Schirmer

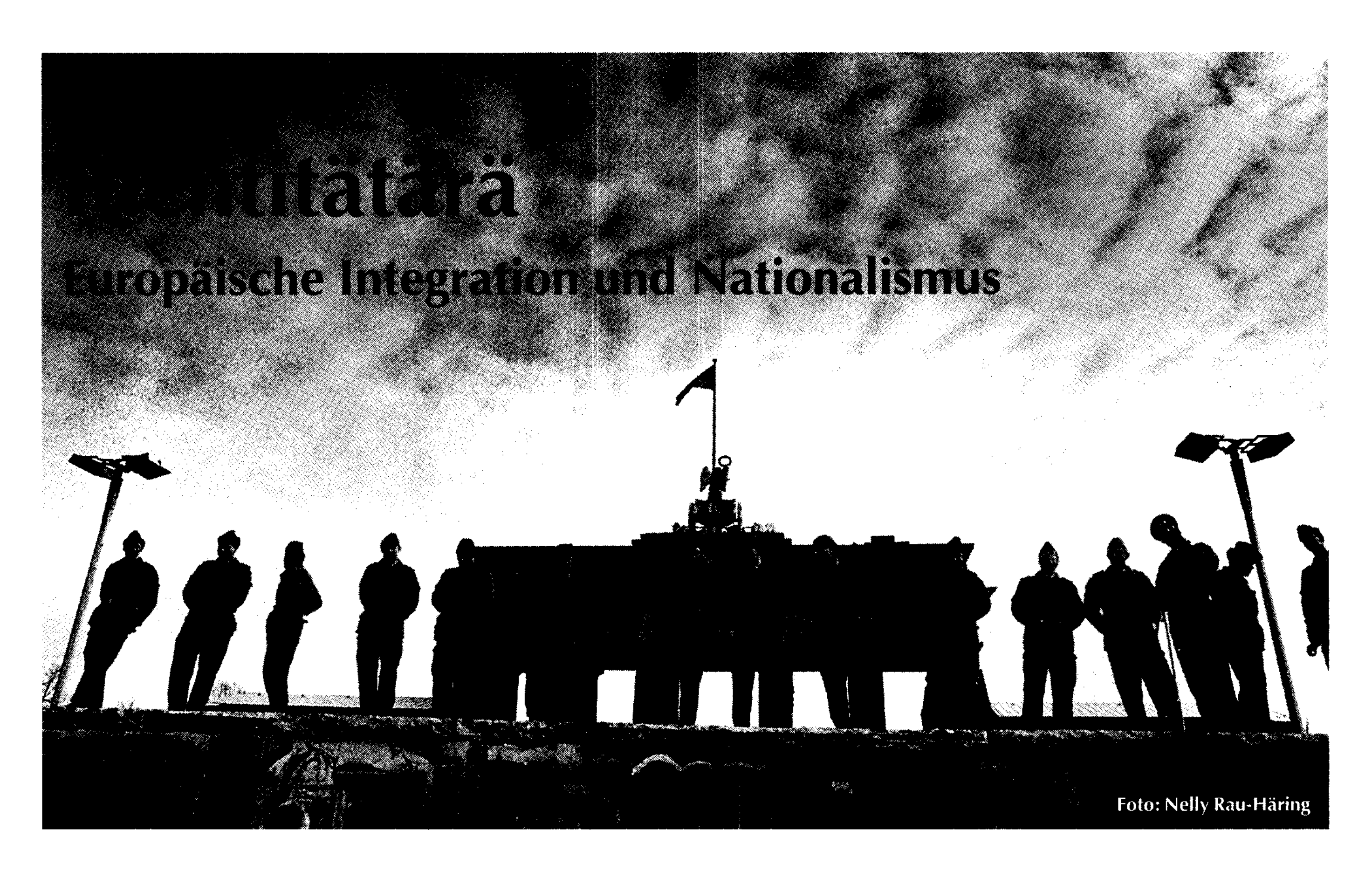


Foto: Nelly Rau-Häring

In den vorangegangenen Beiträgen unserer Reihe ,Verschiebungen im politischen Diskurs seit 1989 standen die Begriffe „Multikulturalismus", „Volk" und „Nation" im Mittelpunkt. Am Beispiel des Spannungsverhältnisses von propagierter europäischer Integration und gleichzeitigen Höhenflügen deutsch-nationalistischer Politik und Ideologie gehen wir in dieser Folge der Hochkonjunktur des Identitätsbegriffes nach.

Von dem Wörtchen Identität geht seit dem Zeitalter der Aufklärung ein ungebrochener Zauber aus. Mit keinem anderen Wort wird derzeit soviel persönliches Wohlbefinden und kollektives Wohlergehen assoziiert.

Identität steht nach den Ereignissen des Jahres 1989 höher im Kurs denn je und soll helfen, der entstandenen Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken. Das Jahr 1989 steht für die Auflösung des Blockgegensatzes. Die Staaten des realexisitierenden Sozialismus brachen zusammen, und mit der deutschen Wiedervereinigung wurde, die seit 1945 bestehende Nachkriegsordnung und ihre Ideologien endgültig Teil der Vergangenheit. Diese geschichtliche Zäsur hinterließ Spuren im politischen Diskurs um Selbstverständnis und Selbstdefinition der Nationalstaaten – insbesondere Deutschlands – sowie der supranationalen Institution der Europäischen Union.

Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft standen ökonomische Motive im Vordergrund, erst später sollten normative Elemente wie das der „freien, westlich-demokratischen Wertegemeinschaft" hinzukommen. Solche normativen Elemente waren dann zunächst hauptsächlich die Abgrenzung vom Feindbild ,Kommunismus' und die enge juniorpartnerschaftliche Bindung an die USA. Diese Form der Selbstdefinition ist mit den Ereignissen von 1989 obsolet geworden. Europa tritt nun neben der wirtschaftlichen auch in eine außen- und sicherheitspolitische Konkurrenz zu den USA. Nicht nur Politiker des konservativen Spektrums stellen die NATO vermehrt in Frage und streben stattdessen eine Intensivierung der westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) an. Es wird eine eigenständige Sicherheits- und Außenpolitik eingefordert und auch praktiziert.

Gibt es eine europäische Identität?

Eine Supranation scheint zu entstehen. Der Maastricht-Vertrag von 1992 legte das gemeinsame Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion fest. Das am 26.3.95 in Kraft getretene Schengener Abkommen hob für sieben EU-Mitgliedsstaaten die gemeinsamen Binnengrenzen auf und verstärkte die Kontrollen an den Außengrenzen. Neben diesen gemeinsamen realen Herrschaftsakten ist der Einigungsprozeß auch von dem Bestreben gekennzeichnet, das sich verfestigende Gebilde EU normativ zu begleiten und zu legitimieren. Die Menschen in Europa sollen sich ihrer Geschichte, ihrer Gemeinsamkeiten und vor allem der auf sie zukommenden Aufgaben bewußt werden. Es geht um eine Identität Europas im Weltmaßstab, und diese soll durch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik sowie durch eine Rechtsangleichung manifest werden. Europa wächst zusammen, und das bedeutet Abschottung und Abgrenzung nach außen und Homogenisierung nach innen, obwohl gerne von einer prinzipiellen Offenheit, was Neumitgliedschaften angeht, geredet wird.

Auch für Deutschland veränderte sich innerhalb der EU nach 1989 viel: Die Wiedervereinigung führte zu einem ökonomischen und politischen Machtzuwachs. Des weiteren ist Osteuropa als „Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik" wiedergekehrt, wie uns das sogenannte ,Schäuble-Papier' (Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Europapolitik vom 1. 9. 94) versichert. Deutsche Interessen spielen in Europa eine zunehmend dominante Rolle. Das alleinige Vorpreschen bei der Anerkennung der neuen Staaten Ex-Jugoslawiens ist dafür nur ein Beispiel.

Im Inneren beobachten wir eine Zunahme völkisch-nationalistischer Begründungsmuster bei der Durchsetzung politischer Zielvorstellungen, wie z.B. bei der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Sommer 1993. Der wiederbelebte Diskurs über und die Einforderung von „nationaler Identität" hat lange schon die elitären Zirkel der sogenannten Neuen

Rechten verlassen und ist bis zu linksnationalistischen Strömungen in der PDS vorgedrungen.

Wie paßt das nun alles zusammen? Die fortschreitende Integration innerhalb der EU steht einer gleichzeitigen Zunahme bzw. Renaissance nationalistischer Ordnungsvorstellungen gegenüber. Zweifellos existiert hier ein Spannungsverhältnis, stellt doch der europäische Einigungsprozeß die Nationalstaatsgedanken in vielfältiger Weise in Frage, wie z. B. durch die Delegierung nationaler Kompetenzen an die Institutionen der EU – von Souveränitätsrechten also, die seit der Entstehung moderner Nationalstaaten dessen elementare Bestandteile waren und sind.

Das Bindeglied zwischen beiden Polen stellt die situative Instrumentalisierbarkeit von Identitätskonstruktionen dar. Allenthalben ist man auf der Suche nach Identitäten und fordert diese für sich, sein eigenes Kollektiv oder für andere Kollektive ein. Einmal mit einer Identität ausgestattet fällt es nicht mehr schwer, sich in dieser gerade gewonnenen Identität bedroht zu fühlen und daraus politische Forderungen abzuleiten.

Das wesentliche Merkmal des Identitätsbegriffes ist dabei die Tatsache, daß er sich nicht aus sich selbst heraus erklären kann, sondern immer äußere Faktoren zu seiner Konstitution benötigt. Wenn die nationale oder die europäische Identität für Deutschland und die Deutschen oder Europa eingefordert wird, sagt das nichts über den speziellen Inhalt einer deutschen oder europäischen Identität aus. Die Forderung nach Identität ist eine nach etwas Unbestimmtem und Unbestimmbarem.

Integration durch Abgrenzung?

Zur Auffüllung dieser Inhaltsleere wird häufig eine spezifische Kultur angeführt. Indes, kulturelle Erscheinungsformen und Ausdrucksweisen lassen sich in modernen Gesellschaften nicht durch Grenzen bestimmen, und sie gelten beileibe nicht für alle Mitglieder des gedachten Kollektivs. So haben auch die Versuche, eine kulturelle Identität zu definieren, immer das Moment der Abgrenzung zur Grundlage. Das Feiern vermeintlich deutscher Tugenden wie Pflichterfüllung, Fleiß etc. gewinnt seinen Sinn erst dadurch, daß die Untugenden von anderen Kollektiven in negativer Weise mitgedacht werden. Rassistische Stereotype haben und hatten seit jeher die Funktion, das Selbstwertgefühl des eigenen Kollektivs mit der Erniedrigung der anderen zu verbinden. So kann man sich seiner europäischen Identität versichern, indem man sich bewußt ist, nicht ein bombenwerfender islamischer Fundamentalist oder ein kultur- und geschichtsloser US-Amerikaner zu sein.

Das Gerede von Identitäten und ihren Merkmalen fußt also auf der Konstruktion von Gegensatzpaaren und ist damit leicht zur Konstituierung des kollektiven Eigenen und Fremden zu instrumentalisieren. Das gilt vor allem, wenn es gelingt, mit der Betonung bestimmter Merkmale die Grundlage für „Realitäten" zu schaffen. Dies ist eine Frage der Definitionsmacht: Wer bestimmen kann, wer oder was, aus welchen Gründen auch immer, einer bestimmten Gesellschaft anzugehören hat, und wer darüber hinaus in der Lage ist, die aufgestellten Normen auch wirksam durchzusetzen, der schafft soziale und politische Praktiken von Aus- und Abgrenzungen.

Die Geschichte des Eigenen und Fremden

Die Entstehungsgeschichte der modernen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert bietet zahlreiche Beispiele für den Mechanismus der ab- und ausgrenzenden Gegensätze. Fast alle Nationalstaaten wurden gegen eine bestehende Ordnung und ihre Repräsentanten durchgesetzt. Die Französische Revolution richtete sich gegen Monarchie und Ständeordnung; in Deutschland nahm die nationalistische Ideologie ihren Anfang in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Fremdherrschaft, und die Reichsgründung von 1871 sollte das unmittelbare Resultat eines Krieges gegen Frankreich sein. Die Nationalstaatswerdung war durch Homogenisierungsprozesse nach innen gekennzeichnet. Dazu zählt etwa die Sprachnormierung, die Wehr- und Schulpflicht und ein Staat, der durch umfassende administrative und institutionelle Eingriffe die private Lebenssphäre der Individuen immer mehr durchdrang. (Der emanzipatorische Charakter dieser Entwicklung gegen die Fürstensouveränität soll dabei nicht geleugnet werden). Nach außen hin versuchte sich der Nationalstaat seines Territoriums zu versichern und dieses gegebenenfalls auszudehnen, was zu zahlreichen Konflikten und Konkurrenzsituationen im imperialistischen Zeitalter führte.

Idintititskrise

Bin ich's oder bin ich's nicht?
Wer ist's, wenn ich's nicht wär?
Ein Reh ist Reh im Walddickicht,
und selbst der Bär bleibt Bär.
Ich seh mich so –
die andern so;
ich weiß oft selbst nicht recht
bin hier ich oder anderswo,
bin Herr ich oder Knecht.
Bin ich ein Fürst? Ein Bettelmann?
Bin Heil'ger ich oder Hur?
Bin ich ein Gi- Ga- Gantenbein
oder ein Wuschel nur?
(F.W. Bernstein)

Der Prozeß wurde von dem Versuch begleitet, dem eigenen Kollektiv zu einer gewissen Einzigartigkeit gegenüber anderen zu verhelfen. Die Gemeinsamkeiten der auf einem abgrenzbaren Territorium lebenden Menschen waren jedoch nicht ohne weiteres selbstverständlich, so daß eine Einheitlichkeit und ein geschichtliches Gruppenschicksal im Nachhinein erfunden werden mußten. Es setzte eine mythenbeladene, ethnische Geschichtsschreibung ein. Für das gerade erst im nationalstaatlichen Rahmen entstandene Kollektiv wurde eine gemeinsame Vergangenheit konstruiert und ihm so ein spezifisches Wesen für die Gegenwart zugeschrieben. Erinnert sei hier an die Idealisierung vermeintlich germanischer Tugenden in Deutschland, die die Protagonisten dieser Ideologie auch für die Gegenwart des 19. Jahrhunderts herbeisehnten.

Die oben beschriebene Konstruktion von Gegensatzpaaren durch die nationalistische Ideologie und die entsprechenden Herrschaftsakte trug zu einer weitgehenden Verbreitung des nationalistischen Gemeinschaftsgefühls bei. So konstruierten und verbrämten Gemeinschaften werden Missionen zugeteilt: Am deutschen Wesen etwa, sollte die Welt genesen.

Für die Entstehung der EU sind nun zahlreiche Analogien zur Nationalstaatsbildung zu verzeichnen. Europa wächst (formal) nach innen immer mehr zusammen und grenzt sich nach außen immer mehr ab. Die Verträge von Maastricht und Schengen stehen für diese Entwicklung. Augenfällig ist, daß dieser Prozeß von einer ähnlichen Identitätsdebatte begleitet wird, wie die für die Nationalstaatenbildung skizzierte: Mit den Ereignissen des Jahres 1989 kann man sich nicht mehr selbstverständlich ex negativo seiner antikommunistischen Identität versichern. Nun müssen andere, komplexere Konstruktionen herhalten, um die vormals primär ökonomische Zweckgemeinschaft auch ideologisch abzusichern und dem Status einer eigenständigen Weltmacht gerecht zu werden.

Schöne bunte Autonummern

Das Insistieren auf dem angeblich gemeinsamen christlichen und kulturellen Erbe und die Imagination einer „Wertegemeinschaft", wie es Kohl und andere gerne auszudrücken pflegen, sind hierbei die Begründungsmuster. Die Vergesellschaftungsmuster des 19. Jahrhunderts, Sprache und Ethnizität, sind zugunsten des abstrakteren Begriffs der europäischen Kultur in den Hintergrund getreten.

Um sich seiner Identität zu vergewissern, sind Feindbilder weiterhin unabding-

bar. Entscheidend ist dabei weniger ihre konkrete Ausformung, als vielmehr, daß es sie gibt, daß sie von einer strategischen Polyvalenz gekennzeichnet und damit variabel einsetzbar sind. Wie im 19. Jahrhundert werden dazu Mythen der Vergangenheit ausgegraben, wie zum Beispiel die europäische Wissenschaftstradition, technisch rationales Denken und Handeln sowie die „Entdeckungen" der frühen Neuzeit. Diese werden für die Identitätsstiftung auf die Gegenwart übertragen und – angesichts der vielfältigen Anforderungen – mit einem Auftrag für die Zukunft verbunden.

Diese Vorstellungen von Gleichzeitigkeit und Gemeinsamkeit sowie die realen Herrschaftsakte, wie die Umsetzung des Schengener Abkommens und die dazugehörige Symbolik – man denke nur an die neuen bunten Autokennzeichen, die auf vielfachen Wunsch mit der europäischen Fahne versehen werden – sollen das Gefühl einer gemeinsamen europäischen Identität im Bewußtsein der Bürger verankern. Indes ist der Prozeß der Integration der EU hin zu einer Supernation offen. Die Gemeinsamkeitsvorstellung im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern, kann sich als schwierig erweisen, bedenkt man, daß sich auch nationalistische Ideologien erst im Laufe der Zeit durchzusetzen vermochten – und dies, obwohl nationale Identitätsvorstellungen leichter zu konstruieren und zu verankern sind als europäische, da die diesbezüglichen Vergesellschaftungsmuster konkreterer Natur sind.

Der Kern des Kernes

Da das völkische Bewußtsein noch immer weit verbreitet ist, dürften sich nationalistische Vorstellungen als äußerst resistent erweisen. Die europäische Union war und ist ein primär ökonomisches Projekt der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Dieses Projekt wird (noch?) nicht von einer Emotionalität begleitet, welche der Idee des Nationalstaates seit jeher zuteil wurde. Die EU hat noch keinen sozialintegrativen Charakter, wie er sich in Deutschland in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelte, als Bismarck durch die Sozialgesetze einen großen Teil der Arbeiterschaft an den Nationalstaat binden konnte. Auch heute gilt nach wie vor, daß nationalstaatliche Interessen nicht ohne weiteres zugunsten eines friedlichen Zusammenlebens mehrerer Nationen aufgegeben werden.

Damit ist erneut das Spannungsverhältnis zwischen nationalstaatlichen Ordnungsvorstellungen und Interessen einerseits sowie dem fortschreitenden Integrationsprozeß der EU andererseits berührt. Die EU versucht sich gegenüber vermeintlichen Bedrohungen und Konkurrenten als eine Einheit darzustellen, die sie nicht ist. Tatsächlich geht es innerhalb dieses Staatenverbundes um Durchsetzung partieller Interessen und um Hegemoniebestrebungen.

Die im Schäuble-Papier formulierten Überlegungen der CDU/CSU- Bundestagsfraktion stehen beispielhaft für die Verbindung des Gedankens der europäischen Integration mit nationaler Machtpolitik: Zunächst wird die schleppende europäische Integration beklagt, um dann eine Gegenstrategie zu entwickeln – die Vorstellung vom sogenannten Kerneuropa. Das Papier konstatiert also unterschiedliche Geschwindigkeiten beim Einigungsprozeß, wobei es Deutschland und Frankreich sowie die Beneluxstaaten eine Vorreiterrolle einräumt. Demzufolge müßten sie den Kern Europas bilden. Zusätzlich stelle die Achse Deutschland – Frankreich den „Kern des Kernes" dar.

Die Sorge um die europäische Einigung erweist sich letztlich als vordergründig. Vielmehr wird die Parole von der europäischen Integration ausgegeben, um „deutsche Interessen" in einem größeren Bezugsrahmen durchzusetzen. Die Vollendung der in Maastricht beschlossenen Währungsunion im kleinen Rahmen soll die ökonomische Vormachtstellung Deutschlands mit der Mark als Leitwährung untermauern. Weiterhin soll eine gestraffte gemeinsame Außen- und Militärpolitik zur „Stabilisierung einer eigenen EU-Identität" beitragen. Europa soll in außenpolitischen Fragen von den USA unabhängiger werden und sich durch die Intensivierung der WEU allmählich aus NATO-Strukturen lösen, um eine eigenständige Großmachtpolitik betreiben zu können. Das deutsche Hegemoniestreben in Europa beruht zudem auf der Vorstellung von der strategischen Lage Deutschlands in der Mitte des Kontinents. Ausdruck findet dies in den Bemühungen, sich in Osteuropa als Hauptbezugsstaat zu profilieren. Nicht ohne Erfolg, wie etwa der Umstand belegt, daß in vielen Staaten Osteuropas deutsch zur ersten Fremdsprache avanciert ist. Die deutsche Ostpolitik demonstriert, wie den übrigen europäischen Ländern ein Tempo vorgegeben wird, welchem sie sich anschließen können oder nicht.



Will Europa und die „Bummdesrepublik"

Zwar rückte Anfang Juni 1995 die CDU/CSU-Fraktion von Schäubles Kerneuropakonzept ab, das unverhohlen deutsche Interessen in den Mittelpunkt rückt; der Zweck der Strategie des Vorpreschens liegt jedoch auf der Hand: Wie bei der faktischen Abschaffung des Asylrechts ging es Schäuble darum, mit Maximalpositionen erst einmal für Aufsehen zu sorgen. Auch wenn diese kritisiert und kontrovers diskutiert wurden, erreichten die Urheber ihr Ziel: Über etwas zuvor nicht Selbstverständliches wurde debattiert und bei der Konsensfindung im parlamentarischen Rahmen wurden wie in der Asylrechtsdebatte die Extremvorstellungen mitberücksichtigt.

Die Doppeldeutigkeit wird auch in der Person Schäubles deutlich, der vor studentischen Korporationen gerne von „Mitteldeutschland" spricht, wenn er die Ex-DDR meint, sich gleichzeitig aber an anderer Stelle als Vorzeigeeuropäer darzustellen versucht. So kann die Ambivalenz des Spannungsverhältnisses von europäischer Integration und gegenläufigen nationalen Interessen aufgelöst werden: Kontext- und publikumsabhängig kann einmal die nationale, ein anderes Mal die europäische Identität herhalten. Dient das Europa-Konzept der Legitimation einer gemeinsam organisierten Abwehr von Flüchtlingen (Schengener Abkommen), stehen beim populistischen Beklagen des „deutschen Bauernsterbens" nationalistische Argumente im Vordergrund.

Die Einsicht, daß erfolgreiche deutsche (Welt-)Machtpolitik nicht ohne den europäischen Verbund zu haben ist, geht in Form des Bildes vom starken Deutschland in Europa eine pragmatische Symbiose ein mit nationalistischer Grundhaltung und nationalistischen Motiven. Die jeweiligen Identitätspostulate erfüllen aufgrund ihrer situativen Einsetzbarkeit immer ihren Zweck. Es geht um die Interessen und das Wohlergehen des jeweils als eigenes konstruierten Kollektivs in Abgrenzung zu anderen und zu Konkurrenten. Das Geschwätz über Identitäten trägt dazu bei, wirkliche Ausbeutungs- und Herrschaftspraktiken zu verschleiern.

Dominik Bloedner / Henric Meyer

Eine verhängnisvolle Affäre

Das Partizipationskonzept und die Nähe zum Staat

Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) agieren nicht nur als Lobbygruppen auf internationalen Konferenzen, sondern sind auch als „Hoffnungsträger" der Entwicklungszusammenarbeit angetreten. Im Anschluß an die Kritik des Lobbyismus zum Klimagipfel 1995 (s. ‚blätter' Nr. 207) setzt sich der folgende Beitrag kritisch mit der Rolle der NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit, den von ihnen propagierten Konzepten von Partizipation und Nachhaltigkeit und den Folgen der zunehmenden Angleichung von NGOs an staatliche Institutionen auseinander.

Stakkatoartige Sätze durcheilen den Raum. Wo gibt es welche Finanzierungsmöglichkeiten? Welche staatliche Stelle hat welche Gelder? In welchen Kommissionen läßt sich Einfluß nehmen? Wer hat in welcher Behörde ein offenes Ohr für die eigenen Interessen?

Wir befinden uns im Noch-Zentrum der Macht – Bonn. Die Projektstelle Umwelt und Entwicklung hatte ins Gustav-Stresemann-Institut geladen, um über Defizite und Chancen nach der Umweltkonferenz von Rio 1992 zu diskutieren. Gleichzeitig soll eine erste Beschlußvorlage zum Weltgipfel für Soziale Entwicklung in Kopenhagen entworfen werden. Doch dies ist auch schon alles, was daran erinnert, daß sich hier die vermeintliche Crème de la Crème der deutschen Umweltbewegung und der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen trifft. Es könnte auch ein Fortbildungslehrgang von angehenden Sparkassenkaufleuten sein, die sich in die Geheimnisse der Investmentfondsverwaltung einweisen lassen.

Die Kleiderordnung empfiehlt legere Kleidung (Sakko, offenes Hemd und Jeans) für den vorurteilsfreieren Austausch von Informationen über Einfluß, Geld und Projekte. Hier und da treffen sich Herren in vorschriftsmäßiger Beamtenkleidung (neutrales Anzug- und Krawattendesign), getragen vom Nimbus der Wichtigkeit: Wir sind es, die den Zugang zu den Ministerien bewachen und das Wissen um die richtigen Losungsworte für den Eintritt verwalten.

In eineinhalb Tagen wollen die verschiedenen NGO-VertreterInnen die globale Zukunft planen und die Leitlinien von Entwicklungs- und Umweltpolitik bestimmen. Dies läßt wenig Raum für Grundsätzliches. Dementsprechend wird über Strategien und Programmatiken für eine gemeinsame Plattform gestritten: Der kleinste gemeinsame Nenner wird zum Kennzeichen dieser Tage, für intensivere oder ausführlichere Diskussionen bleibt keine Zeit.

Seit der Umweltkonferenz von Rio 1992 (UNCED) sind NGOs als ‚neue' Akteure der internationalen Politik wichtige Ansprech- und Kooperationspartner von staatlichen und internationalen Organisationen – etwa von BMZ, GTZ, der FAO und anderen UN-Organisationen. Daraus läßt sich aber keineswegs folgern, daß die internationalen Institutionen ihre bisherige Politik revidiert haben. Nach wie vor besitzen sie die entscheidende Definitionsmacht und das Koordinations-, Forschungs- und Finanzierungspotential zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Die NGOs sollen und wollen sich aktiv an der Gestaltung einer neuen Weltordnung beteiligen. Dabei sind sie aber offenbar bereit, zu verkrusteten bürokratischen Apparaten zu degenerieren, die vor allem ihre eigene Selbsterhaltung bezwecken und die aufgrund ihrer zunehmenden Abhängigkeit von den staatlichen und halbstaatlichen bürokratischen Apparaten leicht funktionalisiert werden können. Auf der anderen Seite gerieren sich selbst die staatlichen und überstaatlichen Geberinstitutionen wie die GTZ oder die FAO mittlerweile wie eine NGO, wenn sie aktionsforschungsorientierte Ansätze und Methoden aus der NGO-Arbeit aufgreifen und in ihr Projektmanagement einfließen lassen.

Dieser Prozeß der Angleichung von Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen wirft eine Reihe von Fragen auf. Im vor allem durch die Lobbyarbeit beförderten Prozeß der Angleichung und der Annahme der Marktwirtschaftszwänge durch die NGOs werden kritische Ansätze, wie beispielsweise die Konzepte von Partizipation und sustainable development, weichgespült und verlieren ihren Inhalt.

Moderne Missionare?

Diese Entwicklung ist für viele Süd-NGOs kaum vorteilhaft. Ihnen gelingt es immer weniger, zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Projektträgern zu unterscheiden. Aufgrund mangelnder Transparenz sind weder ihre Beziehungen zur eigenen Regierung noch die Unterstützer- und Trägerschaft, denen gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind, für die Süd-NGOs einzusehen und einzuschätzen.

Yash Tandom fragt deshalb am Beispiel der Arbeit von NGOs in Afrika nicht ohne Grund nach der Herkunft der Nord-NGOs und nach dem Zweck ihrer Arbeit: „Sind sie moderne Missionare und daher Vorreiter einer neuen Art von Imperialismus, oder sind sie tatsächlich Verbündete des afrikanischen Volkes in seinem seit mehr als hundert Jahren andauernden Kampf gegen Beherrschung und Ausbeutung durch den Imperialismus?"[1] Drei Einwände macht er gegen die Verbündetenthese geltend:

1. Bislang gibt es von afrikanischer Seite noch keine systematische Beurteilung der Auswirkungen, die die Finanzierung von Projekten im Süden hat und welchen Interessen das eingesetzte Geld wirklich dient. Zwar wird viel Geld in sogenannte ‚Mikro-Projekte' investiert, aber gleichzeitig erhöhen die eingesetzten Mittel wie z.B. Saatgut, Düngemittel, Pestizide, Traktoren, Beratung, Aus- und Weiterbildung die Abhängigkeit Afrikas von den Märkten Europas.
2. Von Seiten der Nord-NGOs wird immer wieder betont, daß sie für die Menschen des Trikont tätig sind. Da die finanziellen Mittel für die Durchführung von Entwicklungsprojekten in erster Linie in den Ländern des Nordens aufgebracht werden, sind

die NGOs den dortigen Geldgebern rechenschaftspflichtig. Für die Menschen des Trikont erscheinen die westlichen NGOs als Produkte einer nur schwer zu durchschauenden politischen Kräftekonstellation.

3. Die Möglichkeit der Geldvergabe erleichtert den Nord-NGOs den Zugang zu den sozialen Bewegungen und NGOs des Trikonts. Es wird erwartet und meistens verlangt, daß die Geldempfänger über die Verwendung der Gelder Rechenschaft ablegen und sich einer Beurteilung unterziehen, inwieweit sie noch berechtigt sind, weitere Geldmittel zu empfangen. Selbst die kirchlichen Hilfswerke verlangen, daß ihre MitarbeiterInnen grundsätzlich an Evaluierungen beteiligt werden, um wichtige Erkenntnisse für ihre weitere Arbeit zu gewinnen. Das Informationsmonopol auf Seiten der Hilfswerke bleibt so gewahrt. Daß den NGOs des Trikont in ihrer Funktion als Informationslieferanten ein entsprechendes Beurteilungsrecht über die Nord-NGOs eingeräumt worden wäre, ist bis heute nicht bekannt.

So steht neben der „diplomatischen", kritische Forderungen verwässernden Lobbypolitik, auch die praktische Arbeit der NGOs in der Kritik – spiegelt sich doch auch in ihr das in der staatlichen Politik der Entwicklungszusammenarbeit so vehement kritisierte ungleiche Verhältnis zwischen Nord und Süd wider. Letzterem soll das Konzept der Partizipation entgegenwirken.

Das Konzept Partizipation

Die Anwendung von partizipativen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit sollen Schieflagen in der Zusammenarbeit zwischen Geldgebern und Geldempfängern beseitigen helfen. Der Geldgeber soll sich verpflichten, sein Geld nur für die wirklich geäußerten und von allen als sinnvoll erachteten Bedürfnisse zu verwenden. In ihrem Arbeitsbuch zur Evaluierung in der kirchlichen Entwicklungsarbeit legen die kirchlichen Entwicklungsdienste, die NGOs Misereor und AGKED, großen Wert darauf, daß zwischen Geldgeber und Geldempfänger auf der Ebene der Projektentwicklung und -zusammenarbeit eine gleichwertige Beziehung hergestellt wird.

Dennoch gelingt es den Hilfswerken nicht, gänzlich auf Begriffe wie „Zielgruppe" oder „Betroffene" zu verzichten. Dies ist möglicherweise der Ansicht der Hilfswerke geschuldet, AnsprechpartnerInnen könnten nur andere Gruppen oder Organisationen sein. Menschen, die keiner dieser Organisationen angehören oder sich nicht von ihnen ‚evaluieren' bzw. ‚entwickeln' lassen wollen, fallen aus dem Partizipationskonzept heraus. Die Menschen des Trikont sind also gezwungen, sich auf die eine oder andere Weise als NGO zu konstituieren, wenn sie wenigstens ein rudimentäres Mitspracherecht haben wollen.



Bescheidene Weltverbesserei

Letztlich entscheidet jedoch auch hier der Geldgeber, wie genau Durchführung, Abrechnung und Evaluierung des Projektes belegt werden müssen. Damit kann aber das Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung nicht für alle Belange gewährt werden: „Die kirchlichen Entwicklungsorganisationen sind zur Haushalterschaft im Umgang mit den anvertrauten Mitteln verpflichtet. Aus diesem Grund muß auch in Evaluierungen untersucht werden, inwieweit kostengünstige Lösungen Anwendung gefunden haben."[2]

Kosten-Nutzen-Analysen und Aufwands-Ertrags-Analysen werden als die geeigneten Mittel einer solchen Überprüfung angesehen, auch wenn einschränkend zugestanden wird, daß eine Quantifizierung dessen, was ‚vertretbar' ist, schwer zu ermitteln ist und immer auch von der jeweiligen ‚policy' abhängt. Erst im Anhang wird ein Hinweis auf die von den Hilfswerken „verfolgte policy" gegeben: „Bei Evaluierungen wird es nur in Ausnahmefällen möglich sein, von der vordergründigen und kurzfristigen Beobachtung, der Inaugenscheinnahme, zur teilnehmenden Beobachtung zu gelangen. Dies liegt vor allem daran, daß die teilnehmende Beobachtung enorm zeitaufwendig ist. Außerdem bestehen erhebliche methodische Zweifel, ob Außenstehende tatsächlich in der Lage sind, ein soziales Beziehungsgefüge von innen heraus zu verstehen." (ebd.)

Der Faktor Zeit wird von den Hilfswerken gemäß der ökonomischen Rationalität des Nordens auf einen reinen Tauschwert reduziert. Die Kürze der Evaluierungszeit verhindert gleichzeitig eine Solidarisierung der Evaluatoren mit den Anliegen der Partizipationspartner. Denn nur ein längerer Aufenthalt, der zwischen Evaluator und Partizipant Erfahrungen an gemeinsamer Lebenszeit hervorbringt, kann Basis sein für ein Verstehen ‚von innen heraus'.

Dies halten die Hilfswerke aus ökonomischen Gründen und aus Gründen eines instrumentellen Vernunftverständnisses, das quantitativen Vorgaben den Vorzug einräumt, für unnötig: „In vielen Fällen dürften strukturierte Befragungen von Schlüsselpersonen, die von Anfang an Teil des Projektgeschehens waren, zumindest gleichwertige, wenn nicht sogar bessere Einsichten erbringen." (ebd.) Schon hier wird die Bedeutung des partizipatorischen Ansatzes in Frage gestellt: Wenn nur eine Art der Rationalität, nämlich die eigene, als universell gültig akzeptiert wird, wird auf der konkreten Projektebene ‚Partizipation' zur inhaltsleeren Floskel.

In ähnlicher Form eine Partizipation unterbindend vollzieht sich die Auswahl von EntwicklungsexpertInnen sowohl auf staatlicher wie auch auf NGO-Ebene. Auf der Projektentscheidungsebene sind weiterhin kaum Fachleute aus dem Empfängerland beschäftigt. Abgesehen von enormen Kosten entsteht so eine Diskrepanz zwischen den MitarbeiterInnen der Entwicklungshilfeorganisationen und den einheimischen MitarbeiterInnen. Die Funktionäre der Organisationen und die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stellen die offiziellen und informellen Kontakte zu den Regierungen und den Schaltstellen in den Administrationen her und versuchen ihre Projekte zu „verkaufen". Regierungskritische unabhängige WissenschaftlerInnen aus den Empfängerländern werden zum Störfaktor für die Projektrealisierung. Ihre eigenen Regierungen und die Entwicklungsorganisationen versuchen sie daran zu hindern, ihre Kritik öffentlich wirksam zu artikulieren.

Neue NGO-Klasse im Süden

Diese Art der Entwicklungspolitik hat auch im Rahmen von NGO-Projekten zu massiven Veränderungen in der Sozialstruktur der Länder des Trikont beigetragen. Allein in Lateinamerika existieren ca. 10.000 NGOs mit fast 200.000 MitarbeiterInnen, die sich und ihren Familien durch die finanziellen Zuwendungen aus den Geber-

ländern einen für sie neuen Lebensstandard sichern können. Die MitarbeiterInnen dieser neuen Schicht sind einerseits von internationaler Hilfe abhängig und arbeiten andererseits in Modernisierungsprojekten, die weder über eine gesicherte Finanzierung verfügen, noch auf lokaler Ebene wirklich strukturverbessernde Auswirkungen haben und nur selten über einen längeren Zeitraum durchgehalten werden können.

Die Abhängigkeit von internationalen Geberorganisationen bewirkt gleichzeitig eine Veränderung der individuellen Motivation sowie der politischen Einstellungen der sozialen Gruppen, aus denen sich die MitarbeiterInnen zunächst zusammensetzen. Ihre Arbeitsziele orientieren sie häufig an den in Aussicht gestellten Finanzhilfen, zumal ihnen diese Mittel einen Lebensstil der Mittelklassen (Wohnung in der Stadt, Auto, Auslandsreisen) ermöglichen. Der Kontakt zur eigenen sozialen Basis löst sich tendenziell eher auf als daß er enger wird.

„In den ländlichen Gemeinden oder den städtischen Armutsvierteln tauchen die NGOs (...) als zusätzliche Akteure im lokalen Machtspiel auf und es bilden sich schnell Klientelbeziehungen, in denen die NGO mit dem Lokalpolitiker, dem Großgrundbesitzer oder dem Zwischenhändler um die Vorherrschaft buhlt. Zu den negativen politischen Auswirkungen dieser Entwicklung gehört sicherlich auch die Konkurrenz der Süd-NGOs um die Geldmittel aus dem Norden, selbst in Momenten, in denen unter politischen Gesichtspunkten Einheit notwendig wäre."[3]

Das Konzept Nachhaltigkeit

Die ‚Werte der Entwicklung', die mit den Projekten und ihren Angestellten von hüben und drüben transportiert werden, sind dabei nach wie vor die Werte der freien Marktwirtschaft. „Die Phänomene der Industrialisierung, der Bildung ihr adäquater Verhaltensweisen, der Schaffung einer urbanen Kultur, der allgemeinen Einführung des Leistungsprinzips, der damit korrelierenden Wert- und Gratifikationsmuster und einer rationalen staatlichen Bürokratie [haben] einen unbedingten Vorzug gegenüber Phänomenen, die außerhalb der Reichweite der instrumentellen Rationalität liegen würden, wie politische Partizipation, Bildung eines kritischen Bewußtseins, Ausdehnung herrschaftsfreier Kommunikation."[4] Nach über 40 Jahren Entwicklungspolitik nach diesem Muster zerstört die fortgesetzte Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen mehr und mehr die Lebensgrundlage der Menschen.

Das vor einigen Jahren von NGOs in die Diskussion gebrachte Konzept einer ‚nachhaltigen Entwicklung' (sustainable development) greift diese Einsicht auf und versucht unter Einbeziehung partizipativer Ansätze, Lösungskonzepte zu erarbeiten.‚Sustainable' qualifiziert Entwicklung in der Weise, daß der Entwicklungsprozeß durch seine Triebkräfte und Bedingungen zu einem zeitlich dauerhaften und nicht selbstzerstörerischen wird, der Zustände hervorbringt, die als qualitativ besser zu bewerten sind. Zwar steht das Konzept des ‚sustainable development' für eine grundsätzlich andere Wirtschafts- und Lebensform, stellt aber eher eine vielseitig interpretierbare abstrakte Leitidee dar als eine praktisch umsetzbare Handlungsmaxime.[5] So kann der Begriff inzwischen als Losung auch in den Papieren der staatlichen und internationalen Entwicklungspolitik vereinnahmt werden, ohne daß dies substanzielle Veränderungen anzeigen würde.

Die aus der Kritik der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit heraus entwikkelten partizipativen Methoden und das Konzept der Nachhaltigkeit, die schon in ihrer Umsetzung durch die NGOs selbst fragwürdig erscheinen, haben im Prozeß der Annäherung von NGOs an die staatsgebundenen Organisationen ihre grundsätzlichen kritischen Inhalte eingebüßt. Die Lobbystrategie vieler NGOs haben sie als Begriffe in die Entwicklungsstrategien staatlicher und internationaler Organisationen integriert; dort bewirken sie aber wenig gegen Ungerechtigkeit, Abhängigkeit und Zerstörung der Lebensgrundlagen im Süden. Vielmehr lenken sie als eine Art „Heilritual" nun davon ab, daß eine Entwicklungszusammenarbeit, die diesen Namen verdient, zunächst grundlegender Veränderungen der Bedingungen in den Ländern des Nordens bedarf. Dies muß als Resümee der Kritik aus dem Trikont gezogen werden. Hier sehe ich den entscheidenden Ansatzpunkt für jegliche Art von partizipatorischen Methoden.

Roland Drubig

Anmerkungen:

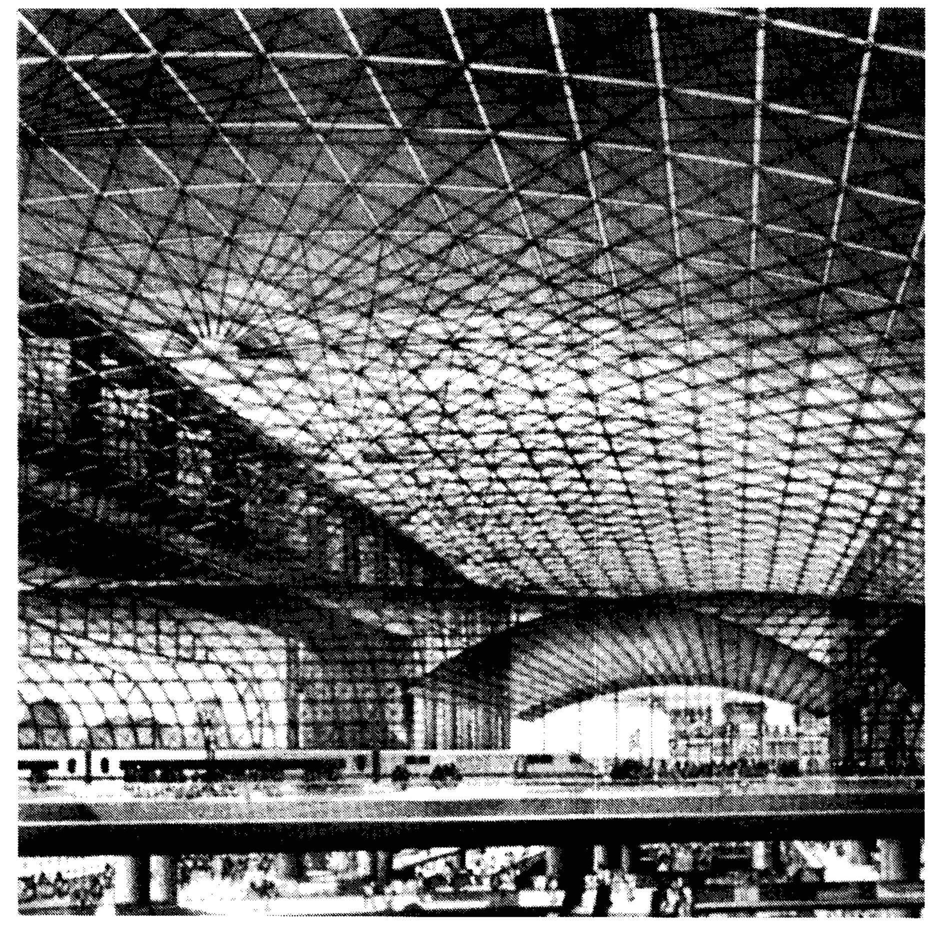
1) Tandon, Yash: Arrogant und undurchsichtig. NGOs aus afrikanischer Sicht, in: blätter des iz3w Nr. 176, 1991

2) AGKED u. Misereor (Hg.): Evaluierung in der kirchlichen Entwicklungsarbeit: Ein Arbeitsbuch für Partnerorganisationen und Hilfswerke. (Misereor-Dialog 10). Stuttgart und Aachen 1992,

3) Bünte, Michael: Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung durch Süd-NGO. Erfahrungen aus Lateinamerika. In: Die Dritte Welt und wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, hg. im iz3w-Verlag von M. Massarrat u.a., Freiburg 1993

4) Mansilla, Hugo C.F.: Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung, Meisenheim am Glan 1978, S.108

5) Häufig wird auch unter Dauerhaftigkeit ausschließlich ökologische Nachhaltigkeit verstanden oder eine Parallelität verschiedener Zielvorstellungen wie z.B. Partizipation, Gleichheit und umweltverträglicher Dauerhaftigkeit unterstellt. Oft ist es aber so, daß die Befriedigung von (Überlebens-)Grundbedürfnissen und einer umweltverträglichen (landwirtschaftlichen) Produktion einander gegenüberstehen: In den bestehenden sozioökonomischen Verhältnissen können tägliche Überlebensnotwendigkeiten armer Menschen umweltverträgliches Verhalten verhindern (zu Geschichte und Problematik des Begriff ‚sustainable development' s. ‚blätter des iz3w' Nr. 200, 1995).



Weltmarkt goes Multikulti

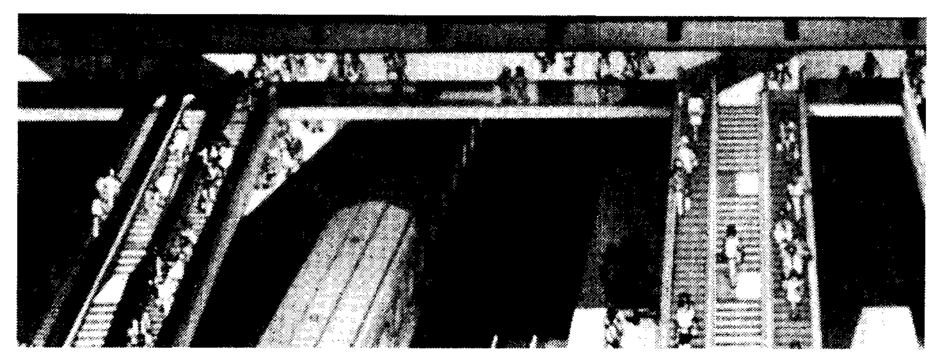
Berlin und Los Angeles im Vergleich

Unter dem Stichwort der ‚Entgrenzung der Dritten Welt' zeigt insbesondere die soziale Realität in Los Angeles, welchen Herausforderungen sich auch die bundesdeutsche Linke stellen muß (s. *‚blätter'* Nr. 200). Insbesondere Berlin ist seit 1990 durch eine verstärkte urbane Internationalisierung geprägt. Ein Vergleich mit der ‚World City' L. A. stellt die mit der Internationalisierung einhergehende soziale Polarisierung in einen neuen Kontext.

Seit den 70er Jahren haben sich sämtliche Ebenen der Kapitalbewegung zunehmend globalisiert: Produktion, Tausch und Konsum finden alle auf globaler Ebene statt. Innerhalb dieser neuen internationalen Arbeitsteilung konzentrieren sich die Steuerungsfunktionen, das finanzielle Management der industriellen Produktion sowie die produktionsbezogenen Dienstleistungen in sogenannten „World Cities", d.h. Städten, die zu Entscheidungszentren und Kontrollpunkten der restrukturierten globalen Ökonomie geworden sind.

Dabei bildet sich eine Hierarchie innerhalb des internationalen Städtesystems heraus – basierend auf den jeweils spezifischen Funktionen, die die Städte wahrnehmen. Los Angeles findet sich (noch) auf dem zweiten Rang (die „top 3" sind New York, London und Tokio): strategisch plaziert am Kreuzungspunkt anschwellender Kapitalströme am Pacific Rim konzentrieren sich hier die Headquarters großer multinationaler Firmen, ungefähr 150 internationale Banken, internationalisierte Produktionsdienste (vor allem Werbung und Gebäudeverwaltung). Auch der Immobilienmarkt hat sich enorm internationalisiert (Dreiviertel der besten Grundstücke im „Central Business District" sind entweder völlig in ausländischem Besitz oder werden teilweise von überseeischen Firmen kontrolliert). Los Angeles gilt den internationalen Konzernen als Brückenkopf für die USA wie auch als Markt für sich. Fast die Hälfte des nordamerikanischen Pazifikhandels geht durch die Häfen von Los Angeles und Long Beach.

Auch Berlins Wachstumskoalition ist seit 1990 damit beschäftigt, die Nische der Stadt im Rahmen der globalen Ökonomie zu definieren: die Versuche, durch Attraktion von Bürokomplexen, ausländischen Investoren, finanz- und produktionsorientierten Dienstleistungen eine europäische Dienstleistungsmetropole zu bauen, sind in diesem Kontext zu sehen. Von der Ansiedlung der Regierungsfunktionen erhofft man sich die stärkste Zugkraft. Daneben sollen Universitäten, kulturelle Einrichtungen, spezialisierte Aktivitäten in der Werbung



sowie der Bücher- und Zeitschriftenmarkt eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung des spezifischen Profils spielen.

Erosion lokaler Kontrolle

Eine charakteristische Folge der Internationalisierung von Metropolen ist die Erosion lokaler Kontrolle über den Stadtplanungs- und Entwicklungsprozeß; und zwar in demselben Maße, in dem die machtvollen „Sachzwänge" der internationalen Konkurrenz in den lokalen politischen Entscheidungsprozeß eindringen oder lokale Akteure sich diese zu eigen machen. So hat in L. A. die Bradley-Regierung die Investitionen der Japaner und anderes ausländisches Kapital willkommen geheißen, um das Wachstum der Downtown-Zitadelle zu fördern und sich dadurch auch in Abhängigkeit von den Wahlkampfspenden ausländischer Investoren und Firmenniederlassungen gebracht. Allerdings handelt es sich bei dieser Beziehung zwischen internationalen, stadtfremden Interessen und „lokaler Kontrolle" nicht nur um einen extern initiierten und gesteuerten Prozeß, sondern er findet über die Vermittlung lokaler Ortsunternehmer statt.

Nationale und ethnische Bindungen von Ortsunternehmern sind wichtige Medien dieser globalen Prozesse. In Los Angeles avancierte beispielsweise der 1985 gewählte Stadtrat Michael Woo, amerikanisch-chinesischer Abstammung, zunächst als Vertreter des Hollywood-Distrikts und später stadtweit zur Schlüsselfigur im Vermittlungsprozeß zwischen Anlegern aus Asien und den entsprechenden lokalen Gemeinden.

Es ist deutlich, daß die Berliner Regierung sich ebenfalls um internationale Investitionen bemüht, obwohl die Schwierigkeiten ungleich größer scheinen. Anders als in Los Angeles, das die größten japanischen, chinesischen, koreanischen, vietnamesischen und philippinischen Bevölkerungen außerhalb der eigenen Länder aufweist, kann noch keine Rede davon sein, daß sich, wie eine Studie der Immobilienbranche anpreist, „asiatische Investoren in der multikulturellen Umgebung der Region wohlfühlen".

In Berlin ist man entweder noch ungeübt im Umwerben ausländischen Kapitals, oder es gelingt aus Gründen der unsicheren Marktsituation und der zögerlichen Entwicklung im Osten noch nicht so gut, ausländisches Kapital zur Ansiedlung zu bringen. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die Auflage für die Fotografen in der jüngst angelaufenen Werbe-Kampagne für Berlin zu erklären, daß in jedem Bild mindestens 15 Prozent der abgebildeten Berliner nicht-deutsch aussehen sollen?

Die andere Seite der Internationalisierung ist die Anziehung einer großen Zahl von ausländischen Arbeitskräften in jedes Segment des Arbeitsmarkts, überproportional aber in die Niedriglohn- und gering qualifizierten Bereiche. Los Angeles hat die größte und kulturell heterogenste Immigranten-Arbeiterschaft von allen Welt-Städten. Zwei von fünf Angelenos sind im Ausland geboren. Berlin hat in absoluten Zahlen Deutschlands größte internationale Bevölkerung. Sie speist sich vor allem aus der Tradition türkischer und anderer sogenannter Gastarbeiter und wird inzwischen von einem neuen (und stärker wachsenden) Zustrom von Immigranten aus Ost- und Südosteuropa ergänzt.

‚Lean Society'

In Los Angeles war der ständige Zustrom von Migranten hilfreich für das Zustandekommen einer Billiglohnökonomie beziehungsweise trug letztere auch dazu bei, immer mehr Immigranten anzuziehen. In manchen der in Los Angeles prosperierenden Branchen ist vor allem die Arbeitskraft der „illegalen" Immigranten wichtig: in den Sweatshops der Bekleidungsindustrie, wo unter Mindestlohn bei permanenter Verletzung des Arbeitsrechts, der Sicherheitsbestimmungen und der Gesundheitsstandards eine gewisse Konkurrenzfähigkeit mit der Dritten Welt bewiesen wird.

Ähnliche Phänomene sind hier bislang erst sporadisch der Presse zu entnehmen. Deutlich ist jedoch, daß beide Städte Probleme haben, ihre Immigrantengruppen sozial und räumlich in das städtische Leben zu integrieren. In beiden Städten sind vor allem die ethnischen Minoritäten von Armut und der Wohnungskrise betroffen. In Los Angeles leben 55 Prozent der Schwarzen und 45 Prozent der Bevölkerung zentral-amerikanischer und mexikanischer Herkunft unterhalb der Armutsgrenze. Wohnraum wird für sie durch Überbelegung oder die illegale Verwandlung von Garagen in Apartements geschaffen. 40.000 Familien, also bis zu 200.000 Menschen, hausen in Los Angeles in konvertierten Garagen. Die „L.A. riots" vom April 1992 führten weltweit vor, daß die Integration von Schwarzen, Latinos und anderen Minoritäten keineswegs gelungen ist.

In Berlin liegen wenig systematische Studien über die Situation der Ausländer auf dem Wohnungsmarkt vor, aber der Bericht der Ausländerbeauftragen vom letzten Jahr zählte Diskriminierung ethnischer Minderheiten ganz oben auf der Liste der Probleme auf. Außerdem ist der Anteil der Ausländer unter den Arbeitslosen seit 1991 stetig gestiegen, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeitsraten anderer Gruppen, insbesondere der Ostberliner, gesunken sind.

Das für Friedmann[1] zentrale Bild der „Zitadelle" und des „Ghettos", das die zwei verschiedenen, aber zusammenhängenden Aspekte der sozialen Räumlichkeit der Welt-Stadt darstellt, beginnt sich auch hier abzuzeichnen:

– einerseits Gentrifizierung[2], und zwar nicht nur in Charlottenburg und Schöneberg, sondern jetzt auch in Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Mitte,

– andererseits Informalisierung auf dem Arbeitsmarkt (momentan vor allem in der Bauindustrie, aber zunehmend auch in anderen Branchen); zunehmende ethnische Segregation; Verlust lokal spezifischer Qualitäten, internationale Angleichung; und auch hier die Erosion lokaler Kompetenz- und Handlungsspielräume, weil angeblich alle Interessen der am globalen Wettbewerb orientierten Form von wirtschaftlichem Wachstum unterworfen werden müssen. (Lokale Kontrolle erodiert in Berlin zusätzlich aufgrund der Hauptstadtplanung, im Zuge derer der Bund Kompetenzen an sich zieht, und tangiert Bezirke wie Mitte, Tiergarten und Kreuzberg, die in ihren Selbstverwaltungsrechten stark eingeschränkt werden).

Urban Underclasses

Die Restrukturierung von Los Angeles und sein global orientiertes wirtschaftliches Wachstum haben die Armutsquote der Stadt dramatisch vergrößert und die mittleren Positionen im Arbeitsmarkt ausgedünnt. Arbeitsplätze entstehen eher in den oberen Rängen der professionellen Berufe, der sogenannten „executive, professional, managerial technocracy", zu der Wissenschaftler, Ingenieure, Mathematiker und dergleichen gerechnet werden, sowie in den unteren Rängen der *working poor (in Los Angeles vor allem Latinas und andere ImmigrantInnen) und der einheimischen „urban underclass", die von sozialstaatlichen Leistungen (welfare), Teilzeitbeschäftigung und der informellen Ökonomie lebt (Afro-Amerikaner, Weiße, Chicanas).*

Diese vertikale und sektorale Polarisierung in der Arbeitsteilung schlägt sich nicht nur in einer zunehmenden Einkommensungleichheit nieder, sondern auch in einer ausgeprägten sozialräumlichen Polarisierung von Los Angeles:

– *Alter und neuer Reichtum konzentriert sich zunehmend in communities,* die sich hinter bewaffneten Sicherheitsbeamten, stacheldrahtbewehrten Zäunen und Mauern verschanzen. Sogenannte „gated communities", die sich in den letzten Jahren rasant ausgebreitet haben, machen die physische Sezession vom Rest der Stadt perfekt.

– Alte und neue Arme drängen sich in den expandierenden Immigranten-Enklaven der Dritte-Welt-Stadt, oder sind gefangen in Ghettos, Slums oder anderen aufgegebenen Gegenden. Auch Obdachlosigkeit konzentriert sich downtown am stärksten.

Das Konzept der „urban underclass" beziehungsweise der „dangerous classes" hat deutlich räumliche Konnotation („policing of the dangerous classes" findet vor allem dort statt, wo Investitionen in die Stadtentwicklung bevorstehen). Und schließlich

sind auch die Umweltfolgen der neuen internationalen Arbeitsteilung räumlich ungleich verteilt: die Geographie der Müllhalden, Verbrennungsanlagen, Chemiestandorte und Gefängnisse korrespondiert mit der der Arbeiter- und Einwanderergemeinden.

Kampf um den städtischen Raum

In dieser gespaltenen städtischen Geographie werden Stadtteilgrenzen zu potentiell gewalttätigen Kampflinien im Kampf um die Rechte an der Stadt, wie sich in zahlreichen alltäglichen Auseinandersetzungen, aber besonders drastisch in den riots vom April 1992 gezeigt hat.

Den Fragmentierungstendenzen am Arbeitsmarkt entsprechend bilden sich auch in Berlin räumliche Polarisierungstendenzen aus: Gentrifizierungsprozesse in den zentralen Bereichen (sowie Kreuzberg und Prenzlauer Berg) gehen einher mit der gleichzeitigen Vertreibung unterer Einkommensschichten, kleiner Läden und kultureller Einrichtungen sowie steigenden Obdachlosigkeitsraten. Die hohe offizielle Arbeitslosigkeit, die sich inzwischen in West-Berliner Außenbezirken höher darstellt als in Ost-Berlin, transformiert ökonomische Unsicherheit in Fremdenfeindlichkeit oder jugendliche Gewalt.

Der Zustrom von (auch einpendelnden) Immigranten, die die Nachfrage nach Arbeit im Dienstleistungssektor befriedigen (z.B. Reinigung der kommerziellen Bürogebäude und Einkaufspassagen), sorgt ebenfalls für Wohnungsnachfrage in abgewerteten Vierteln. „Street vendors" und „day workers" prägen zwar keineswegs das Straßenbild, jedoch beginnen sich auch Berliner Formen zu entwickeln: polnische Jugendliche, die an Kreuzungen Windschutzscheiben waschen; Pakistanis und Tamilen, die Rosen oder Zeitungen, Vietnamesen, die Zigaretten verkaufen; Polen in legalen und irregulären Beschäftigungsverhältnissen (Männer in der Bauindustrie, Frauen in privaten Dienstleistungen).

Beobachtbar sind auch bereits vergleichbare Tendenzen der Kriminalisierung von Armut, was im Wandel von sozialpolitischen zu sicherheitspolitischen Maßnahmen zum Ausdruck kommt. So richtete der Berliner Innensenat im Juli 1993 vier sogenannte Operative Gruppen ein (City West, Alex – City Ost, Potse, SO 36), um die kommerziellen Zentren sauber zu halten von der „Beeinträchtigung", die Bettler, Obdachlose, Prostituierte, ausländische Spieler, Punks und Jugendgangs darstellen. Solche Gruppen werden zunehmend als Bedrohung (der Mittelklassen) dargestellt, gegen die allein ordnungspolitische Maßnahmen angebracht sind. (Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Senatsbeschluß zur Entfernung aller Wagenburgen aus dem Innenstadtbereich).

Die Szenarien zur Zukunft des hypersegregierten Los Angeles sind nicht optimistisch: die soziale und kulturelle Distanz zwischen den verschiedenen Gruppen, die in je eigenen Welten leben – außer im Fall von Erdbeben oder Aufständen –, garantiert nicht gerade eine zivile großstädtische Lebensqualität.

Auch Berlin wird sich schwertun, die außergewöhnliche Lebensqualität, die sich hier durch die Nachkriegszeit hindurch entfalten und halten konnte, die beachtliche Heterogenität von Kulturen und Subkulturen sowie sein einmaliges städtisches Erbe gleichzeitig zu bewahren und zu modernisieren. Jedenfalls solange nicht versucht wird, dem unter dem gegenwärtigen Druck der Internationalisierung stattfindenden Trend zur Fragmentierung der Metropole durch partizipativere Formen der Politik sowie durch sozial und ökologisch verantwortliche Planung entgegenzuwirken.

Dialektik des Wachstums

Die „Lebens"-bedingungen Berlins haben sich offensichtlich nicht nur dadurch gewandelt, daß die Stadt wieder eine vereinte Metropole – inmitten eines relativ unterentwickelten neuen Bundeslandes – geworden ist. Sie sind auch von generell sich durchsetzenden Umstrukturierungsdynamiken geprägt, die ein neues Stadtentwicklungsmodell hervorgebracht haben.

Zentrale Elemente dieses Modells werden von der jungen Weltstadt Los Angeles verkörpert: eine neue industrielle Dynamik, in der einige der vormals führenden Sektoren (Stahl, Automobil) verdrängt wurden von neuen „sauberen" Industrien (sowohl im Dienstleistungs- als auch im High-Tech-Bereich), während gleichzeitig andere traditionelle Sektoren (Möbel, Textil) expandierten. Diese auf niedrigen Lohnkosten basierende neue Industrialisierung trägt zum spezifischen Wachstum der Weltstadt genauso bei wie die neuen Produktionskomplexe mit hohen Anteilen qualifizierter technischer Berufe. Gleichzeitig wird dies „Wachstums"modell begleitet von explodierenden Arbeitslosigkeitsraten unter afroamerikanischen und Latino-Minoritäten.

Diese neue, international vernetzte wirtschaftliche Dynamik, deren erste Stagnation und Krise bereits seit dem Ende der 80er Jahre studiert werden kann, hat nicht nur gesellschaftliche und soziale Konsequenzen, sondern produziert auch neue räumliche Strukturen, neue Verhältnisse zwischen Zentren und Peripherien, wofür politische Akteure noch lange keine adäquaten Artikulationsformen gefunden haben.

Um die anstehende Entwicklung und die Veränderungen Berlins zu begreifen, sind traditionelle Vorstellungen von Stadtentwicklung kaum hilfreich. Die Konzepte und Modelle dagegen, die in und an Los Angeles entwickelt wurden, benennen auch für Berlins Entwicklung ins 21. Jahrhundert die Bedingungen und Möglichkeiten, Politik und Leben in dieser Stadt zu gestalten.

Margit Mayer

Anmerkungen:

1) Friedmann ist ein US-amerikanischer Urbanist

2) Der Begriff ‚gentry' bezeichnet eine Gruppe aus Teilen des ärmeren englischen Landadels, die von der Kapitalisierung der zuvor feudal gebundenen Landbesitzverhältnisse profitieren konnten.
Mit ‚Gentrifizierung' wird der Prozeß der Einwanderung einkommensstarker Gruppen in attraktivere Stadtteile und die Verdrängung ärmerer Schichten beschrieben. Gut zu beobachten ist eine solche Entwicklung z.B. in Teilen von Kreuzberg.

Gekürzter Vorabdruck aus: Frank Sträter (Hg.), 1995: Los Angeles – Berlin. Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt, 160 Seiten, DM 19,80. Erhältlich ab sofort gegen Überweisung (Adresse!) an F. Sträter, CitiBank HH, BLZ 300 209 00; Kt.Nr. 2501641019. (Frank Sträter war Autor des Artikels über L.A. und die Entgrenzung der Dritten Welt in den ‚blättern' Nr. 200)

Mythos L. A.

„City of Quartz" – die Geschichte eines Buches

Brecht vermutete in ihr das Ebenbild der Hölle; für MigrantInnen aus aller Welt symbolisiert sie den American Dream; aus der Welt der Mode-, Musik- und TV-KonsumentInnen ist sie nicht wegzudenken; hunderte von Songs und tausende von Serienproduktionen haben sie ins Mythische überhöht; und während die einen sie zum Vorzeigemodell der World Class City-Kultur verklären, wird sie von ihren pessimistischen Interpreten als größtes Arbeitslager der Welt bezeichnet: die Rede ist von „El Pueblo de la Reina de Los Angeles de Porciuncula", kurz L.A.

Wie kaum eine andere Stadt der Welt hat sich Los Angeles seit jeher eher an dem orientiert, was es zu werden versprach, hat die Pazifikmetropole ihre Gegenwart mit Visionen einer Zukunft begründet, auf deren Verwirklichung es kaum mehr ankam, weil sich Fiktion und Mythos letztlich zu einer Ersatz-Realität verdichteten, die sich als tragfähig genug erwies. Der Erfolg, mit dem Hollywoods Traumfabriken ihre auf Zelluloid gebannten Inszenierungen L.A.'s in alle Welt exportieren und hausgemachte Mythen in klingende Münze verwandeln, zeigt, wie schnell Mythen sich verselbständigen und wie leicht die Grenzen zwischen Gegenwart und Zukunft, ‚echter' und imaginierter Wirklichkeit verschwimmen.

Los Angeles läßt sich kaum auf seine materielle Substanz reduzieren. Es scheint, als müsse man den inszenierten Mythos für das Identische und die real existierende Stadt für dessen müden Abklatsch halten. Los Angeles, mythenbefrachtet wie es ist, kann ohne seine medial inszenierten Attribute, ohne Sun-Splash California, ohne die Universal Studios oder Disneyland kaum gedacht werden und verliert ohne den permanenten Rückgriff auf das eigene Image gleichsam seine Existenz. Damit wird, wie der Urbanist Edward Soja es beschreibt, „eine Kopie von etwas, das niemals wirklich existiert hat" zum Maß der Dinge. Ebenso verhält es sich mit Compton, das die Welt erst zur Kenntnis nimmt, seit die Rap-Band N.W.A. dem Städtchen im Süden L.A.'s mit ihrem Album „Straight outta Compton" das ultimative *original gangsta-*

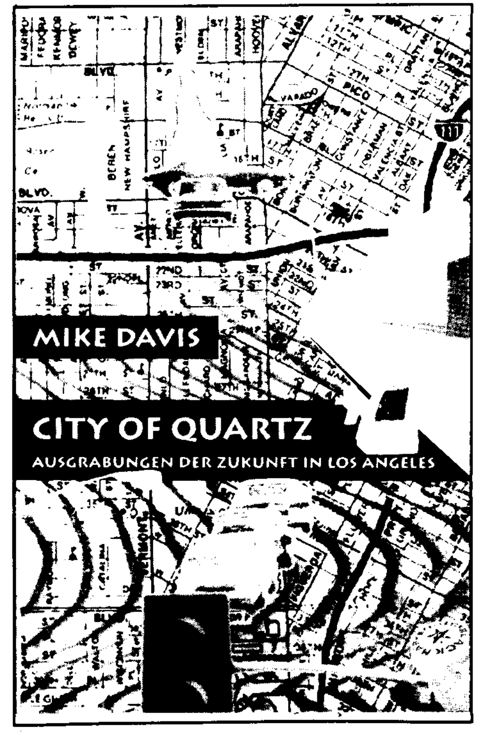


Image verpaßt haben. Oder mit South Central, das für die Weltöffentlichkeit erst durch Ice-T, die Filme *Colors und Boyz'n the hood* und letzlich die Aufstände im Mai 1992 Gestalt annahm.

„This ain't no disco.
This ain't no country pop either.
This is L.A."
Sherryl Crow

Mike Davis – früher Schlachthof-Arbeiter und Truckfahrer, jetzt Dozent für Stadttheorie am Southern California Institute of Architecture – ist mit seinem 1990 veröffentlichten Buch *City of Quartz – Excavating the Future in Los Angeles* ein brillanter und mehrfach prämierter De-Konstruktionsversuch gelungen. In einer ebenso atemberaubenden wie mitreißenden Tour de Force bürstet er die Sozialgeschichte L. A.'s gegen den Strich; er dechiffriert mit spitzer Feder das ideologisch nur mühsam übertünchte Mosaik rassistisch und kulturalistisch begründeter Demarkationslinien; er zer-schreibt den inszenierten Konsens, entzaubert den Mythos der Stadt und entläßt seine LeserInnen am Ende mit der bitteren Vermutung, daß L.A.'s kritisch rekonstruierte Vergangenheit eine ganze Menge über die Zukunft der Urbanität an sich verrät.

Die Frage ist nur, ob Davis' genialer L.A.-Mix – *City of Quarz* liest sich über weite Passagen mindestens so spannend wie Chandlers Krimis – im deutschsprachigen Raum jemals ein so großer Erfolg beschieden gewesen wäre, wenn nicht die Riots im Mai 1992 durch South Central, Pico-Union und Koreatown getobt wären und die Pazifikmetropole in den Fokus öffentlichen Interesses und sozialwissenschaftlicher Begierde gerückt hätten. In der akademischen Öffentlichkeit jedenfalls avancierte *City of Quartz* erst in der im März 1992 bei ‚Vintage' erschienenen Paperback-Ausgabe zum Renner, und es war Kurt Hübner, der sich in einer Rezension für die Zeitschrift ‚konkret' als erster darüber beklagte, daß sich bisher niemand die Mühe gemacht habe, *City of Quartz* ins Deutsche zu übersetzen.

Heute läßt es sich zwar nicht mehr eindeutig klären, ob Hübners Wehklagen bis in die beschauliche Göttinger Altstadt hinein zu vernehmen war – fest steht aber, daß die Verlage Rote Straße (Göttingen) und Schwarze Risse (Berlin) ähnlich gedacht haben müssen: *City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles* heißt der Titel der Übersetzung, die, um einige neuere und sehr lesenswerte Aufsätze Davis' erweitert, bereits 1994 erschien und mittlerweile in die zweite Auflage gegangen ist.

Mit *City of Quartz* jedenfalls hat der operaistisch angehauchte Verlagszusammenschluß einen echten Treffer in der Feuilletonlandschaft gelandet: Der Spiegel rezensierte das Buch über vier Seiten hinweg, die Süddeutsche Zeitung wollte da kaum nachstehen – und es sollte nicht lange dauern, bis ein ganz Großer der deutschen Verlagsbranche die autonome Crew kontaktierte und um Lizenzen anstellig wurde.

Daraus wurde dann zwar nichts, aber immerhin bekamen nicht nur die verkrachten SozialwissenschaftlerInnen, die ihr Brot beim Staatsschutz mit der Analyse subkultureller Szeneverlautbarungen verdienen müssen, endlich ordentliches Lesefutter – auch die akademischen Zitierkartelle griffen die plötzliche Los Angeles-Renaissance mit Begeisterung auf, weil der Rekurs auf den Mythos immer als anschaulicher Beweis für etwas geeignet ist, was sich sonst nur schwer unter die Leute bringen läßt.

So etwa auch bei Vielschreiber Claus Leggewie, der schon im Juli 1994 bewies, daß er alle wesentlichen Werke der *Los Angeles School* gelesen hatte, indem er in einem Beitrag für Transit sämtliche In-Vokabeln zu einem eigenen Kapitel zusammenfaßte und dabei natürlich auch seine detaillierten Kenntnisse über die ungeschriebenen Regeln in den urbanen Badlands – lies: Gang-Territories – weitergeben mußte. Denn: Wer die nicht kennt, ist schnell „zur falschen Zeit am falschen Ort", wenn er nicht „street smart" ist.

Die kritisch-sozialwissenschaftliche Rezeption L.A.'s, die dekonstruktivistisch begründete Diskussion darüber, ob die Stadt der Engel als Prototyp einer neuen Urbanität dechiffriert werden könnte, sind angesichts dieser konjunkturbedingten Verschiebung ihres diskursiven Umfelds kurz davor, in ihr Gegenteil gewendet zu werden. Was Leute wie Mike Davis, Edward Soja, Michael Dear, Roger Keil oder Allan Scott mit ihren Arbeiten begonnen haben – die Dekonstruktion des Mythos L.A. – beginnt sich nun, da der Diskurs immer stärker von den Plagiaten ihrer Epigonen bestimmt wird – zu einer neuen Facette im Image L.A.'s zu verdichten.

„Phoenix im Sturzflug" lautete der Titel von Davis erstem, 1986 ins Deutsche übersetzten Buch, in dem er die politische Ökonomie der Reaganomics analysierte. Wie Phoenix aus der Asche erhebt sich derzeit der Mythos L.A.. Vielleicht verbirgt sich dahinter ja auch so etwas wie die Dialektik der Dekonstruktion: *City of Quartz* ist einfach zu gut, um als kritische Rekonstruktion bestehen zu können.

Am Ende der Begeisterung, die Davis mit seinem brillanten Buch losgetreten hat, könnte deshalb das glatte Gegenteil dessen herauskommen, was eigentlich in seiner Absicht stand, nämlich eine Facette mehr in L.A.'s Mythen-Reigen. Allein stünde er damit nicht. Denn die Stadt der Engel hat bisher noch jeden Versuch ihrer Entmystifizierung in sein Gegenteil verdreht: von Chandler bis Ice-T, von Blade Runner bis Boyz'n the Hood, von den Aufständen im Stadtteil Watts 1965 bis zu den Riots im Mai 1992...

Frank Sträter

Mike Davis, City of Quartz, Verlag Rote Straße/Schwarze Risse, Göttingen/Berlin 1994, 519 S., DM 45,–



Alltagswäsche in Jerusalem

Im Schatten der Besatzung

Ein Buch über „Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung" - was erwartet einen da? Ein Buch voller Erzählungen über 'den Kampf', die Intifada, oder eine Geschichte eines ehemals selbstbewußten, 'freien' und im Lauf der Jahre marginalisierten Volkes und seiner Kultur? Oder handelt es sich etwa um ganz private Geschichten? Von allem ein bißchen ist in Ali Qleibos **„Wenn die Berge verschwinden"** zu finden. Qleibo, selbst Palästinenser, promovierter Anthropologe, der nach 13 Jahren Auslandsaufenthalt 1987 wieder in seine Heimatstadt Jerusalem zurückgekehrt ist, hat aus persönlichen Erfahrungen, vielen Gesprächen und Interviews, die er in den besetzten Gebieten geführt hat, ein Buch voller Geschichten zusammengestellt. Wer nüchterne, sachliche Berichte über politische Ereignisse oder Entwicklungen erwartet, wird enttäuscht. Qleibo liefert Erzählungen, die in einem oft poetisch-metaphorischen Stil geschrieben sind. Dieser Stil macht das Buch zu einem etwas anderen Leseerlebnis.

Die Erzählungen handeln von der Landschaft der besetzten Gebiete, den dörflichen und städtischen Gesellschaftsstrukturen, vor allem aber von den Menschen, ihren Traditionen und alltäglichen Erfahrungen. Hier zeigt sich zum einen Qleibos anthropologisches Wissen, zum anderen aber auch, daß er den LeserInnen das Spezifische des palästinensischen Lebens näherbringen will, welches durch die politische und real erfahrene Situation der Besatzung geprägt ist. Dazwischen wirft er immer wieder Blicke in die Geschichte der Palästinenser, mit denen er beweisen will, wer seiner Ansicht nach tatsächlich den einzig rechtmäßigen Anspruch auf das Land hat. An diesen Stellen verliert der Autor oft die Distanz zu seinem Thema, die notwendig wäre, um die Einschätzungen nicht zu einem doch sehr nationalistisch eingefärbten Pathos abrutschen zu lassen. Während des größten Teils seiner Erzählungen behält Qleibo aber diese Distanz aufrecht, was einem den Alltag, die Lebensbedingungen und die Geschichte der PalästineneserInnen näherbringt - Aspekte, die bis heute eher verdeckt blieben von gängigen Klischees, die mit den Begriffen 'Palästinenser', 'Intifada' oder 'Palästina' verbunden sind. Sein erklärtes Ziel, ein anderes Bild von der palästinensischen Gesellschaft zu zeichnen, das von diesen Klischees abweicht, hat Qleibo auf jeden Fall erreicht und genau dies macht das Buch empfehlenswert.

MB

Ali H. Qleibo: Wenn die Berge verschwinden. Die Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung, Palmyra Verlag Heidelberg, 1993, 39,80 DM

El Salvador: weder Krieg noch Frieden



Das Interesse der Weltöffentlichkeit und auch der Solidaritätsbewegung läßt gewöhnlich spätestens dann nach, wenn in dem betreffenden Land kein Krieg mehr tobt, keine Revolution mehr vor der Tür steht und die schon immer zahlreichen Konfliktprozesse sich weiter ausdifferenzieren und Verwirrung stiften. El Salvador ist beileibe nicht das erste Land, dem die solidarischen Massen von einst leichtfüßig davonlaufen, kaum daß der Frieden ausgebrochen ist. Aber was für ein Frieden, was für eine Demokratie? Es ist in dieser Zeit der neuen Unübersichtlichkeiten unverzichtbar, von der Gegenwart in die Vergangenheit zurückzufragen und Bilanz zu ziehen. Wie kam es in den siebziger Jahren zu der extremen gesellschaftlichen Polarisierung und schließlich zum Krieg? Warum endete der Krieg erst Anfang der neunziger Jahre mit einer Verhandlungslösung? Welche Chancen hat vor diesem Hintergrund der aktuelle Friedensprozeß?
Diesen Fragen stellt sich das Buch von Michael Krämer. Gründlich und kenntnisreich analysiert er die neuere salvadorianische Konfliktgeschichte. Dabei ist der Anspruch nicht gerade bescheiden: mit diesen knapp 200 Seiten liege „erstmals eine umfassende und fundierte Darstellung des Konflikts in El Salvador vor". Minutiös zeichnet der langjährige Mitarbeiter der „Lateinamerika Nachrichten" die immer enger werdenden politischen Spielräume der siebziger Jahre nach, was dann Anfang der Achtziger die Opposition zur ultima ratio greifen läßt, dem bewaffneten Aufstand. Doch statt zu einer „Endoffensive" 1981 kommt es zu einem Bürgerkrieg, dessen ausweglose Jahre in ihren militärischen, politischen und ökonomischen Aspekten ausführlich beschrieben werden. Erst aufgrund der Offensive der FMLN im November 1989 und der grundlegend veränderten internationalen Rahmendaten kommt es zu einem zähen, detalliert geschilderten Verhandlungsprozeß und schließlich seit 1992, so die These Michael Krämers, zu einem Frieden niedriger Intensität. Insbesondere im sozio-ökonomischen Bereich ist für die große Mehrheit der Bevölkerung die Situation heute schlechter als vor dem Krieg. Die höchst ungerechten Besitz- und Bereicherungsstrukturen blieben unangetastet.

Seinem hohen Anspruch wird das Buch durchaus gerecht. Besonders positiv fällt auch die gelungene Verbindung von politologischer Nüchternheit und engagiertem Schreibstil auf. Michael Krämer, das ist nicht zu übersehen, verbirgt seine Solidarität nicht. Aber er verliert auch nie die kritisch-analytische Distanz. Gerade diese Kombination macht das Buch spannend und instruktiv – zu einem Stück kritischer Solidarität. Ein echter Zugewinn für die wissenschaftliche und/oder solidarische Beschäftigung mit El Salvador, allen NeueinsteigerInnen, ZweiflerInnen und „alten Hasen" gleichermaßen zur Lektüre empfohlen.

Martin Wolpold

Michael Krämer, El Salvador. Vom Krieg zum Frieden niedriger Intensität, ISP Wissenschaft und Forschung 9, Köln 1995, 196 Seiten, 29,– DM

Frauenhandel



Die Ban Ying Koordinationsstelle, die sich mit Migration von Frauen aus Südostasien befaßt, untersuchte die neuen Trends des Frauenhandels in Berlin. Anlaß war die Maueröffnung und der Zusammenbruch des Ostblocks, wodurch ein neuer Nachfrage- und Angebotsmarkt erschlossen wurde. Zusätzlich wollten sie wissen, wie sich die 1989 eingeführte Visumspflicht für thailändische Frauen auswirkt.
Anhand qualitativer Interviews von Behörden (Verwaltung, Polizei, Gesundheitsämtern), Mitarbeiterinnen von Zufluchtswohnungen und betroffenen Frauen, haben sie ein aktuelles Gesamtbild über den Handel mit ausländischen Frauen in Berlin erstellt: Der Markt hat sich seit 1989 erweitert. Die neu hinzugekommenen Ost- und Südosteuropäerinnen haben die Frauen aus Thailand und den Philippinen nicht vom Markt verdrängt. Thailändische Frauen arbeiten weiterhin vorwiegend in Bordellen, die immer öfter im Besitz von Landsfrauen sind. Interessanterweise werden Frauen aus Südostasien weniger in der „klassischen" Form gehandelt, sondern von Landsfrauen, Bekannten und Verwandten. Diese Entwicklung bedeutet keineswegs eine „Humanisierung" des Handels. Die Vermittlungssummen sind seit Einführung der Visumspflicht für thailändische Frauen enorm emporgeschnellt.
Die Frauen aus dem Osten und Südosten Europas zeigen sich erheblich mobiler als Frauen aus Südostasien. Trotzdem sind die erheblich jüngeren Osteuropäerinnen massiv dem Druck des Geschäfts ausgesetzt.
Diese ernüchternde Bestandsaufnahme wird mit einem Katalog von politischen bzw. gesetzgeberischen Maßnahmen abgeschlossen.

Mechtild Maurer

Ban Ying e.V. Koordinationsstelle (Hg.): Der Handel mit ausländischen Frauen in Berlin – eine Bestandsaufnahme, Berlin Dezember 1994. Bezug: Ban Ying e.V., Burgsdorfstrasse 1, 13353 Berlin

FDCL vor dem Aus?

Auch dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika (FDCL) droht das finanzielle Aus. Sollte das im Mehringhof in Berlin-Kreuzberg beheimatete Zentrum dicht machen, ginge ein gutes Stück der BRD-Solidaritätsbewegung verloren.

Seit seiner Gründung 1974 hat sich das FDCL zum größten unabhängigen, nichtstaatlichen Lateinamerika-Archiv im deutschsprachigen Raum entwickelt. Schwerpunktthemen sind Analysen und Diskussionen der Linken und der sozialen Bewegungen in Lateinamerika und Materialien der hiesigen Solidaritätsgruppen, so daß eine einzigartige Dokumentensammlung „von unten" aus und über Lateinamerika vorliegt.

Während die Arbeit mit dem Widerstand gegen die Pinochet-Diktatur begann, entwickelte sich das FDCL im Lauf der folgenden zwei Jahrzehnte zum Kommunikationszentrum, in dem Dutzende Solidaritätsgruppen, Länderkomitees und MigrantInnengruppen mitgearbeitet haben. Zu den aktivsten Gruppen zählen die Mexiko-Gruppe und das Straßenkinderkomitee Brasilien. Daneben finden die Lateinamerika Nachrichten, der Nachrichtendienst POONAL und die uruguayischen FreundInnen von COMCOSUR Raum im FDCL. Für die in Berlin lebenden lateinamerikanischen MigrantInnen gibt es eine wöchentliche Beratung.

Obwohl es dem FDCL zunächst gelang, politische Umbrüche in Lateinamerika und hier in der BRD wegzustecken, geriet der Verein mit seiner größtenteils auf ehrenamtlicher Mitarbeit beruhenden Struktur in die Finanz- und Identifikationskrise. Die eigenen Mittel reichen gerade noch, um für wenige Wochen Miete und Telefonkosten zu decken, größere öffentliche oder private Förderungen sind nicht in Sicht.

Während andere Organisationen durch ihre Projektarbeit in Lateinamerika noch Gelder mobilisieren können, ist dies für ein Informations- und Dokumentationszentrum, das sich explizit auf Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in der BRD bezieht, schwieriger. Über eine Spendenaktion wird nun versucht, zumindest über einen mittleren Zeitraum die laufenden Kosten zu decken und wenigstens das institutionelle Überleben zu sichern. Sollte das FDCL trotzdem die Pforten schließen müssen, erhält jedes Fördermitglied und jede SpenderIn 100 kg Archivmaterialien aus über zwanzig Jahren bewegter lateinamerikanischer und deutscher Internationalismusgeschichte!

Konto 175 966-104,
Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)
FDCL
Gneisenaustr. 2
10961 Berlin

Jubiläum der Gewaltfreiheit

Seit 1972 informiert die Zeitung „Graswurzelrevolution" über gewaltfreie Aktion und zivilen Ungehorsam im In- und Ausland. Mit Erscheinen der September-Nummer feiert sie die 200. Ausgabe. Gleichzeitig soll der Sprung in die Kioske gewagt werden – zunächst in Berlin und an vielen Bahnhofskiosken bundesweit.

Die „Graswurzelrevolution" versteht sich als Sprachrohr des gewaltfreien Anarchismus und der gewaltfreien Aktionsgruppen in der BRD. So beteiligten sich die GraswurzelrevolutionärInnen an vielen Brennpunkten sozialer Kämpfe, von der Kampagne gegen das geplante AKW in Wyhl 1974 über die Besetzung des Bohrlochs 1004 in Gorleben bis hin zu den jüngsten Aktionen gegen den Castor-Transport.

In den 80er Jahren versuchten gewaltfreie Aktionsgruppen der westdeutschen Friedensbewegung durch Blockaden, Manöverstörungen und einer Verweigerungskampagne eine antimilitaristische Perspektive zu eröffnen. Zur unabhängigen Friedensbewegung in der DDR bestanden solidarische Kontakte, die auch nach 1989 zu Aktionen wie der Schiffsbesetzung in Peenemünde gegen den Verkauf von NVA-Schiffen an Indonesien führten.

Während des Golfkrieges wandten sich die GraswurzlerInnen ebenso wie heute angesichts des ersten Bundeswehr-Kampfeinsatzes gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Die weltweite Solidarität mit Kriegsdienst- und Totalverweigerern führte zur Mitgliedschaft in der antimilitaristischen Internationale „War Resisters International" und zur Unterstützung von Flüchtlingen und Deserteuren aus Bürgerkriegsgebieten.

Auch nach der Gründung und Etablierung der Grünen wurde an der parteiunabhängigen, antiparlamentarischen und anarchistischen Ausrichtung festgehalten. Die Auflage der Zeitung beträgt derzeit 4000 Exemplare.

Verlag Graswurzelrevolution
Schillerstr. 28
69115 Heidelberg

Angriffe auf kurdische Presse

Am 1. Juni drangen deutsche Sicherheitskräfte in Köln in die Räume des kurdischen AGRI-Verlags ein und beschlagnahmten etwa 15 Tonnen (!) Bücher, Zeitschriften und andere Publikationen. Der AGRI-Verlag war bereits in der Vergangenheit im Zusammenhang mit den Verboten kurdischer Vereine mehrfach durchsucht worden. Die jetzige Aktion, bei der der gesamte Verlag im wahrsten Sinne des Wortes „leergeräumt" wurde, dürfte aber einmalig in der Verlagsgeschichte dieser Republik sein. Parallel zu der Polizeiaktion wurde das Kölner Gewerbeaufsichtsamt angewiesen, den Verlag zu schließen.

Der AGRI-Verlag publiziert u.a. kurdische Zeitschriften und Bücher zum Thema Kurdistan, z.B. von Yasar Kemal, der wegen eines Interviews im SPIEGEL verhaftet wurde.

Fortgeschafft wurden auch sämtliche Bücher des türkischen Schriftstellers und Soziologen Ismael Besikci in türkischer und deutscher Sprache. Ismael Besikci hat viele Jahre in türkischen Gefängnissen verbracht und ist auch gegenwärtig inhaftiert, weil er die Existenz des kurdischen Volkes in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gebracht hat. Auch die Proteste vieler SchriftstellerkollegInnen aus aller Welt sowie des Internationalen PEN-Clubs konnten gegen seine ständigen Verhaftungen, Einschüchterungen und Morddrohungen seitens des türkischen Staates wenig ausrichten. Besikcis Bücher können in der Türkei nach wie vor nicht erscheinen.

Obwohl in einer vom Bundesaußenministerium erarbeiteten Studie von einer „Scheindemokratie" in der Türkei die Rede ist, hält die Bundesrepublik an ihrer Türkeipolitik fest. Wesentlicher Bestandteil dieser Politik sind die auf Drängen der türkischen Regierung erfolgten Verbote kurdischer Vereinigungen in der BRD (das sogenannte PKK-Verbot), die selbst innerhalb des Verfassungsschutzes umstritten sind. Die Verbotspolitik hat zur Folge, daß inzwischen bereits Veröffentlichungen deutscher Kurdistan-Solidaritätsgruppen als „Unterstützung der PKK" kriminalisiert werden. Die deutschen Behörden versuchen ganz offensichtlich, nach dem Vereinsverbot nun die kurdische Publizistik in der BRD mundtot zu machen.

Für weitere Nachfragen und Solidaritätserklärungen mit dem AGRI- Verlag :
Kurdistan-Solidarität Hannover
Stärkestr. 15
30451 Hannover
Fax: 0511/161 05 38



Zeitschriftenschau

Brasilien Nachrichten 118/1995
Der Schwerpunkt des neuesten Hefts liegt auf Ökologie und Ökonomie, wobei ein weiterer Themenkreis sich mit Mission und Kolonialismus beschäftigt. Im Einzelnen: „End-of-the-pipe"-Politik für Amazonien * Folgen der Bauxitförderung und Aluminiumproduktion * Leben im Sertao * Cardosos Indianerpolitik * Mission und Kolonialismus: Theologisches * Deutsche in Brasilien * Die römische Kurie auf Erfolgskurs * Neues von der Escola Sul u.a. 9,– DM. Bezug: Blumenthalstr. 34, 49076 Osnabrück.

epd-Dritte-Welt-Information 6/95
Obwohl 157 Staaten ein „Übereinkommen über die biologische Vielfalt" geschlossen haben, sterben täglich bis zu 140 Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich aus. Das Heft informiert über Interessensgegensätze zwischen Süd und Nord in diesem Bereich und beleuchtet die Ursachen: Patentschutz, Zugang zur Biodiversität, Finanz- und Technologietransfer. 1,50 DM ab 10 Ex. 0,90 DM. Bezug: epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt.

Bolivia Nr. 109, April-Juni 1995
Das Heft thematisiert den Ausnahmezustand vom 18. April mit einem geschichtlichen Rückblick und einer Chronologie der Ereignisse. Informationen zum Erziehungs- und Kulturwesen bilden einen zweiten Schwerpunkt. Weitere Themen: * Kokajagd in Copacabana * Die Rolle der Coca beim Ausnahmezustand u.a. 3,– DM. Bezug: Bolivia, Kottbusser Damm 101, 10967 Berlin.

Kurden in Deutschland
Eine Broschüre zur „Verfolgung der kurdischen Bevölkerung in der BRD" ist soeben erschienen. Von den deutsch-türkischen Beziehungen bis zu Spendengelderpressung sind alle wichtigen Themen behandelt und interessante Zusatzinformationen wie bspw. den Haftbedingungen in den §129a-Verfahren gegeben. Die Broschüre hat 56 Seiten und kostet 5,– DM. Bezug: GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz.

Forum 194/5
„Zwischen Widerstand und Kompromiß – Indigene Völker organisieren sich" heißt das neue Forum, das vielfältige Beiträge enthält. Neben einem Einführungsartikel über Menschenrechtsverletzungen gegen Indigene Völker, Umweltzerstörung, weiße Überfremdung (!) und indigene Kulturarbeit wird über die Minderheiten der Lakota, Mapuche, Dalits sowie über Incien, Sudan, Ozeanien berichtet. Weitere Themen: * Nachbereitungsreader zum 19. BUKO/Wuppertal * Rassismus an Italiens Stränden * Bioregionalismus. Bezug: Forum, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen.

Zimbabwe Netzwerk e.V.
Der Rundbrief Nr. 29 hat das Thema Strukturanpassung. Beiträge zu: * Vier Jahre Strukturanpassung * AAF-SAP * ein systematischer Überblick * Kleiderspenden, ESAP und Zimbabwes Textilindustrie * Frauenseminar 1995 * Tournee des Films „Neria" * Rezensionen. 5,– DM. Bezug: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 70184 Stuttgart.

Tagungshinweise

34 Freisetzungen gentechnisch manipulierter Organismen bundesweit sollen allein dieses Jahr durchgesetzt werden, weltweit sind es zigfach mehr. In mehreren Workshops und Aktionen wendet sich der Kongreß **geGEN – für gentechnikfreie Landwirtschaft** vom 29.9.–2.10.95 in Friedberg/Wetterau (Hessen), um sowohl über Gentechnik und Landwirtschaft ohne Gentechnik zu informieren, als auch „Protest zu bündeln und unüberhörbar zu machen". Veranstalter: GeN Genethisches Netzwerk e.V., Schöneweider Str. 3, 12055 Berlin

---

Mexikos Aufbruch in die Moderne: Der Eintritt in die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA bringt dem Land große gesellschaftliche Spannungen. Mit Fachleuten aus Wirtschaft, Politik und Kultur soll auf diesem Seminar vom 22.–24.9.95 in Bad Boll die aktuelle Entwicklung in Mexiko beleuchtet und hinterfragt werden. Infos: Helga Streck 07164/79266 (vormittags).
Mit Verkehrskonzepten in der Entwicklungspolitik beschäftigt sich die Tagung **„Verträgliche Mobilität für alle"** am 16./17. Okt. 1995. Infos: Ralf Häussler, Kniebisstraße 29, 70118 Stuttgart, Telefon 0711/282068. Veranstalter beider Tagungen: Evangelische Akademie Bad Boll

---

Entwicklungspolitische Seminare für junge Erwachsene zw. 16 und 25 Jahren bietet der Politische Arbeitskreis Schulen e.V. in Bonn an. „Selbst ist die Frau! **Entwicklungspolitische Eigeninitativen von Frauen für Frauen"**, ist das Thema vom 13.–15.10.95. **„Entwicklungspolitik konkret"** heißt es auf dem Seminar vom 27.–29.10.95 in Bonn. Infos: P.A.S., Postfach 180202, 53032 Bonn, Tel.02 28/63 61 02

Das AKE-Bildungswerk veranstaltet vom 15.09.–17.09.95 in Vlotho ein Seminar zum Thema: **„Asyl in Deutschland"**. Infos beim AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho

---

Anläßlich des Welternährungstages am 16. Oktober plant die Akademie Klausenhof vom 22.9.–24.9.1995 ein Seminar unter dem Titel **„Nahrung für alle"**. Nahrung muß nicht nur produziert, sondern auch verteilt und vermarktet werden. Das Seminar untersucht diese Mechanismen und zieht Konsequenzen für eine Welternährung.
Kaum eine andere Nation unterzieht sich derzeit einem tiefgreifenderen Wandel als die südafrikanische Union. Das Seminar **„Südafrika nach der Apartheid"** vom 20.10.–22.10.1995 will den Spuren dieses Wandels folgen und dabei die soziokulturelle Ausgangslage genauso in den Blick nehmen wie die Auflösungsprozesse des alten Systems und den Aufbau des neuen. Informationen für beide Seminare: Akademie Klausenhof, Klausenhoferstr. 100, 46499 Hamminkeln-Dingden, Tel. 02852/89–326 oder –0.
